

Genehmigt: 16.10.2025

Protokoll 13

Stadtratssitzung

Donnerstag, 21.08.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr.....	3
2024.SR.0254.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen.....	4
2025.SR.0200.....	4
2 Protokoll Stadtrat 11 vom 12.06.2025; Genehmigung.....	5
2025.SR.0231.....	5
3 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wahl Stellvertretung.....	5
2020.GR.000105.....	36
4 Zone mit Planungspflicht (ZPP) 1 – Sandrainstrasse 3–39 (Gaswerkareal): Änderung des Zonenplans und Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) und Änderung der Überbauungsordnung Uferschutzplan Abschnitt Marzili/Schönau (Abstimmungsbotschaft).....	36
2020.GR.000105.....	36
5 Zone mit Planungspflicht (ZPP) 2 – Sandrainstrasse 12 (Brückenkopf West): Änderung des Zonenplans und Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) sowie Aufhebung und Anpassung bestehender Baulinienpläne (Abstimmungsbotschaft).....	38
2017.FPI.000025	38
6 Gaswerkareal: Abgabe im Baurecht und Kreditaufstockung (Abstimmungsbotschaft).....	39
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.	40
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr.....	41
2017.FPI.000025	41
6 Gaswerkareal: Abgabe im Baurecht und Kreditaufstockung (Abstimmungsbotschaft).....	57
2023.FPI.0114.....	57
7 NewITSM (IT Service Management): Konsolidierung der bestehenden ITSM-Landschaft von Informatik Stadt Bern (IBE) inklusive Volksschulen; Investitions- und Verpflichtungskredit.....	63
2024.SUE.0069	63
8 Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz; Nachkredit zum Globalkredit 2025.....	69
2020.SR.000328	69

10	Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Lea Bill (GB): Klare Leitlinien für Polizeieinsätze an Kundgebungen; Begründungsbericht	
2025.SR.0069		74
17	Interpellation: Gewaltfreie Alternativen zur Jagd in Bern; Antwort	
2024.SR.0341		74
23	Postulat Michael Ruefer (GFL): Transparente Mitwirkung zu 2. Tramachse: Stellungnahme BBL öffentlich machen; Annahme/Prüfungsbericht	
	Verschoben und eingereicht	74
	Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.	76

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Denise Mäder
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Salome Mathys
Timur Akçasayar	Helin Genis	Esther Meier
Debora Alder-Gasser	Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Emanuel Amrein	Georg Häsler	Dominic Nellen
Mirjam Arn	Bernhard Hess	Roger Nyffenegger
Oliver Berger	Dominique Hodel	Shasime Osmani
Natalie Bertsch	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Lea Bill	Stephan Ischi	Chantal Perriard
Laura Binz	Monique Iseli	Ronja Rennekampff
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Simone Richner
David Böhner	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Laura Brechbühler	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Jacqueline Brügger	Anna Jegher	Judith Schenk
Michael Burkard	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Carola Christen	Nora Joos	Tobias Sennhauser
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Béatrice Wertli
Sofia Fisch	Nicolas Lutz	Janosch Weyermann
Dominik Fitze		

Stadtrat entschuldigt

Nadine Aebischer	Nora Krummen	Sarah Rubin
Fuat Köçer	Matteo Micieli	Irina Straubhaar

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist eine Minute nach 17 Uhr. Wir sind genügend Personen, um die Sitzung zu starten. Es ist auch nach der Sommerpause das Gleiche wie vorher: Ich bitte euch, eure Plätze einzunehmen und den Geräuschpegel runterzufahren. Wie gesagt, es ist die erste Sitzung nach der Sommerpause. Ich hoffe, ihr hattet eine gute Sommerpause, ich hoffe, ihr konntet eure Batterien aufladen. Für mich bleibt dieser Sommer unvergesslich aufgrund der Woman's Euro, die wir in der Schweiz hatten. Nicht weniger engagiert, aber auf deutlich tieferem fussballerischem Niveau war kurz vor der Sommerpause noch der FC Stadtrat unterwegs. Die, die die Stadtrat-News gelesen haben, haben es mitbekommen. Der FC Stadtrat hat sich am diesjährigen King's Cup der britischen Botschaft bis in den Final gespielt und kam dort sogar in die Verlängerung und ins Penalty-Schiessen, das dann leider verloren ging. Selbstverständlich gratulieren wir dem Team der Parlamentsdienste des Bundes zum Sieg. Wir werden uns den Pokal nächstes Jahr holen.

Ich gebe euch die Entschuldigungen für die heutigen Sitzungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet haben sich Irina Straubhaar, GLP, Nadine Aebischer, SP, Fuat Köçer, SP. Dann wurde mir eigentlich von Ueli Jaisli gemeldet, er sei krank. Er ist jetzt aber wieder hier. Schön, ist Ueli da. Für die erste Sitzung abgemeldet haben sich Matteo Micieli von der PdA und Sarah Rubin vom Grünen Bündnis. In der zweiten Sitzung werden fehlen Denise Mäder von der GLP und eventuell Matteo Micieli von der PdA. Dann eine wichtige Information. Es freut mich immer, wenn wir neue Personen bei uns im Rat begrüßen dürfen. Aber ich erlaube mir die Aussage, dass es mich heute noch ein wenig mehr freut. Ihr habt es vor der Sommerpause mitbekommen – in der Fraktion SP-JUSO lässt sich Mehmet Özdemir infolge Vaterschaft vertreten. Wir haben also heute erstmals ein stellvertretendes Ratsmitglied bei uns im Betrieb, und ich wünsche Jacqueline Brügger einen Superstart. Sie vertritt Mehmet Özdemir bis Ende Oktober 2025. Und damit ihr es alle gehört habt: Denise Mäder hat sich ja für die zweite Sitzung abgemeldet. Wenn ihr ihr noch Tschüss sagen wollt, müsst ihr das in der ersten Sitzung tun. Denise Mäder wird ab der nächsten Sitzung ebenfalls infolge Mutterschaft in eine Auszeit gehen. Und ihre Stellvertreterin werden wir dann nächste Woche bei uns begrüßen können. Geburtstage gibt es keine zu verkünden und die Mitteilungen sind eigentlich wie immer: Bitte vergesst nicht zu badgen. Und das Einreichen der Vorstösse ist immer genau gleich. Und die Zeiten gelten auch heute. Die dringlichen Vorstösse bis 21 Uhr, alle anderen Vorstösse bis 21.30 Uhr. Diese Zeiten gelten, ob der Drucker funktioniert oder nicht. Ihr könnt jetzt mit drucken beginnen. Und eine letzte Information – ihr habt es vielleicht schon gesehen. Wir haben heute Abend einen Fotografen der SDA hier im Saal. Das ist mit uns so abgesprochen und in Ordnung. Wir haben keinen Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass. So kommen wir zum Traktandum Nummer 2.

2025.SR.0200

2 Protokoll Stadtrat 11 vom 12.06.2025; Genehmigung

Präsident: Das ist die Protokollgenehmigung der Sitzung vom 12. Juni 2025. Es sind bei uns keine Änderungsanträge zu diesem Protokoll eingegangen. Ist dieses Protokoll

bestritten? – Das scheint nicht der Fall zu sein, dann ist das Protokoll genehmigt und ich danke der Verfasserin für dieses gute Protokoll.

Stillschweigende Genehmigung.

2025.SR.0231

3 **Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wahl Stellvertretung**

Präsident: Es geht um die Geschäftsprüfungskommission. Weil Denise Mäder sich stellvertreten lässt, muss ihr Sitz in der GPK anders besetzt werden. Ihr habt es auf der Antragsliste. Für die Zeit bis Ende Januar 2026 nominiert die GLP neu Roger Nyffenegger als Mitglied der Fraktion GLP-EVP in die GPK. Gibt es zu dieser Wahl weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Dann kennt ihr das Spiel, wir wählen per Handerheben. Wer Roger Nyffenegger in die GPK wählen will, soll dies bitte mit Handerheben bezeugen.

Antrag

GLP/EVP

Roger Nyffenegger (GLP) wird als Stellvertretung für Denise Mäder (GLP), während der Zeit vom 21.08.2025 bis 31.01.2026, in die GPK gewählt.

Wahl

<i>Einstimmig gewählt per Handerheben.</i>
--

Präsident: Gibt es bei dieser Wahl Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann gratuliere ich Roger Nyffenegger zu dieser grandiosen, einstimmigen Wahl. Wir sind bei den Traktanden Nummer 4 und 5.

2020.GR.000105

4 **Zone mit Planungspflicht (ZPP) 1 – Sandrainstrasse 3–39 (Gaswerkareal): Änderung des Zonenplans und Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) und Änderung der Überbauungsordnung Uferschutzplan Abschnitt Marzili/Schönau (Abstimmungsbotschaft)**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 und 5.

Präsident: Traktandum Nummer 4 ist die ZPP 1, Sandrainstrasse 3 bis 39, Gaswerkareal. Traktandum 5 ist die ZPP 2, Sandrainstrasse 12, Brückenkopf West. Die Verhandlungsordnung ist wie immer. Wir hören nun als Erstes die Kommission. Die Kommission teilt sich dieses Votum auf. Für die PVS spricht als Erstes zu Traktandum Nummer 4 Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Kommission: Liebe Ratsmitglieder, liebe Verwaltung, liebe Besuchende, schön seid ihr da. Als Kommissionssprecherin stelle ich euch die Änderung des Zonenplans des Gaswerkareals sowie die Diskussion innerhalb der zuständigen Kommission Planung, Verkehr und Stadtgrün, kurz PVS, und deren überwiesene An-

träge vor. Als erstes zum Inhalt des Geschäfts: Wir entscheiden heute über das Gaswerkareal. Aktuell gilt das Gaswerkareal als Zone im öffentlichen Interesse. Neu soll dort eine Zone mit Planungspflicht, kurz ZPP, gelten. Über den Inhalt der Zone stimmen wir heute ab. Die neue Zone ZPP 1 beinhaltet verschiedene Vorschriften. Die Vorschriften gelten sowohl für den stadteigenen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, der das Gaswerkareal besitzt, wie auch für die Bauträger, die auf dem Areal bauen. Zu den wichtigsten Änderungen: Wie viel Nutzungsfläche wird neu vorgeschrieben? Neu wird auf dem Gaswerkareal eine Nutzungsfläche zwischen 60- und 80'000 Quadratmetern vorgeschrieben. Die aktuelle Nutzungsfläche beträgt 10'500 Quadratmeter. Wir haben also eine 6-fache Vergrößerung der Fläche in Häusern, welche genutzt werden kann. Die Nutzung der Fläche wird in 5 Sektoren aufgeteilt. Vorgesehen ist ein Mix aus Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Schule und Sport. Insgesamt werden 300 bis 500 Wohnungen angestrebt. Wie viel der Wohnfläche ist als preisgünstig zu erstellen? Aktuell sind dreiviertel der Wohnfläche preisgünstig zu erstellen. Das heisst, die Miete muss sich an den Baukosten der Wohnung orientieren. Ein Viertel der Wohnfläche kann an gewinnorientierte Investoren abgegeben werden und muss nicht preisgünstig sein. Nun fasse ich euch die Diskussion in der Kommission kurz zusammen. Diskutiert wurde über die Abwägung, wollen wir gewisse Vorschriften der ZPP 1 verschärfen und damit ein Jahr Verzögerung in Kauf nehmen oder nichts an der Vorlage ändern. Eine Mehrheit der Kommission hat sich gegen eine Verzögerung und Verschärfung der ZPP ausgesprochen. Möglichst schnell bauen wurde hoch gewichtet. Beispielsweise verzichtet die Kommission PVS auf 100% preisgünstigen Wohnungsbau. Die Verzögerung der Umsetzung, die tieferen Planungsmehrwertabgaben für die Finanzierung der städtischen Infrastrukturkosten und die Realisierung der Mischnutzung zwischen Wohnen und Gewerbe wurde als Argument für ein Viertel gewinnorientierten Wohnungsbau verwendet. Als Argumente für 100% preisgünstigen Wohnungsbau und eine entsprechende Verschärfung der ZPP 1 wurde in der Kommission aufgeführt, dass bezahlbarer Wohnraum dringend notwendig ist, und dass das Gaswerkareal eines der letzten zentralen städtischen Areale ist, um direkt etwas gegen steigende Mieten zu tun. Neben der Diskussion über den Anteil an preisgünstigen Wohnungen wurden 5 Anträge in der Kommission Planung, Verkehr und Stadtgrün, kurz PVS, diskutiert und zur Empfehlung an den Stadtrat überwiesen. Die PVS-Anträge gelten als zusätzliche Beschlussziffer und ändern nicht den Inhalt des Zonenplans. Durch die PVS-Anträge ist mit keiner Verzögerung der Arealentwicklung zu rechnen. Ich gehe kurz auf jeden Antrag der PVS ein. PVS-Antrag Nummer 18 auf der Liste zum sozialräumlichen Konzept: Die Kommission will ein Konzept, das die gesamte soziale Infrastruktur aufzeigt. Die Verwaltung soll sicherstellen, dass genügend Begegnungsmöglichkeiten, Spielflächen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen auf dem Gaswerkareal eingeplant werden. Ein sozialräumliches Konzept kann mit einem Mobilitätskonzept verglichen werden. Dies kennen wir von den Überbauungsordnungen. Zu reden gab in der Kommission PVS, dass Gesundheits- und Alterseinrichtungen eigentlich kantonale Zuständigkeiten sind. Das spricht für die Mehrheit der Kommission aber nicht dagegen, dass die Stadt die notwendigen Flächen für die Gesundheitsversorgung einplanen muss. Zum Antrag Nummer 19 auf der Liste zum Gaskessel: Bei der Ausarbeitung der Überbauungsordnungen und Projektwettbewerbe hat der Gemeinderat einen reibungslosen Betrieb des Kessels sicherzustellen. Dabei ist der Abstand zwischen dem Kessel und den neuen Gebäuden, die Zu- und Wegfahrten und die Ausrichtung der mittleren Gasse, der Gasbahnpromenade, mit dem Kessel abzusprechen. Zum Antrag Nummer 20 bezüglich Solaranlagen: Die Kommission PVS beantragt, dass auf allen geeigneten Dächern und Fassaden Solaranlagen installiert

werden. Ausnahme bilden Dächer, welche als Aufenthaltsräume genutzt werden. Antrag Nummer 21 bezüglich der Gasbahnpromenade: Aktuell ist eine Promenade mit einer Breite von mindestens 3,5 Meter vorgesehen. Für ein konfliktfreies Nebeneinander von Fuss- und Veloverkehr braucht es eine breitere Promenade. Die Mehrheit der Kommission will die Breite deshalb anpassen. Vor allem für Fussgänger*innen wird dadurch die Sicherheit verbessert. Zum letzten Antrag der PVS, Nummer 22 zum Bus-Takt: Eine Mehrheit der Kommission fordert, dass sich der Gemeinderat in der Regionalkonferenz und beim Kanton für einen 10-minütigen Bus-Takt ab der ersten Baustappe einsetzt. Der aktuell vorgesehene 20-Minuten-Bus-Takt reicht für eine gute ÖV-Anbindung des Areals nichts aus. Das wäre es zu den Kommissionsanträgen. Abschliessend: Das Gaswerkareal hat in der Kommission viel zu reden gegeben. Es gibt viele Nutzungskonflikte und Interessenabwägungen. Ihr kennt sie alle. Trotzdem empfiehlt euch die Kommission Planung, Verkehr und Stadtgrün das Geschäft einstimmig zur Annahme. Die Kommission spricht sich für die Arealentwicklung auf dem Gaswerkareal aus. Eine Mehrheit der Kommission empfiehlt euch zudem die Überweisung der PVS-Anträge. Mit Einbezug der Anstadt und des Gaskessels, einer flächeneffizienten Mobilität, einer guten sozialen Infrastruktur und der Förderung von Solaranlagen kommen wir vielleicht so einem zukunftsweisenden Gaswerkareal eventuell einen Minischritt näher. Ob es gelingt, bezahlbaren Wohnraum zu bauen und gleichzeitig die bestehenden Sozial- und Naturwerte aufrechtzuerhalten, werden wir sehen, wenn die ersten Menschen in die Häuser einziehen. Die Kommission Planung, Verkehr und Stadtgrün ist gespannt auf die weitere Entwicklung. Merci.

Präsident: Vielen Dank, Nora. Ich halte fest, dass somit die Anträge der Kommission begründet sind. Für das PVS-Votum zu Traktandum Nummer 5 gebe ich das Wort an Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Ja, geschätzte Anwesende, ich mache es deutlich kürzer, weil es ein deutlich weniger komplexes Projekt ist und es auch keine Kommissionsanträge oder in der Kommission diskutierten Anträge gibt. Der Grund, weshalb wir hier überhaupt über dieses Projekt auch noch sprechen, ist, dass es erhebliche Synergiepotenziale gibt. Nämlich können die Parkplätze aus dem Gaswerkareal in der ZPP 2 im Brückenkopf untergebracht werden. Das ist ungefähr da, wo heute das Bowlingcenter ist, wo bereits eine Parkieranlage besteht. Umgekehrt können aber gesetzlich notwendige Spielplätze vom Brückenkopf, also der ZPP 2, auf dem Gaswerkareal untergebracht werden. Insofern handelt es sich hier um eine sehr sinnvolle Verknüpfung von zwei sehr nahe beieinanderliegenden Projekten, die wir deshalb gemeinsam diskutieren. In der PVS haben wir das Projekt grundsätzlich positiv zur Kenntnis genommen, gerade auch wegen dieser Synergieprojekte. Zu reden gab insbesondere auch die Frage des günstigen Wohnraumes. Hier geht es darum, dass bei der neuen Geschossfläche 17% günstiger Wohnraum gebaut werden soll, was ja unter der Wohninitiative liegt, die das Volk angenommen hat. Das liegt aber daran, dass es sich hier eben um eine Dienstleistungszone handelt und nicht um eine Wohnzone, weshalb dieser Artikel in der Bauordnung leider nicht zur Anwendung kommt. Die Anträge, die vorliegen, konnten nicht in der Kommission besprochen werden, deshalb verzichte ich darauf, sie hier zu erwähnen, ausser zu sagen, dass ich nicht genau verstehe, was damit gemeint ist, weil sie eigentlich ziemlich sachfremd sind. Wir sprechen hier im Übrigen von einem Grundstück eines privaten Besitzers. Das heisst, man müsste in einer ZPP mit dem Besitzer ausdiskutieren, ob solche Dinge überhaupt möglich sind. Das als Stadtrat einseitig zu regeln zu diesem Zeitpunkt ist relativ schwierig. Besten Dank.

Präsident: Merci. Ihr könnt euch anmelden für Fraktionsvoten zu den Traktanden 4 und 5. Vorhin kam noch die Frage bezüglich der Redezeit. Zu den Sachgeschäften habt ihr pro Fraktion 10 Minuten Zeit. Als erstes für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ja, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zuerst muss ich mich bei euch entschuldigen. Ich habe gesagt, ich versuche, die Anträge immer frühzeitig einzureichen. Ich war dieses Mal relativ spät. Aber über das Geschäft ist natürlich auch medial informiert worden. Und jetzt sage ich euch gerade etwas. Einer meiner Grundsätze ist: intelligente Faulheit. Die Anträge 12 habe ich nämlich integral aus dem Antrag Stellungnahme des Heimatschutzes übernommen. Die Begründung, die der Heimatschutz mir gegeben hat, war für mich so überzeugend, dass ich nicht neue Anträge geschrieben habe. Für mich ist eines einfach ganz wichtig. Wenn ihr das Areal anschaut – ihr macht bei jedem Privaten, der ein Dachfenster einbauen will, ein riesiges Theater und Tamtam von wegen "in einem erhaltenswerten Gebiet". Und hier zerstört ihr die Sichtachse auf das Bundeshaus von der Monbijoubücke aus. Wir ermöglichen hier der Stadt, eine riesige Überbauung zu machen, die schädlich ist und das Stadtbild ganz wesentlich beeinträchtigt. Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Der zweite Punkt, den ich auch sagen muss: Ich habe immer das Gefühl, die ganze Sache sei schlecht aufgegleist. Wir hier haben gewusst, dass der ehemalige Stadtpräsident früher bei Losinger-Marazzi gearbeitet hat, und er hat nachher die Testplanungen begleitet. Darauf wurde auch von anderen Parteien Befangenheit moniert. Ich bin der Meinung, wir zerstören hier ein Gebiet, das zentral ist für die Leute, die im Marzili sind, das dort eine Erweiterungsmöglichkeit hätte. Deshalb kann ich bereits vorausschicken, dass wir alle 3 Vorhaben ablehnen. Wir haben deshalb auch Anträge gemacht, und ihr kennt mich, ich versuche es kurz und flüssig zu begründen. Teilweise sind es ja Rückweisungsanträge. Und die Ergänzungsanträge sind praktisch identisch. Ich habe einfach gesagt, damit es formell korrekt ist, begründe ich es so. Ich werde dann ganz kurz auf gewisse andere Anträge eingehen. Ihr seht auch, was wir durchaus respektieren – das seht ihr bei meinen Rückweisungs- und Ergänzungsanträgen –, dass der Gaskessel, das Team des Gaskessels mit den Nachbarn ein gutes Einvernehmen hat. Das habe ich überprüft. Unsere Anträge, auch die, die Richtung Eigentum gehen, gehen nicht gegen den Gaskessel. Hier nehmen wir Rücksicht. Bei der Anstadt sieht es nachher anders aus. Ihr seht nachher die Begründung. Ich komme zu diesen Rückweisungsanträgen. Ich habe zuerst eine Variante gemacht, in der ich alles in einem zusammengefasst habe. Und dann hat man mich zu Recht auf mögliche Gegenüberstellungen aufmerksam gemacht. Darum habe ich sie auseinandergenommen. Ihr seht den ersten Rückweisungsantrag. Wir sind der Meinung, das Gebiet sei sehr wichtig. Weil die Stadt das Ziel hat, alles jetzt gerade zu überbauen, haben wir einen Rückweisungsantrag eingereicht, in dem wir einfach eine massive Verkleinerung für die ganze Fläche verlangen, damit man hier noch Zukunft für die kommenden Generationen haben kann. Ein weiterer Antrag: Wir haben hier das Ryff-Areal, denkmalgeschützt. Die Planung nimmt auf das überhaupt nicht Rücksicht, man zieht daneben Hochhäuser hoch, für uns ein "Geht nicht". Ich habe gesagt, dem Privaten legt man die grössten Hindernisse in den Weg. Wenn die Stadt eine Planung hat, die ihr passt – ich habe euch vorgängig gesagt, wieso gewisse Leute möglicherweise mehr können als andere –, soll es dann gehen. Antrag 3: Wir sind der Meinung, dass die Sichtachsen sichergestellt werden müssen. Und es dürfen keine Bauten erstellt werden, die höher sind als die Unterkante der Monbijoubücke. Und nachher der Antrag 4: Ich muss sagen, Copy-Paste. Das habe ich wirklich übernommen. Und da bitte ich insbesondere die GFL und

die SP. Feuz hat den wirklich abgeschrieben, Copy-Paste. Die Fraktionspräsidenten haben heute auch noch Kopien der Einsprache des Berner Heimatschutzes bekommen, worin man genau sieht, dass ich die Sache wörtlich übernommen habe. Das ist mir wirklich ein Anliegen. Sie haben das eleganter formuliert als Feuz. Macht das, zerstört nicht alles. Ich bin der Meinung, das ist ein Antrag, der auch sinnvoll ist. Sonst wird dort nie gebaut. Dann werdet ihr Rechtsmittelverfahren haben, es werden Einsprachen gemacht. Ich gehe davon aus. Es ist ein zentrales Gebiet, das wird weitergezogen. Feuz ist nicht Einsprecher. Ich kann euch beruhigen, ich bin auch nicht Beschwerdeführer. Ich vertrete auch keine Privaten dort. Aber ich sage euch einfach als Jurist und Anwalt: Hier habt ihr ein Problem. Macht diesen Fehler nicht, entspricht dem Antrag. Wenn ihr bauen wollt, macht das. Dann haben wir Antrag 5. Damit wollen wir, dass mindestens ein Zweitel für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der Meinung, man muss den Familien Wohnraum zur Verfügung stellen. Nachher auch der 6. Rückweisungsantrag für höherwertiges Wohnen, den wir in der Planungsphase schon einmal gestellt haben, und der wegen einer Stimme Differenz gescheitert ist. Wir hatten damals noch ein bisschen bessere Mehrheitsverhältnisse. Den habe ich also auch wiederum übernommen. Den siebenten erachte ich als unproblematisch. Wir wollen genügend Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, wir wollen auch für Kleingewerbe angemessene und geeignete Räume. Wir sind immer der Meinung, dass man es so macht, dass man mit dem Gaskessel keine Probleme bekommt. Und dann haben wir einfach die ganzen Anträge – ich verzichte darauf, das noch einmal wiederzugeben –, die wir als Rückweisungsanträge haben, auch als Ergänzungsanträge gestellt. Die Leute, die sagen, wir wollen, dass es vorwärtsgeht, die sollen auch die Möglichkeit haben, das mit einem Ergänzungsantrag zu machen, dass man das streicht. Und die, die sagen – und das ist mir eigentlich lieber –, es solle noch einmal zurück, würden den Rückweiser unterstützen. Aber sie sind inhaltlich identisch, praktisch identisch. Irgendwo ist, so glaube ich, noch ein Sätzchen zu viel. Das müssen wir noch streichen. Ich habe das mit Nadja angeschaut. Da ist bei Copy-Paste etwas schiefgegangen. Aber ich sehe hier bewusst davon ab, die noch einmal im Detail zu begründen. Meine Fraktion ist immer relativ liberal. Dass man den Gaskessel ein bisschen stärken will, dem wird der grosse Teil unserer Fraktion wahrscheinlich zustimmen; darunter auch ich. Ich gehe jetzt auf die Anträge, die wir auch im 5. Traktandum haben, wo wir eben noch einmal das drin haben. Das ist die Zone mit Planungspflicht. Da haben wir nachher eben die Anträge dann noch einmal gestellt. Dort habe ich die Rückweisungsanträge, dort habe ich die anderen Anträge gemacht, damit man das dort eben dann ganz klar festhält. Und ein Antrag, den wir ganz klar ablehnen, ich bitte das Podium oben um Verständnis, ist eben das Areal Anstadt. Ich kann euch sagen, die Leute dort im unteren Kirchenfeld haben mir alle positive Rückmeldungen gegeben zum Team Gaskessel. Ich bekunde das hier klar. Das ist gut gelaufen. Natürlich wird es manchmal laut. Ihr wisst, Feuz ist eher das Party-Animal als ein ganz Ruhiger. Das ist mir völlig klar. Aber bei Anstadt war das Wochenende wieder Konzert mit Lärm. Die Leute im unteren Kirchenfeld konnten nicht schlafen. Ihr wisst, ich bin kein Freund extremer Kontrollen, aber ich muss sagen, wenn man Kinder hat und es die ganze Nacht ist, und wenn die Polizei dort hingehet und die Polizei nachher sagt: Wir können nichts machen. Dann bin ich einfach der Meinung, wir haben auch noch Anwohner, auch die haben Rechte. Und dann haben wir dort das grösste Problem und da bin ich der Meinung, diesen Antrag werden wir klar ablehnen. Ich habe noch eine kurze Frage zeitmässig. Wie viele Minuten habe ich noch? Etwa noch drei Minuten?

Der Präsident weist darauf hin, dass noch zwei Minuten zur Verfügung stehen.

Alexander Feuz (SVP): Will noch jemand von der Fraktion zu diesem Punkt reden? Sonst, ihr kennt mich, komme ich noch einmal zurück als Einzelsprecher und werde noch zu gewissen Anträgen Stellung nehmen. Noch einmal: Die Anträge sind von der SVP, aber denkt an die Verantwortung, die ihr habt. Für mich ist der wichtigste Punkt das Stadtbild, dass man nicht so hohe Hochhäuser baut, wie es stadtplanerisch vorgesehen ist. Und wenn ihr – jetzt bin ich bössartig – wollt, dass man noch lange nicht baut, dann müsst ihr die Anträge ablehnen. Dafür habt ihr nachher ein rechtliches Theater. Ich verweise hier auf einen Artikel von Christoph Hämmann, der genau das gesagt hat. Wenn ihr wirklich bauen wollt, müsst ihr dem zustimmen, sonst macht ihr hier einen juristischen Dschungel auf und ich will dafür nicht verantwortlich sein. Darum werde ich das Vorhaben bekämpfen, dass man die Stadt verschandelt.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion AL-PdA-TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Liebe Anwesende, herzlich willkommen auch an das zahlreiche Publikum. Die Fraktion AL-PdA-TIF begrüsst grundsätzlich den Bau von günstigem Wohnraum, der von der Stadt oder von gemeinnützigen Wohnbauträgern gebaut wird. Im Fall des Gaswerkareals finden wir die Entwicklung im Areal nördlich des Gaskessels sinnvoll. Ein neues Quartier bei den als Sektoren 1.1 und 1.2 bezeichneten Flächen mit hoher Nutzungsdichte inklusive öffentlichen Nutzungen, Gewerbe- und Freizeitaktivitäten finden wir erstrebenswert. Und dass bei der bisherigen Planung die Bedenken der Betreiber*innen und Nutzer*innen des Jugendzentrums Gaskessel ernstgenommen worden sind, wissen wir zu schätzen. Andere Bedürfnisse der heutigen Nutzer*innen des Areals wurden bei der bisherigen Planung leider weniger berücksichtigt. Im südlichen Teil des Geländes, der in der Abstimmungsbotschaft als Sektor 1.5 bezeichnet wird, befindet sich seit über 7 Jahren das Projekt Anstadt. Rund 50 bis 60 Menschen nutzen dieses Biotop als Wohnort und fördern die vielfältige Biodiversität in dem Gebiet. Neben dem Wohnraum, den sie sich gebaut haben, wird das Areal auch von vielen weiteren Menschen genutzt für vielfältigste kulturelle und soziale Aktivitäten. Die Anstadt ist weit mehr als einfach günstiger Wohnraum für ein paar Dutzend Menschen. Sie ist ein unkommerzieller, soziokultureller Begegnungsort, welcher diese Stadt mitprägt. Ich war letzten Samstag an einem Fest. Ja, es war laut, aber es war auch toll. Und ich weiss, so ein Fest findet einmal im Jahr statt. Wer gesehen hat, wie viele Leute kommen, weiss um die Bedeutung des Ortes und wie bekannt das ist. Solche Nischen und Möglichkeiten, wo sich Menschen entfalten und erfinden können, sind wahnsinnig wichtig in unserer durchreglementierten, durchgetakteten Gesellschaft, die wenig Platz für Kreativität lässt. Einen solchen Ort zu pflegen und zu fördern, ist die Aufgabe einer Stadt, die innovativ und kreativ bleiben will. Bei der Gaswerküberbauung sollte das berücksichtigt werden, damit dort nicht ein gepütztes, totes Quartier entsteht, wie das zum Beispiel in Bern-Brünnen der Fall ist. Weil es sehr schade wäre, wenn dieses wertvolle Stadtprojekt von unten, von der neuen Überbauung einfach abgewürgt würde, haben wir mit den Fraktionen SP-JUSO und GB/JA! bereits im Februar ein Postulat eingereicht, mit dem hätte geprüft werden sollen, wie die Anstadt in einer anderen Form neben respektive mit der geplanten Überbauung weitergeführt werden kann. Unverständlicherweise wurde dieses Postulat nicht als dringlich erklärt und es wurde bisher darum auch nicht traktandiert. Wir finden das demokratiepolitisch sehr bedenklich, wenn wir heute einfach über die Planung des betreffenden Geländes abstimmen, ohne über die Chancen dieses Postulats nachzudenken. Um sicherzustellen, dass die Diskussion darüber noch vor der Detailplanung der Überbauung stattfinden und in den

Planungsprozess einfließen kann, reichen wir heute verschiedene Anträge ein mit diesem Ziel. Wir sind überzeugt, dass es gemeinnützige Bauträger in der Stadt Bern gibt, die Interesse haben an einer zukunftsweisenden Überbauung auf dem Sektor 1.5, die Rücksicht nehmen wollen auf die Flora und Fauna inklusive der Menschen, die dort leben, und der Kultur, die dort gelebt wird. Das wäre das Leuchtturmprojekt, das weit über die Stadtgrenzen strahlen kann. Dafür braucht es keine Luxusbauten. Dabei geht es nicht einfach nur um die Menschen, die dort leben, sondern vielmehr um eine nachhaltige, ressourcenarme Lebensweise, die zukunftsweisend ist, Neues entstehen lässt und den Quartierzusammenhalt stärkt. Möglicherweise hätte ja die Via Felsenau Lust auf ein solches Projekt in Zusammenarbeit mit den Anstadt-Leuten. Für Bern würde sich damit ein Kreis schliessen, der vor 40 Jahren mit der Zaffarayabesetzung auf dem Gaswerkareal begonnen hat und Bern nachhaltig verändert hat. Die bürgerliche Antwort darauf war in erster Linie Repression, aber mit dem Projekt Berner Jugend baut, aus dem dann die Via Felsenau entstanden ist, ist aus dieser Geschichte auch etwas Nachhaltiges von bürgerlicher Seite her entstanden. Ein Projekt in dem Sinn wäre eher umsetzbar, wenn auf dem Sektor 1.5 nur 2 grosse Baufelder mit grösseren Blöcken gebaut würden und auf das Baufeld 5c verzichtet werden kann. Mit unserem Antrag zielen wir darauf ab. Es lässt Möglichkeiten offen für zukunftsweisende Wohnprojekte. Und ein grosser Teil des Sektors 1.5 kann als Schwemmebene Aaretal beibehalten werden. Das Ziel muss sein, möglichst viel unversiegelte Fläche zu belassen, die noch nicht zugestampft ist, und die Biodiversität zu erhalten. Das erfordert jedoch, dass der Sektor 1.5 weniger dicht bebaut werden darf, als das im Entwurf der Abstimmungsbotschaft vorgesehen ist, und dafür der Natur und dem experimentellen Wohnraum mehr Raum gegeben wird. So könnten im Sektor 1.5 die vorgesehenen Baufelder 5a und 5b realisiert werden, auf das Baufeld 5c könnte jedoch verzichtet werden und es bleibe Platz für einen Ort wie die Anstadt. Wenn das Mindestnutzungsmass im Sektor 1.5 von 15'000 auf 10'000 Quadratmeter reduziert wird, würde das die Chancen für ein wirklich nachhaltiges, naturverbundenes Projekt erhöhen. Entsprechend könnte dafür im Sektor 1.1 und 1.2 das Maximalnutzungsmass ausgereizt werden, um das zu kompensieren. Das ist der Antrag, den wir gestellt haben. Vielleicht gibt es noch ein bisschen Verwirrung. Es ist noch eine Tischvorlage da mit einem ein bisschen abgeschwächten Antrag. In der Diskussion mit einer Fraktion, ist das so gewünscht worden. Aber nehmt am besten einfach beide an, dann sind wir auf der sicheren Seite. Die anderen Anträge, die Rückweisungsanträge der SVP, lehnen wir alle ab. Wir finden es grundsätzlich gut, wenn neue Wohnungen entstehen, solange sie von der Stadt oder gemeinnützigen Wohnbauträgern gebaut werden. Einzig zu Nummer 12, wo es eben auch um diesen Sektor 1.5 geht und der kein Rückweisungsantrag ist, könnten wir uns vorstellen, zuzustimmen – vor allem wegen diesem Sektor 1.5. Selbstverständlich werden wir auch dem GB-JA!-Antrag zustimmen, mit dem 100% gemeinnützige oder städtische Bauträger festgeschrieben werden sollen. Es ist absurd, wenn die Stadt auf ihrem Boden Luxusbauten bauen lässt, um damit Geld zu verdienen. Für die Fraktion AL/PdA/TIF ist klar: Wohnen ist ein Menschenrecht. Und niemand soll damit Gewinne machen. Allen anderen Anträgen der GB-JA!-Fraktion stimmen wir ebenfalls zu, und auch die PVS-Anträge nehmen wir an. Genau, und der Rest ist dann Traktandum 6. Besten Dank.

Applaus von der Tribüne

Präsident: Liebe Anwesende, ihr habt vorgängig zu dieser Sitzung die Information erhalten, dass wir hier in diesem Haus die Regel haben, dass Applaus nicht erlaubt ist. Ihr habt jetzt eure Meinung kundgetan mit diesem Applaus. Ich bitte euch aber, bei künftigen Voten darauf zu verzichten, und danke euch dafür. Ich habe den Unmut von

David Böhner aufgenommen über die Nichtdringlicherklärung des Postulats. Ich erlaube mir hier kurz einen Kommentar. Der Grund war: Im Postulat waren 3 Punkte drin. Das Ratsbüro hat entschieden, dass Punkt 3 nicht dringlich ist. Und wir können einen Vorstoss nur als Ganzes dringlich erklären oder nicht. Hättet ihr dort Punkt 3 rausgelassen, dann wäre es dringlich gewesen. Als nächstes für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne, die 3 heute zur Beratung anstehenden Geschäfte, die Zone mit Planungspflicht 1 für das Gaswerkareal, die Zone mit Planungspflicht 2 für den Brückenkopf West, sowie die Abgaben im Baurecht und die Kreditaufstockung sind eng miteinander verknüpft. Sie bilden gemeinsam die Grundlage für die Transformation eines der bedeutendsten städtischen Entwicklungsareale. Darum erlaube ich mir, ein gemeinsames Votum für alle 3 abzugeben. Ich kann es bereits vorwegnehmen: Die GLP-EVP-Fraktion unterstützt die Vorlagen in der vorliegenden Fassung und wird allen 3 Geschäften zustimmen. Wir sehen darin einen wichtigen Schritt für die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum, für eine nachhaltige Stadtentwicklung und für die Sicherung von Kultur- und Freizeitangeboten. Zur Zone mit Planungspflicht 1: Hier entsteht ein lebendiges Quartier mit 300 bis 500 Wohnungen, die zu mindestens dreiviertel gemeinnützig und in Kostenmiete realisiert werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag gegen die Wohnungsknappheit oder zur Wohnungsknappheitsbekämpfung. Gleichzeitig sichern wir den Gaskessel, schaffen neue Grünräume, Schulraum und Flächen für das Gewerbe. Die Anträge der SVP, das sind die Nummern 1 bis 17, lehnen wir geschlossen ab, nicht nur, weil sie erst einen Tag vor der Sitzung eingereicht wurden und keine seriöse Beratung mehr möglich machen, sondern auch, weil sie weitreichende Projektänderungen verlangen würden. Allein die Prüfung würde das Projekt um mindestens ein Jahr verzögern. Wir erachten den Nutzen, dass schneller gebaut wird, als deutlich grösser. Die Anträge der PVS nehmen wir an. Wir folgen hier der Einschätzung des Gemeinderats, sie sind für uns tragfähige Kompromisslösungen. Ablehnen werden wir aber die Anträge 23, 24 sowie die Tischvorlage, die Antrag 23 gegenübergestellt werden wird. Die Reduktion des Nutzungsmasses sowie die Forderung nach 100% gemeinnützigen Wohnungen würden die Planung verzögern und die gewollte Vielfalt der Trägerschaften unterlaufen. Auch Antrag 25 lehnen wir deshalb ab. Die Durchführung von Mietzinskontrollen liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Ein entsprechender Auftrag des Parlaments wurde bereits erteilt, der Antrag ist damit überflüssig. Zur Zone mit Planungspflicht 2: Der Brückenkopf West ergänzt die Entwicklung des Gaswerksareals in idealer Weise. Er ist das Bindeglied zwischen der Aare-Ebene und der höheren Stadtebene. Hier wird eine bauliche Verdichtung möglich, verbunden mit einer besseren Erschliessung. Zudem können zusätzliche Wohnungen geschaffen werden. Auch hier lehnen wir die Anträge der SVP aus zuvor genannten Gründen ab. Wir haben zwar Sympathien für das Anliegen nach einer guten Durchmischung mit Familienwohnungen und Stockwerkeigentum, aber Stockwerkeigentum ist in diesem Perimeter durch die politische Mehrheit bewusst nicht gewollt und dementsprechend in der Planung auch nicht so vorgesehen. Deshalb sind diese Anträge zum jetzigen Zeitpunkt für uns nicht zielführend. Zur Abgabe im Baurecht und zur Kreditaufstockung: Bei diesem Geschäft geht es um die konkrete Umsetzung. Die Kreditaufstockung um 25 Mio. Franken ist notwendig, um die Entwicklung des Areals seriös voranzutreiben für Infrastruktur, Partizipation, Kommunikation, für ökologische und verkehrliche Massnahmen. Diese Investitionen werden durch die Baurechts- und Mietzinseinnahmen refinanziert. Und mit der Abgabe im Baurecht schaffen wir die Voraussetzung, dass unterschiedliche Trägerschaften beteiligt sind. Die Anträge 1 bis 8 der SVP lehnen wir ab,

sie würden den Prozess blockieren. Antrag 9 der RWSU hingegen unterstützen wir. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, dass die Anstadt bis zum Baubeginn auf dem Areal bleiben kann. Aber klar, mit Baubeginn muss das Areal geordnet geräumt werden. Wir sind in diesem Sinne gerne bereit, der Anstadt Vorschussvertrauen entgegenzubringen und erwarten im Gegenzug eine problemlose und fristgerechte Räumung des Areals bei Baubeginn. Deshalb lehnen wir folglich Antrag 16 ab, der die Anstadt in eine dauerhafte Nutzung integrieren möchte. Der Sinn und Zweck einer Zwischennutzung ist, dass sie nur temporär ist. Eine fixe Integration würde die planerischen Grundlagen verletzen, ist auch gegenüber anderen Bauträgern nicht fair und sie würde zudem die innere Verdichtung und die optimale Ausnutzung des knappen Bodens verunmöglichen. Die Anträge 10 und 11 der RWSU lehnen wir ebenfalls ab. Unterstützen werden wir aber Antrag 12. Die Forderung nach einer besseren Flächeneffizienz ist berechtigt und hilft, die Vorgaben zur inneren Verdichtung einzuhalten. Die Anträge 13 und 15 hingegen legen wir ab, sie sind zu absolut formuliert und würden den Prozess nur verkomplizieren. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit diesen 3 Geschäften liegt eine breit abgestützte und zukunftsweisende Planung vor. Wir freuen uns auf die baldige Realisierung des Projekts und stimmen der Planung in der vorliegenden Form zu.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die Mitte-Fraktion findet es ein gutes Projekt, dass man das Gaswerkareal überbaut. Und wir dürfen nicht vergessen: Vor 5 Jahren hat man das Land gekauft und die Bevölkerung hat mit 82% Ja dazu gesagt, dass man dort etwas macht und dass man dort etwas bauen will. Und deshalb müssen wir jetzt vorwärts machen, denn wir haben viele Projekte in der Stadt Bern und bei vielen geht es leider nicht vorwärts. Und deshalb sind wir überzeugt, dass es ein Kompromiss ist. Die mindestens 75% gemeinnützigen Wohnungen und dass es kein Stockwerkeigentum gibt, ist für uns suboptimal. Stockwerkeigentum gäbe natürlich auch eine bessere Durchmischung und es gäbe vielleicht auch eine bessere Finanzierung, denn häufig scheitert es ja daran, dass wir sie zwar beschliessen, aber wenn es darum geht umzusetzen, ist es schwierig. Was sicherlich wichtig ist, und das hat man jetzt hier, glaube ich, gehört, ist, dass der Gaskessel erhalten wird und dass man Lösungen findet, damit das weiterhin möglich ist. Das ist ein wichtiger Treffpunkt für die Jugend oder die Junggebliebenen in der Stadt Bern. Und darum ist es auch gut, dass man jetzt einen Kompromiss gefunden hat. Zu den ganzen Anträgen, die eingegangen sind: Ich will jetzt nicht jeden durchgehen, sondern sage einfach – also, mich hat das ein bisschen irritiert, denn ich habe gedacht: Was ist hier los? Da kommen Anträge im Bombendings, vor allem von einer Partei. Und da steht eigentlich auch nichts drin, wenn man sie genau anschaut. Wir sind auch für die Gewerbeflächen. Aber wenn man sagt, man wolle mehr Gewerbeflächen, dann müsste man vielleicht sagen, wie viel in Prozent. Wie viel hat es heute? Was sollte man verbessern? Aber so bringt das eigentlich nichts. Und auf mich wirkt das fast ein bisschen wie im Kindergarten. Ich sage es jetzt so. Also, wir werden alle Anträge – ich rede jetzt nur zu den Traktanden 4 und 5, zu 6 kommen wir dann noch einmal – ablehnen, ausser Antrag 19, wo es um den Gaskessel geht. Dem werden wir selbstverständlich zustimmen. Danke vielmals.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, wir sprechen heute über das Gaswerkareal und den Brückenkopf West, zwei Projekte, die exemplarisch zeigen, was in dieser Stadt seit Jahren schief läuft – und gleichzeitig, wie dringend wir trotz allem jetzt vorwärts machen müssen. Ich sage es gleich vorweg. Diese Vorlagen sind absolut nicht perfekt. Sie haben Schlagseiten, die uns Sorgen machen müssen. Die städtische Planung trägt einmal mehr die Handschrift von Rot-Grün, überladen mit Auflagen, gespickt mit Zielkonflikten, ideologisch statt pragmatisch. Wohnungsbau ist keine Spielwiese für Symbolpolitik. Es ist eine Frage der Verantwortung. Der Wohnungsmangel in Bern ist Realität, aber entscheidend ist nicht die Feststellung, dass er existiert. Entscheidend ist, wie wir ihn beheben. Und da zeigt sich, wer einerseits lautstark nach bezahlbaren Wohnungen ruft und gleichzeitig die höchsten Klimastandards, die grössten Freiräume und die rigidesten Nutzungsvorgaben verlangt, macht sich unglaublich, denn das Resultat dieser Politik ist immer dasselbe. Bauen wir komplizierter, langsamer und teurer. Was uns kritisch stimmt, sind zentrale Elemente der Vorlage. Erstens die Überdominanz gemeinnütziger Bauträger. 75% der Wohnflächen sind für gemeinnützige und preisgünstige Vermietung reserviert. Das schliesst eine ganze Gesellschaftsschicht einfach aus und verzerrt den Markt. Ein funktionierender Wohnungsmarkt braucht Diversität – das ist euer Argument – und Wettbewerb – das ist mein Argument –, nicht Einseitigkeit. Zweitens die ungleichen Baurechtszinsen: Unterschiedliche Konditionen für marktorientierte und nicht marktorientierte Bauträgerschaften schaffen Wettbewerbsverzerrung. Fairness heisst gleiche Regeln für alle. Auch private Bauträger sind Arbeitgeber. Sie zahlen auch Löhne und tragen mit Investitionen zur Wertschöpfung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Wer sie benachteiligt, schwächt die Stadt und unsere Gesellschaft als Ganzes. Drittens, kein Wohneigentum: Der kategorische Ausschluss von Stockwerkeigentum ist ein schwerer Fehler. Auch damit schliessen wir eine weitere Bevölkerungsschicht aus und verwehren Mieterinnen und Mietern die Möglichkeit, den Traum vom eigenen Zuhause zu verwirklichen. Eigentum bedeutet Verankerung, Verantwortung und langfristiges Engagement für ein Quartier. Viertens, Markteingriff: Dort, wo eigentlich marktorientierte Entwicklung möglich wäre, werden Investoren durch starre Vorgaben zum Nutzungsmix, Parkierung und Mobilität eingeschränkt. Das bremst Innovation und Dynamik. Fünftens, die Kosten und Risiken: Hohe Investitionskosten in Infrastruktur, Schulen und Verkehr und Grünlandlagen verursachen langfristig Belastungen für die Stadt. Ob diese wirtschaftlich nachhaltig getragen werden können, bleibt offen. Wir müssen das ehrlich benennen. Sechstens, die planerische Starrheit generell: Die enorme Detailtiefe der Vorschriften nimmt jede Flexibilität. Sie erschwert Anpassungen an künftige Markt- und Bedarfsänderungen. Eine Stadt aber lebt vom Wandel, Quartiere müssen sich entwickeln dürfen. Meine Damen und Herren, dieses Projekt ist ein Spiegel der rot-grünen Politik in Bern. Man will alles gleichzeitig: günstige Miete, Maximalstandards beim Baumaterial und darüber hinaus ideologische Vorgaben. Am Schluss bleibt das, was wir seit Jahren in dieser Stadt Bern kennen: Verzögerung, Verteuerung, Enttäuschung und am schlimmsten – keinen zusätzlichen Wohnraum. Und trotzdem sage ich: Wir müssen vorwärts machen, wir können es uns nicht leisten, dieses Areal auf Jahre hinaus blockieren zu lassen. Darum tragen wir die Vorlage mit, kritisch, aber entschlossen in der Erwartung, dass der Gemeinderat die Umsetzung so gestaltet, dass sie Vielfalt, Fairness und Umsetzbarkeit vorrangig vor Symbolpolitik bewertet. Unsere Haltung zu den Anträgen: Zu den Rückweisungsanträgen der SVP 1 bis 8 – die Forderung nach einem grösseren Park, niedrigeren Gebäuden oder kleineren Flächen mag sympathisch klingen, aber jede dieser Forderungen reduziert Wohnraum und schiebt das Projekt weiter hinaus. Darum lehnen wir die Rückweisungsanträge entschlossen

ab. Zu den Ergänzungsanträgen der SVP 9 bis 16: Auch hier gilt, viele dieser Forderungen sind bereits in der Vorlage berücksichtigt, sei es die ÖV-Anbindung, Gewerbeflächen oder Sichtachsen. Einmal mehr droht hier eine planerische Verkomplizierung, die mehr blockiert als verbessert. Ein Punkt verdient jedoch Erwähnung: Die Forderung nach Wohneigentum. Hier teilen wir das Anliegen in der Stossrichtung, denn Wohneigentum verankert Menschen langfristig im Quartier, wer eine Wohnung kauft, verpflichtet sich nicht für 3 Jahre, sondern für Jahrzehnte. Eigentum ist Quartierpflege im besten Sinn. Zum Antrag 17. Dieser Antrag ist überflüssig, da die Verfahren gemäss SIA-Ordnung bereits in der Planung sind. Eine Doppelspurigkeit hilft nichts. Darum lehnen wir auch diesen ab. Zu den Anträgen PVS 18 bis 22, ein sozialräumliches Konzept, die Rücksicht auf den Gaskessel, eine bessere Integration des Verkehrs sowie eine stärkere Photovoltaik-Nutzung, sind alles berechnete Anliegen. Aber sie sind grösstenteils bereits Bestandteil der laufenden Planung. Wir dürfen die Zonenplanung nicht mit Detailvorgaben überfrachten, sonst gefährden wir den Start. Besonders beim Gaskessel ist klar: Dieses Kulturzentrum ist ein Herzstück der Stadt, sein Betrieb darf nicht torpediert werden. Wer das Gaswerkquartier plant, ohne den Gaskessel mitzudenken, plant am Herzen des Quartiers vorbei. Trotzdem gilt: Die Instrumente für diese Abklärungen sind bereits vorhanden. Wir lehnen deshalb auch diesen Antrag ab. Zu den Anträgen von AL-PdA-TIF: Eine weitere Einschränkung der Nutzungsfläche zugunsten von Biodiversität ist nicht verhältnismässig. Das Projekt trägt bereits viele Auflagen, die Natur und freien Raum schützen. Deshalb lehnen wir auch diese ab. Zu den Anträgen 24, 25 GB/JA!: 100% Kostenmiete und Mietzinskontrollen sind nichts anderes als ideologische Verschärfungen. Sie machen Investitionen unattraktiv und verunmöglichen jede Balance zwischen diversem Wohnraum. Genau solche Forderungen führen dazu, dass am Ende niemand mehr baut. Wer 100% Kostenmiete verlangt, bekommt nicht 100% günstige Wohnungen, sondern 100% Verzögerung. Diese Anträge lehnen wir entschieden ab. Bei der ZPP 2 ist es das Gleiche wie oben. Das Fazit ist: Das Gaswerkareal und der Brückenkopf sind nicht perfekte Projekte, aber sie sind entscheidende Schritte. Wir dürfen sie nicht zerreden, nicht zerplanen und nicht zerhacken. Wer jedes Detail in Stein meisseln will, riskiert, dass es am Ende gar nichts entsteht. Wir nehmen die Vorlage an, weil wir Verantwortung übernehmen wollen, dass in Bern endlich gebaut wird, denn eines ist klar, die Menschen in Bern brauchen Wohnungen, keine neuen Verzögerungen. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Fraktion: Ich nehme nun noch Stellung zu den zwei Geschäften für die GB/JA!-Fraktion. Zuerst zum Brückenkopf, das Dominik vorgestellt hat. Der Innenverdichtung stimmt die GB/JA!-Fraktion zu. Die Synergien zwischen ZPP 1 und ZPP 2 bezüglich Spielfläche und Parkplätzen scheinen sinnvoll. Wir begrüssen, dass eine zusätzliche öffentliche Vertikalverbindung, also ein Lift, entsteht. Mit den 17% preisgünstigem Wohnungsbau müssen wir uns wohl oder übel aufgrund der Dienstleistungszone zufriedengeben und auf die Anpassung der Bauordnung warten. Wir stimmen dem Geschäft insgesamt zu. Jetzt zum Gaswerkareal, zur ZPP 1: In der Diskussion um das Gaswerkareal hörten wir immer wieder, wir müssten einfach möglichst schnell bauen. Die GB/JA!-Fraktion findet: Ja, möglichst schnell bauen ist gut. Im gleichen Atemzug sagen wir aber Nein zu horrenden, überbezahlten und nicht bezahlbaren Mieten. Wir brauchen nicht irgendeinen Wohnraum, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Deshalb fordern wir 100% preisgünstigen Wohnungsbau auf dem Gaswerkareal. Für uns ist klar:

Wir nehmen ein Jahr Verzögerung in Kauf, wenn dafür mehr Wohnungen in Kostenmiete vermietet werden. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat bei allen Überbauungsordnungen und Zonenplananpassung politisch nicht steuert, was und wie gebaut wird, nur weil die Ratsmehrheit Angst vor Verzögerungen hat. Ja, es gibt ein Risiko, dass es mit 100% preisgünstigem Wohnraum ein Jahr länger geht, bis die Menschen einziehen können. Dieses Risiko ist aber nicht zwingend gegeben. Die Wahrscheinlichkeit ist genauso gross, dass andere Aspekte wie ineffiziente Planungen, Einsparungen, Personal-mangel etc. schlussendlich der ausschlaggebende Grund für einen späteren Baustart sind, und nicht die politische Forderung nach 100% preisgünstigem Wohnraum. 100% preisgünstiger Wohnraum ist eine Forderung, die wir bereits 2018 gestellt haben. Wir stellen sie heute wieder, weil die Wohnungskrise nicht verschwunden ist, sondern zugenommen hat. Die Mieten sind an der Decke, die Leerwohnungsziffer im Keller. 2018 wurde unser Antrag im Stadtrat knapp abgelehnt. Seit damals hat sich die Zusammensetzung zumindest gemäss den Parteiprogrammen mehr nach links, mehr zur SP bewegt. Das Parlament wurde zweimal neu gewählt. An alle Neuen: Braucht doch heute eure Stimme für mehr bezahlbaren Wohnraum und nicht für kurzfristige finanzpolitische Argumente. Kurzfristig ist die Abgabe an gewinnorientierte Investoren aus Sicht der Stadt verlockend. Langfristig ist die Abgabe nicht sinnvoll. Kurzfristig sind die Einnahmen für die Stadt mit gewinnorientierten Investoren grösser, die Planungsmehrwertabschöpfung ist höher. Langfristig ist 100% preisgünstiger Wohnungsbau eine zentrale Massnahme in der Armutsbekämpfung und gegen Verdrängung. Kostenmiete stellt sicher, dass die Mieten längerfristig nicht steigen, so dass vielleicht auch in 50 Jahren Armutsbetroffene in der Stadt Bern wohnen können. Dafür brauchen wir nicht irgendeinen Wohnraum, sondern mehr bezahlbaren. Falls unsere Forderung von 100% preisgünstigem Wohnraum heute wie 2018 wieder nicht durchkommt und eine Mehrheit hier im Rat Luxuswohnungen auf dem Gaswerkareal will, fordern wir, dass zumindest das Mietrecht eingehalten wird. Wir fordern eine Mietzinskontrolle. Wir müssen den Schutz gegen missbräuchliche Mieten ausbauen. Horrende Mieten haben heute in der Stadt Bern nichts mehr zu suchen. Der Gemeinderat soll möglichst bald die gesetzlichen Grundlagen erarbeiten und eine Mietzinskontrolle einführen – auf dem Gaswerkareal und am besten gleich in der ganzen Stadt. Die Kommissionsanträge zur ZPP 1 nimmt die GB/Ja!-Fraktion alle an. Wir wollen Solarausbau auf allen nicht genutzten Dächern, eine 10-minütige Bus-Verbindung, mehr Platz für Velo- und Fussverkehr und eine gute soziale Infrastruktur. Ein reibungsloser Betrieb des Kessels muss sichergestellt werden, denn der Kessel muss weiter und laut leben können. Dem Antrag Nummer 23 zur tieferen Nutzungsdichte im Sektor 1.5, den David Böhner ausführlich vorgestellt hat, nehmen wir an, ebenfalls den Prüfantrag zur Anstadt. Zum Schluss: Wir sagen Ja zur Zonenplananpassung, aber Nein zu Luxuswohnungen. Wir wollen 100% preisgünstigen Wohnungsbau auf städtischem Boden. Und wenn ihr schon gewinnorientierten Investoren Land abgibt, kontrollieren wir zumindest das geltende Mietrecht mit einer Mietzinskontrolle. Merci für eure Unterstützung für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Präsident: Als nächstes für die GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Geschätzte zahlreiche Anwesende und liebe Kollegen und Kollegen. 150 Kubikmeter oder 150'000 Liter pro Sekunde sind gestern im Marzili die Aare hinuntergeflossen. Ich habe mich erkundigt. Warum ist das relevant für dieses Geschäft? Weil man eben berechnen kann, wie viel Wasser ungefähr noch die Aare runterfliesst, bis das Gaswerkareal überbaut wird. Ich darf es euch verraten. Wenn wir davon ausgehen, dass nach 2030 die ersten Gebäude stehen, dann sind es

circa 52 Billionen Liter, die die Aare hinunterfliessen. Und man darf mit Fug und Recht behaupten, es fliesse noch sehr viel Wasser die Aare runter, bis das Gaswerkareal bebaut ist. Ich versteige mich jetzt aber nicht zu einer sehr waghalsigen Prognose, wenn ich euch sage, die beiden ZPPs und die Abgabe im Baurecht, die wir an den Gemeinderat delegieren, zusammen mit der Kreditaufstockung, also die 3 Geschäfte, um die es heute geht, dass die fast oppositionslos durch den Rat gehen, vielleicht mit einem kleinen Strohfeuer zur Frage, ob die Anstadt zum weiteren Providurium werden darf, ob der GüWR (Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien)- und Genossenschaftsanteil jetzt noch höher als 75% geschraubt werden soll, und ob die beiden Hochhäuser zu hoch sind und wie viel Geschossfläche oder ob die Geschossfläche jetzt doch noch präzisiert werden soll im Rahmen der ZPP. Fakt ist, der Mist ist geführt, und zwar schon seit dem Landerwerb 2020. Fragen wie, soll man jetzt in dieser Schwemmebene überhaupt bauen, will man nicht doch einen Park, verscherbeln wir jetzt eine weitere grüne Lunge, wie es die SVP sagt, oder doch eher eine kontaminierte Industriebrache? Und ist die Delegation der Baurechtsabgaben an den Gemeinderat eine Selbstbeschneidung des Parlaments oder doch eher intelligent, weil zeitsparend? Das sind alles sehr legitime Fragen, aber sie sind müssig. Der Gasdampfer ist nämlich am Rollen und wir können es hier im Rat auch mit etwas Widerstand aufnehmen. Trotzdem ein paar Gedanken, weil wir ja auch auf die vielen Herausforderungen im Viererfeld-Mittelfeld blicken, die uns immer noch beschäftigen, und wo es auch diese Baurechtsabgabe, diese Delegation gab. Und hier muss man schon anerkennen: Wir lassen uns einmal mehr vom Prinzip Hoffnung leiten, wenn wir jetzt diese Baurechtsvergaben wieder delegieren. Und man kann einfach hoffen, dass es gutkommt oder zumindest besser als im Viererfeld. Denn es gibt Stimmen, die munkeln, das Gaswerkareal könnte das Viererfeld ja sogar noch überholen in der Planung. Klar ist aber, dass private Arealplanungen und private Investoren deutlich zügiger bauen in der Stadt Bern. Man denke an die gestapelte Stadt, das Wifag-Areal etc. und bald auch Weyermannshaus West oder das EWB-BLS-Areal. Und dort werden ja auch immer zumindest Kostenmietenanteile gemäss Wohninitiative gebaut. Und es ist die Frage: Was hilft der Stadt mehr? Effiziente und zügige Wohnbauprojekte oder solche, die dann ewig verzögert werden, weil die Stadt offensichtlich etwas überfordert ist mit diesen Planungen? Was auch noch kritisch anzumerken ist. Im Gegensatz zu einer Testplanung Wifag oder jetzt auch der Begleitgruppe, die es zum ESP Ausserholigen gibt, wo die Kommunikation meines Erachtens sehr gut funktioniert, kann man das von der Kommunikation zum Gaswerkareal überhaupt nicht behaupten. Sie wirkt bisher extrem defensiv, darauf bedacht, dass ja keine weiteren Fehler und Verzögerungen passieren. Ich erinnere daran, dass die Volksabstimmung, die im November ansteht, schon um 2 Jahre verzögert ist. Es fehlt, das kann man allgemein sagen, der Blick in die Werkstatt und auch der Mut, den Blick in die Werkstatt überhaupt zu gewähren und zum Fortschritt der Arealplanung insgesamt. Wie kann es sein, dass in der ZPP plötzlich Hochhäuser auftauchen, die im Visualisierungsmodell des Richtplanes noch nirgends zu sehen waren? Warum wurde die Bewilligung für das Schulhaus-Provisorium klammheimlich am Stadtrat vorbei verlängert? Wichtige Fragen, wie das Nutzungsmass wurden nie wirklich mit Politik und Öffentlichkeit verhandelt, etc., etc. Hier gibt es tatsächlich einen Steigerungslauf, den wir vom Gemeinderat und von der Verwaltung in der weiteren Planung erwarten. Ja, die Planung und Realisierung des Gaswerkareals wird ja gerne zumindest medial zu einem Leuchtturmprojekt hochstilisiert. Wir müssen aber in Bern keine weiteren Denkmäler planen – derer haben wir, glaube ich, genug –, sondern vor allem als Parlament kritisch sein, wenn wir einmal mehr Blankoschecks verteilen, und wenn sich die Verzögerungen bei solchen Leuchtturmprojekten häufen. Dafür haben wir ja jetzt eine gestärkte GPK,

die sich in den nächsten Jahren vielleicht auch mal den ganzen Baurechtsvergaben annehmen kann. Ich sage noch etwas zu den Anträgen, und zwar zu sämtlichen drei Geschäften, die uns heute beschäftigen: Die SVP-Anträge kamen wieder einmal reichlich spät und eine Rückweisung lehnen wir ab. Dennoch möchte ich erwähnen, dass wir für Antrag 10 unter Traktandum 4, gewisse Sympathien haben, damit dieses Ryff-Areal aus denkmalpflegerischer Sicht sorgfältig geplant wird. Ich habe auch erfahren, dass der Wettbewerb für die Ryff-Fabrik bald starten wird. Dafür haben wir gewisse Sympathien, dass man das verankert. Und dann sage ich auch noch etwas zum Antrag 19, Gaskessel. Dass man diese mittlere Gasse und die Baulinien sorgfältig weiterplant. Die GFL hat sich ja schon bisher für genügend grosse Abstände bei den Baulinien starkgemacht und dafür, dass, wenn der Ausgang des Gaskessels in die andere Richtung gedreht wird, auch für die Entfluchtung genügend grosse Kapazitäten geplant werden. Offenbar gibt es hier noch Nachholbedarf bei der Stadt. Und die Mietzinskontrolle, Antrag 25, nehmen wir an. Schliesslich sage ich noch zu den Freigängerkatzen etwas, was ja auch für diverse Diskussionen gesorgt hat. Hierzu haben wir Sympathien, aber Stimmfreigabe beschlossen. Ebenfalls beim Antrag 15 AL/PdA/TIF – ich bin jetzt bei der Abgabe des Baurechts, der Kreditschwelle über 5 Mio. Franken – es gab bei uns zu reden, dass man das einfach so wegdelegiert. Hierzu haben wir ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen. Und dann sage ich noch etwas zum allerletzten Antrag, Antrag 16 zur Anstadt. Dazu haben wir ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen. Es ist etwas fraglich, wie sich das vereinbaren lässt, wenn man im Sektor 1.5 vielleicht GüWR-Wohnungen baut. Aber man kann es ja mal prüfen. Und wir hoffen und wünschen diesem ganzen Projekt, diesem riesengrossen Projekt für die Stadt Bern, alles Gute. Und wir hoffen, dass es jetzt wirklich auf Kurs ist und es nicht zu weiteren Verzögerungen kommt wie beim Viererfeld und Mittelfeld. Vielen Dank.

Präsident: Als letztes Fraktionsvotum für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze. Ihr könnt euch jetzt für allfällige Einzelvoten anmelden.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Danke, Tom. Ich möchte damit anfangen, noch ganz kurz etwas zur ZPP 2 zu sagen. Das hat jetzt glaube ich noch niemand gemacht, und zwar wollte ich einfach noch sagen, dass mir die Anträge der SVP völlig unverständlich sind, weil es hier um eine ZPP geht, nicht um einen ganz konkreten Zonenplan, lieber Alex, wo man solche Dinge vorgeben kann. Hier geht es prinzipiell darum, was gemacht werden kann. Und da kann man nicht wirklich sinnvoll reinschreiben "Familienwohnungen oder höherwertiges Wohnen" auf dem Platz eines privaten Investors. Wenn, dann würden wir hoffentlich eher mehr Genossenschaftswohnungen reinschreiben. Von dem her ist fraglich, was ihr euch da überlegt habt. Gut, nun zum Gaswerk: Geschätzte Anwesende, geschätzte Gäste auf der Tribüne, es geht hier um ein wichtiges Projekt für unsere Stadt. Es geht darum, dass wir 300 bis 500 Wohnungen, Biodiversität, Denkmalschutz, Gaskessel, Anstadt und viele weitere Prioritäten unserer Stadtentwicklung auf diesem Areal unter einen Hut bringen können. Und das Projekt ist, da sind wir uns glaube ich in der SP-JUSO-Fraktion alle einig, im Grossen und Ganzen gelungen. Wir haben durchaus einige Dinge kontrovers diskutiert. Wir haben kontrovers diskutiert, ob es eine Kompetenzdelegation in diesem Ausmass geben soll. Aber am Schluss ist die Mehrheit unserer Fraktion dafür, weil der Meccano, wie er hier vorliegt, effizient und sinnvoll ist, indem man nämlich mit der ZPP die sehr groben Spielregeln festlegt und dann in einem Planungswettbewerb das beste Projekt auswählt, statt alles sehr detailliert von der Stadt festzulegen. Auch haben wir uns lange

über die Regelung unterhalten, dass auf dem Areal 25% private Investoren bauen können. Die Mehrheit von uns wird am Ende den entsprechenden Antrag, dass man das streichen soll, ablehnen. Denn wir verstehen aus 3 Gründen, dass es bei den Bauprojekten, bei denen es konkret um Häuser geht, in denen unten Gewerbe und oben Wohnen steckt, wenig Sinn macht. Denn es gibt relativ wenige Genossenschaften oder Stiftungen, die Gewerberäume in diesem Ausmass betreiben wollen. Das würde bedeuten, dass wir Stockwerkeigentum hätten zwischen, sagen wir einmal, einer Pensionskasse unten und Fambau als Genossenschaft oben. Das beschert wirklich am Ende nur Probleme und ist auch keine sinnvolle Lösung. Dazu kommt, und jetzt sage ich etwas Unbeliebtes, dass solche For-Profit-Wohnungen am Schluss auch unsere Genossenschaftswohnungen querfinanzieren, weil für den Boden viel mehr Geld bezahlt wird. Es tut mir weh, das zu sagen als SPler. Aber am Schluss ist das relevant. Denn das bedeutet, dass die Stadt am Ende über mehr Mittel im Wohnbau verfügt, um anderswo günstig Gebäude kaufen oder selbst bauen zu können oder günstig Bauland an Genossenschaften abgeben zu können. Und deshalb wird die Mehrheit unserer Fraktion den entsprechenden Antrag nicht annehmen. Übrigens möchte ich hier auch noch 2 Dinge betonen. Erstens geht es nicht um einen Landverkauf, sondern um die Abgabe im Baurecht. Hier hat man in der Stadt gelernt, seit RGM in Charge ist. Das hat man nämlich früher nicht gemacht. Und zweitens geht es nicht um Luxuswohnungen, im Gegenteil, es geht um ganz normale Wohnungen. Die meisten von uns wohnen in Wohnungen, die eben nicht genossenschaftlich organisiert sind. Das ist sehr, sehr schade und deshalb ist es umso wichtiger, dass wir jetzt diese Vorlage annehmen, weil wir damit rund 300 Genossenschaftswohnungen neu bauen in unserer Stadt, die sehr, sehr dringend und wichtig sind. Eine Minderheit sieht das aber anders und wird dem Antrag zustimmen. Zur Anstadt: Das haben wir sehr kontrovers diskutiert. Das Problem ist, dass die Anträge, die hier in der ZPP 1 vorliegen, also die Anträge, das Nutzungsmass zu reduzieren, zu diesem Zeitpunkt unserer Einschätzung nach – und das haben wir mit der Verwaltung und Baujurist*innen abgesprochen – einem Rückweisungsantrag gleichkommen. Das bedeutet: Werden diese Anträge angenommen, heisst das vermutlich, dass wir nicht in die Volksabstimmung können, dass die ganze Arealplanung neu aufgelegt werden muss; auch wenn es als Prüfantrag formuliert ist im Übrigen. Und das würde bedeuten, dass wir jetzt nicht loslegen können mit diesem wichtigen Bauprojekt. Es geht hier um die Nutzungszahlen, die vom Kanton vorgeschrieben werden. Das klingt jetzt absurd. Aber hier geht es am Ende darum, dass der Kanton im kantonalen Richtplan und im Gesetz sagt, auf diesem Areal müsst ihr relativ dicht bauen. Wenn die Stadt das verletzt, gehen wir das Risiko ein, dass der Kanton oder irgendein Kläger und dann ein Gericht oder sonst wer das als Rückweisung einstuft, vielleicht sogar eine Volksabstimmung für ungültig erklärt, mit Einsprachen eine erneute Planaufgabe und so weiter verlangt. Und ich habe nicht das Gefühl, dass es in irgendjemandes Sinn ist, das zu diesem Zeitpunkt zu machen. Hingegen finden wir es wichtig, dass man eure Anliegen ernst nimmt. Wir finden das sehr wichtig. Wir haben deshalb bereits im Winter ein Postulat eingereicht und heute auch einen Antrag, der aber erst im nächsten Traktandum besprochen wird und nicht in diesem. Unser SP-Postulat – das möchte ich auch noch erwähnen – ist aus mir nicht ganz erfindlichen Gründen noch nicht vom Gemeinderat beantwortet worden, denn es wäre lässig gewesen, auf diese Sitzung die Antwort zu haben. Aber tant pis, dann kommt sie wohl nächste Woche, was sehr, sehr schade ist. Und was David von der AL gesagt hat, dass hoffentlich doch noch ein tolles Bauprojekt mit Anstadt-Menschen entsteht, das ein Baufeld erhält, glaube ich, das finden wir alle auch. Das wäre eine tipptoppe Lösung. Gut, jetzt gehen wir weiter zum nächsten

Thema. Ich würde gerne populistisch noch etwas zu Simone Richner von der FDP sagen. Ich glaube nämlich, du hast da etwas nicht so ganz verstanden punkto Verantwortung übernehmen. Denn Verantwortung übernehmen wir, wenn wir heute diesem Bauprojekt zustimmen und endlich loslegen mit dem Bauen auf diesem Areal. Statt Stockwerkeigentum, in dem dann Leute, die geerbt haben oder mal erben werden, wohnen können, bauen wir hier Gebäude, Wohnungen für den Mittelstand, für die arbeitende Bevölkerung, für die Leute, die Lohn beziehen und sich nicht vom Kapital ihrer Eltern eine Eigentumsattika leisten können. Gut, noch ganz schnell zu den Anträgen. Die Anträge SVP lehnen wir allesamt ab. – Ich nehme an, das war mein Timer? – Gut, ich mache es ganz schnell. Die PVS-Anträge nehmen wir alle an, insbesondere finden wir auch den Gaswerkarealantrag sehr, sehr relevant. Die Anträge des GB werden wir mehrheitlich ablehnen. Die Mietzinskontrollen finden wir zwar eine tolle Idee, aber verstehen nicht genau, wieso wir das auf diesem Areal machen und nicht gleich in der ganzen Stadt. Dazu gibt es ja auch einen hängigen Vorstoss. Und eben: 100% Gemeinnützige werden wir ebenfalls mehrheitlich ablehnen. Erlaubt mir noch ein ganz kurzes Schlusswort, ich bin gleich fertig.

Der Präsident erklärt, dass noch drei Minuten für das Schlusswort zur Verfügung stehen.

Gut, dann kann ich langsamer sprechen bei meinem Schlusswort. Endlich geht es jetzt voran. Nach ganz vielen Jahren sind wir jetzt auf gutem Weg mit einem tollen neuen Quartier direkt an der Aare. Das Ziel muss jetzt sein, dass wir hier vorangehen und nicht Micromanagement betreiben, wie wir es auf anderen Arealen gemacht haben. Und danke, dass ihr das auch beim Abstimmen berücksichtigt. Hier geht es darum, dass wir ganz, ganz viele Prioritäten dieser Stadt unter einen Hut bringen müssen. So sind Planungsgeschäfte. Hier muss man den Denkmalschutz, der einigen hier offenbar wichtig ist, unter einen Hut bringen mit der maximalen Ausnutzungsziffer, die städtebaulich möglich ist. Es geht darum, dass wir naturnahe Flächen und die Wohnungen richtig platzieren, dass der Gaskessel dort weiter existieren kann, dass man für die bestehenden Nutzenden wie zum Beispiel die Anstadt gute Lösungen findet, dass dabei aber das Wohnen nicht vergessen wird, sondern wirklich gegen 500 Wohnungen entstehen, dass es aber auch Gewerbe gibt. Denn ein Quartier ohne Gewerbe lebt nicht. In einem Quartier braucht es Verkauf, braucht es Bäckereien, braucht es vielleicht sogar Handwerker oder Schreiner*innen und Maler*innen. Es braucht auch Schulraum. Es braucht all das und das ist in diesem Projekt im Grossen und Ganzen gelungen. Und wenn wir jetzt anfangen, als Stadtrat ins Micromanagement zu gehen, dann wird alles nur länger dauern und dann haben wir 500 Wohnungen, die wir über viele Jahre nicht haben. Und wenn 500 Wohnungen genossenschaftlich gebaut sind, würde ich jetzt einfach mal grosso modo sagen, bedeutet das 2000 Leute, die weiterhin – und das wäre jetzt auch noch ein Argument gegen gewisse Anträge – in profitorientierten Wohnungen wohnen, die Jahre länger viel mehr Miete zahlen, als sie müssen. Und ich glaube beim Viererfeld, das hat auch schon jemand gesagt, haben wir auch gesehen, dass es tendenziell nicht die beste Idee ist, wenn wir operativ mega stark eingreifen. In dem Sinne vielen Dank fürs Zuhören und fürs Zustimmung zu diesem Projekt und für das Nichtverzögern dieses sehr, sehr wichtigen, neuen Stadtquartiers.

Präsident: Du hättest noch 30 Sekunden gehabt. Als Einzelsprecher, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Lieber Stadtratspräsident, liebe Anwesende, liebe Gäste, ich möchte es kurz machen, auf Nora und auch auf Dominik antworten und

ein bisschen auf die Euphorie-Bremse treten, denn diese kostengünstigen Wohnungen sind nicht kostengünstig. Die kosten einfach weniger, aber die sind immer noch teuer. Die sind genau für den Mittelstand. Wer dort wohnt, das sind die Beamten der Stadt und des Kantons und des Bundes, die mehr als 100'000 Franken verdienen, genauso wie es beim "Fleischkäse" passiert ist. Das ist die Realität und daran sind wir im Stadtrat auch ein bisschen schuld, weil wir einfach zu viele Auflagen, zu viele Sachen miteinander verknüpfen, reinpacken. Und das verteuert alles. Meinen Kernsatz hätte ich fast vergessen. Keiner, der in Überkleidern auf der Baustelle dort arbeitet, wird sich leisten können, dort zu wohnen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher David Böhner.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Ja, einfach noch eine Frage. Zu unserem Antrag, Nummer 23 ist es glaube ich, zu dem gesagt wurde, das verzögere das Ganze und käme einem Rückweisungsantrag gleich. Das ist nicht der Sinn davon. Ich verstehe das Argument auch nicht. Es geht einzig darum, dass in dieser Abstimmungsbotschaft das Mindestnutzungsmass auf dem Sektor 1.5 nicht mit 15'000, sondern mit 10'000 angegeben wird. Das heisst ja nicht, dass es so sein muss. Vielmehr wäre es statt zwischen 15'000 und 20'000 zwischen 10'000 und 20'000. Dann gibt es kantonale Vorgaben, einverstanden, aber diese beziehen sich auf die ganze Fläche, auf die Sektoren 1.1 bis 1.5, dass die dort eingehalten werden müssen. Und das wird dann Sache der Planung sein. Und wenn man zum Schluss kommt, 15'000 m² ist eine sinnvolle Nutzungsfläche bei Sektor 1.5, dann ist es so. Aber es würde die Möglichkeit bestehen, zum Schluss zu kommen, 12'000 Quadratmeter würden auch reichen. Ich sehe nicht, wie das das Ganze verzögern sollte oder wieso das juristisch ein Problem sein sollte. Es sind ja nicht die einzelnen Sektoren, die aufgeführt sind. Also ihr könnt dem Antrag gerne zustimmen, ohne Angst zu haben, dass es dadurch verzögert wird.

Präsident: Als Einzelsprecherin, Simone Richner.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Nur, weil ich angesprochen wurde. Lieber Dominik, du hast nicht verstanden. Wir sind uns einig. Ich setze mich dafür ein, dass Wohneigentum nicht nur durch Erben erreicht werden kann. Ich weiss, in der SP funktioniert das so, aber für die meisten eben nicht. Ich will Diversität bei den Bewohnenden und deshalb sind wir für dieses Projekt. Danke schön.

Präsident: Als nächstes Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Lieber Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gemeinderäte, ist zwar keiner da oder doch oder nein, nur die Stadtpräsidentin. Es ist wahrscheinlich keine wichtige Debatte. Wir haben vor kurzer Zeit das Viererfeld, die grüne Lunge übergebaut, verbetoniert. Die Stadt Bern wächst immer weiter. Es gibt keine Erholungsräume mehr. Es gibt hier die grün-linken Mehrheiten, die sich grosse Klimaziele stecken. Sie wollen auch grün sein, umweltfreundlich und sie predigen Wasser und trinken Wein. Das sind eigentlich 2 Gegensätze. Das Viererfeld war ein kompletter Flop. Investoren sind aus dem Konzept abgesprungen, weil es nicht wirtschaftlich ist. Und dennoch hat man daran festgehalten. Die Verwaltung ist überfordert. Man hat Verzögerungen. Man hat auch noch Altlasten im Boden. Es wird wohl auch noch eine Weile dauern, bis das Viererfeld verbetoniert wird. Aber man hat es durchgezwingt. Jetzt kommt das zweite Projekt dran. Das ist das Gaswerkareal,

einer der schönsten Orte in der Stadt Bern, an der Aare gelegen, wo man sich erholen kann, wo vor allem die jungen Leute gerne sind, wo sie etwas machen möchten. Was macht die Stadt Bern? Ich habe vorhin ein schönes Transparent gesehen: "Lieber Kultivieren als Zementieren." Als SVP-Politiker in der Stadt Bern und Landwirt bin ich gleicher Meinung, nämlich, dass man dort das grüne Areal erhalten soll. Wir haben genug Wohnungen in der Stadt Bern. Ein SP-Ex-Stadtpräsident hat einmal gesagt, 150'000 Einwohner seien genug. Wenn man dann mehr Wohnungen baut, muss man dann eben auch mehr Infrastruktur bauen. Und wenn man den Perimeter der Stadt dort unten kennt – es hat sehr viele Leute, Böötler, Hündeler. Im Sommer, wenn schönes Wetter herrscht, ist alles überfüllt. Und jetzt will man dort die grüne Lunge der Stadt Bern noch überbauen. Das ist gegen die Klimaziele. Der Gemeinderat hat die Klimaziele bis jetzt nie erreicht. Dort könnte man etwas für die grüne Lunge machen, nicht nur eine Geranie auf den Balkon stellen und das Gefühl haben, wir könnten in der Nacht gut schlafen. Deshalb bin ich ganz klar dafür, dass man das Areal dort nicht verbetoniert und dafür kämpft. Besten Dank.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP), Einzelvotum: Thomas Hofstetter, ich nutze dein Votum gerne, um noch schnell zu sagen, wie das funktioniert mit Kostenmiete und preisgünstigem Wohnraum und den Genossenschaften. Vielleicht kennst du keine Leute, die da wohnen, aber das sind Leute wie du und ich, aber auch wie ganz viele andere, nämlich wie die, die dort eben auf Baustellen arbeiten, die in der Pflege arbeiten. Das sind Menschen, die einfach da wohnen. Und das ist ein sinnvolles Modell, denn es bedeutet im Prinzip, dass kein Gewinn herausgeschlagen wird. Das bedeutet, man schliesst sich zusammen, um Wohnraum zu bauen und schlägt eben keinen Gewinn daraus, wie es eine Pensionskasse, eine Bank oder ein anderer privater Investor machen würden. Deshalb sind wir Fan davon. Und wenn du sagst, dass keine Leute von der Baustelle dort wohnen werden, dann stimmt das einfach nicht. Dann würde ich dich gerne einladen: Komm doch mal in mein schönes Quartier Holligen. Dort haben wir gerade viele neue Wohnbaugenossenschaften. Da stelle ich dir ein paar Leute vor und dann sagst du das nicht mehr.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Alexander Feuz. Falls es noch weitere Einzelvoten gibt, meldet euch doch bitte, wenn möglich, jetzt an.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Merci, Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Anträge, die wir gestellt haben, sind teilweise auf schlechten Boden gefallen. Ich halte an diesen Anträgen fest. Den Parteien, die uns unterstützen, danke ich für gewisse Anträge. Ich möchte euch einfach jetzt sagen: Die Leuchtturmprojekte der Stadt Bern – was haben wir alles in den Dreck gefahren? Ich fange mit Base4Kids an. Wir haben eine Kita Stadt Bern in absoluter Schieflage. Wir haben x Sachen zum Viererfeld, auch ein Flop, wo nichts passiert. Ich will jetzt hier nicht wiederholen, was Thomas Glauser hervorragend gesagt hat. Ich danke ihm für sein Votum. Ihr habt höhere Klimaschutzziele und was auch immer und macht alles kaputt. Alles macht ihr kaputt. Das Viererfeld habt ihr kaputt gemacht. Jetzt macht ihr dort unten den Marzili-Raum kaputt. Das ist eben ein Fehler. Und dann als nächstes, macht ihr eine grosse juristische Baustelle. Ich war spät mit diesen Anträgen, aber ihr habt in den Medien, ich habe es schon einmal erwähnt, den Artikel von Christoph Hämman. Ihr habt gesehen,

wie das juristisch problematisch ist. Das weiss doch jedes Kind. Neben einem denkmalgeschützten Objekt höchste Schutzstufe, schützenswert, muss man doch nicht ein Hochhaus setzen und die Sichtachsen auf das Bundeshaus verbauen. Wieso kann nicht die Stadt selber sagen, wir wollen bauen, nutzen aber den Raum nicht bis zum letzten Quadratmeter aus? Nein, man will eben ein Leuchtturm sein, man will dort ein Hochhaus haben, einfach wegen des Prestiges. Und so werdet ihr das Projekt ähnlich wie das Viererfeld in Grund und Boden fahren. Ich appelliere noch einmal an euch. Denkt an die Anträge zum Ryff-Areal, die Sichtachsen von der Monbijoubücke. Damit könnt ihr die juristische Problematik entschärfen. Ich gehe davon aus, wir werden scheitern. Aber es gibt nachher einfach jahrelang eine Bauleiche und man kann dann diskutieren, ob es noch eine neue Auflage braucht oder keine neue Auflage. Dann gibt es verschiedene Varianten. Aber hierüber wird ein richtiger juristischer Streit ausbrechen. Wenn ihr eine wachsende Stadt habt, könnt nicht im Breitenrain das Klima retten, indem ihr die Blumenrabatte statt 25 cm, 31 cm macht. Und dort beim Helvetiaplatz, das sage ich euch auch immer, diese Plastikbäumchen, mit denen rettet ihr das Klima nicht. Ihr würdet das Klima retten, wenn ihr das Viererfeld nicht überbauen würdet oder wenn ihr das Gaswerkareal so lassen würdet. Jetzt etwas zu den bürgerlichen Parteien. Grossartigerweise meint ihr – die Anträge von links werden wahrscheinlich durchkommen –, es gehe wie im Viererfeld. Man meint, es gebe ein bisschen höherwertiges Wohnen oder was auch immer. Das gibt es nicht. Ihr werdet schlussendlich einfach unsere letzten Reserven kaputt machen für gewisse Leute, die nachher dort ihr rot-grünes Wohlfühlbiotop haben und all unsere Grundlagen zerstören. Was ist wichtiger? Ihr könnt, wenn ihr an der Aare ein Naherholungsgebiet habt, nicht im Breitenrain oder in Ausserholliken eine Bank hinstellen mit Sonnenschirmen. Die Leute sind im Marzili. Dorthin wollen sie. Und ausgerechnet das macht ihr kaputt. Ich muss euch sagen: RGM in ihrer Herrschaft haben das Viererfeld zerstört. Jetzt sind sie daran, das Gaswerkareal zu zerstören, das Springgartenareal haben sie auch schon in der Pipeline, um es zu zerstören. Ihr macht alles kaputt. Ich habe wirklich das Gefühl, die einzigen Grünen hier drin ist die SVP. Ich bitte euch, die Anträge hier zu unterstützen. Wie es Thomas schon gesagt hat: Wir wollen nicht alles zubetonieren. Merci.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Einfach aus grundsätzlichen Gründen kann man nicht stehen lassen, dass wir hier alles kaputt machen sollen. Die Logik der SVP ist, dass sie nichts verändern will und sich dann irgendwann ein grünes Mäntelchen umhängt und ein bisschen grün tut. Ich kann mich noch erinnern – es ist noch nicht so lange her –, dass Leute von der SVP, die sich hier grün geben, gesagt haben, sie hätten nichts gegen die Überbauung im Viererfeld, wenn dort Privateigentum entstehen würde und nicht Genossenschaftswohnungen. Das ist einfach eine so verlogene Geschichte. Ich kann sie nicht mehr hören.

Präsident: Dann hat abschliessend das Wort für den Gemeinderat, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Anwesende, ich danke den Referenten für die präzise Vorstellung der Planungsgeschäfte und euch allen für die engagierte Debatte. Das Gaswerkareal ist ein wichtiges Transformationsgebiet. Auf dem Areal haben wir viel vor. Das Gebiet leistet einen wichtigen Beitrag zur Siedlungsentwicklung nach innen und damit auch zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Raumentwicklung. Es soll ein

urbaner Nutzungsmix entstehen. Wir leisten hier auch einen wichtigen Beitrag an die städtische Wohnbaupolitik. Es entstehen 300 bis 500 neue Wohnungen, mindestens die Hälfte gemeinnützig und mindestens ein Viertel der Fläche fürs Wohnen muss preisgünstig erstellt und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden. Es entsteht hier also viel gemeinnütziger Wohnraum mit dauerhafter Kostenmiete. Und wenn man von Luxusbau redet, ist das doch ein bisschen übertrieben. Der Gaskessel und die industrielle Geschichte werden zur Identität des neuen Quartiers beitragen. Das Jugend- und Kulturzentrum Gaskessel und seine Nutzung bleiben natürlich bestehen und tragen zusammen mit den Baudenkmälern wie der Ryff-Fabrik zur Identität des Areals bei. Wir wollen Freiräume und wir wollen wertvolle Naturwerte erhalten. Mit der Entwicklung des Gaswerkareals wollen wir bisher unzugängliche Freiräume eben öffnen und besser mit der Umgebung vernetzen. Damit soll die Durchlässigkeit im Quartier auch erhöht werden. Dies soll deutlich zur Belebung des Quartiers beitragen. Damit wir dieses Areal entwickeln und bebauen können, braucht es eine Teilrevision der baurechtlichen Grundordnung. So wird die Zone im öffentlichen Interesse zu einer Zone mit Planungspflicht, also ZPP, wie es die Referenten schon gut ausgeführt haben. Ich werde deshalb nicht noch einmal auf die Einzelheiten eingehen. Die ZPP soll aber später mit einer Überbauungsordnung in Zuständigkeit der Stadt und mit Wettbewerben nach SIA 142 in Zuständigkeit der Baurechtsnehmenden abgelöst werden. Hier vielleicht noch ein paar zentrale Punkte: Auf dem Gaswerkareal sind grundsätzlich alle Nutzungen erlaubt, sofern sie mit der Lärmempfindlichkeitsstufe 3 vereinbar sind. Die ersten Vollgeschosse, die an öffentliche Räume angrenzen, müssen mehrheitlich publikumsorientierte, öffentliche oder eben gemeinschaftliche Nutzungen enthalten. Die neue Bebauung wird natürlich in den Aareraum eingepasst und die Biodiversität des Areals bleibt trotz Bebauung erhalten. Die ZPP schreibt auch vor, dass darauf aufbauend ein Mobilitätskonzept erarbeitet werden muss. Also, wir werden das auf alle Fälle machen. Und es gibt eine Abhängigkeit zur ZPP 2 Brückenkopf West. So werden die gesetzlich erforderlichen Parkplätze für das Gaswerkareal weitgehend im Brückenkopf West untergebracht. Die gesetzlich erforderliche grössere Spielfläche des Brückenkopfes kommt hingegen auf dem Gaswerkareal zu liegen. Und damit bin ich schon beim zweiten Geschäft, das eben mit dem ersten vorgestellten verknüpft ist. Der Brückenkopf West leistet mit der baulichen und weitgehend auf dem Gebäudebestand aufbauenden Nachverdichtung einen wichtigen Beitrag zur Siedlungsentwicklung nach innen. Die bestehende Nutzungsdurchmischung mit Wohnen, Freizeit, Dienstleistungen und Gewerbe sollen auch in Zukunft erhalten und durch publikumsorientierte Nutzungen und durch zusätzlichen Wohnraum ergänzt werden. Es soll ein attraktives Quartier entstehen. Jetzt komme ich noch zu den Anträgen. Ich werde nicht zu allen etwas sagen, sonst spreche ich wahrscheinlich eine halbe Stunde. Also generell zu den Rückweisungsanträgen der SVP: Der Gemeinderat bittet euch, alle abzulehnen. Die Planung wurde mit grosser Sorgfalt und Fachkompetenz erarbeitet. Grundlage bilden fundierte Gutachten zu verschiedenen Themenbereichen sowie qualitätssichernde Verfahren, unter anderem städtebaulicher Wettbewerb, Richtprojekt etc. Also wir bitten euch, diese alle abzulehnen. Das Gleiche gilt für die Ergänzungsanträge der SVP zu der Rückweisung. Dann kurz etwas zum grosszügigen Marzilipark. Das ist gar nicht genehmigungsfähig, weil die vom Kanton vorgegebene Mindestdichte so nicht eingehalten werden kann. Denkmalgeschützte Objekte, dass wir dazu Sorge tragen, ist selbstverständlich, das ist auch im bisherigen Prozess schon geschehen und wird natürlich auch weiter so sein. Eine Vertretung der Denkmalpflege nimmt auch in der Jury stimmberechtigt Einsitz und wird dazu beitragen, dass wir dann auch ein baubewilligungsfähiges Projekt haben, denn

das brauchen wir, denn sonst können wir gar nicht bauen. Die Verträglichkeit der Neubauten mit dem UNESCO-Gebiet, wurde natürlich auch eingehend geprüft und ist gewährleistet. Auch dort haben wir sonst Probleme mit der Baubewilligungsfähigkeit. Dann komme ich zu den Anträgen zum Stockwerkeigentum der SVP. Die Vorgaben zum höherwertigen Wohnen, entsprechen eben nicht der Wohnstrategie der Stadt Bern. Das wurde auch von euch mehrheitlich nicht so gefordert. Dann sind wir beim ÖV. Natürlich wird eine gute ÖV-Anbindung nötig sein. Das ist auch vorgesehen, eben auch ein Mobilitätskonzept. Und wir müssen mit dem Kanton, er ist ja der Besteller des ÖVs, schauen, dass wir hier möglichst eine gute Anbindung haben. Dass Gewerbe auch möglich ist, habe ich schon gesagt. Also ist dieser Antrag auch obsolet. Und dann komme ich noch zu den PVS-Anträgen. Der Gemeinderat empfiehlt euch, die anzunehmen. Ich werde nur noch kurz nochmals etwas sagen zum ÖV-Takt. Die Verfahren und Voraussetzungen für die Kostenübernahme sind von der Region vorgegeben und wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass wir in diesem neuen Gebiet einen guten Takt haben. Aber wir können das nicht alleine entscheiden. Das ist die Region und schlussendlich dann auch der Kanton, der es auch finanzieren muss. Dann komme ich zu den Anträgen von AL, PdA und Tier im Fokus. Ja, auch dort empfiehlt der Gemeinderat, diese abzulehnen. Die geforderte Reduktion der Mindestfläche um rund 5'000 m² Geschossfläche entspricht einfach einer Reduktion der oberirdischen Geschossfläche von 1,21 auf 0,81 im Sektor 1.5, was mindestens 50 Wohnungen kosten würde. Also das wäre ein Verlust von Wohnraum für über 100 Personen. Auch die Genehmigungsfähigkeit wäre dadurch gefährdet. Diese Reduktion widerspricht dem Planungszweck der ZPP eines dichten, durchmischten und qualitätsvollen Stadtquartiers. Eine Reduktion unterschreitet die vom kantonalen Richtplan geforderte Minstdichte. Und dann war auch noch das Thema Kompensation in anderen Sektoren – ob das möglich ist. Das wäre dann nötig. Aber die entfallene Dichte muss dann in anderen Baufeldern kompensiert werden können, weil für den gesamten Perimeter der ZPP eine Minstdichte gilt. Die Konsequenzen sind heute für uns weder städtebaulich noch wirtschaftlich abschätzbar. Wir müssten das Geschäft nochmals zurücknehmen. Wir müssten das im Gemeinderat auch wieder diskutieren und dann wiederkommen. Also, es kommt wirklich einer Rückweisung gleich. Und ich möchte hier einfach schon auch noch etwas zur Mehrwertabgabe sagen. Durch die Reduktion des zulässigen Nutzungsmasses würden sich auch die voraussichtlich zu leistenden Mehrwertabgaben entsprechend reduzieren. Dessen müsst ihr euch einfach bewusst sein. Damit stünde wiederum weniger Geld für öffentliche Infrastrukturen und Grünräume im Perimeter zur Verfügung. Das wäre dann auch schwierig weiter umzusetzen. Dann komme ich noch zum 23a. Die ZPP soll ja heute mit dem Stadtratsbeschluss den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet werden. Und mit der Volksabstimmung werden die Nutzungsmasse in der beantragten Höhe verbindlich in der ZPP festgelegt und das steht dann auch in der Abstimmungsbotschaft auf Seite 13. Und wir haben Vorschriften. Und die sind festgelegt und dann müssen wir die nochmals in eine öffentliche Auflage geben. Und deshalb können wir das nicht einfach prüfen und dann irgendwie machen. Wenn wir dann zum Schluss kämen, wir möchten es wirklich reduzieren, dann müssen wir das – das ist die Vorschrift – nochmals in die öffentliche Auflage geben. Also das gibt einfach doch eine rechte Verzögerung. Und wir könnten das Geschäft jetzt auch aus meiner Sicht nicht so verabschieden und in eine Abstimmung gehen. Dann komme ich noch zum Antrag 24 von GB/JA!: Den bitten wir, ebenfalls abzulehnen. Das würde zu Verzögerungen führen und auch die Wirtschaftlichkeit des Projekts würde natürlich grundlegend in Frage gestellt. Dann noch zu der Mietzinskontrolle. Ich verstehe natürlich diesen Antrag. Aber es ist einfach so: Es kann nicht zuerst die inhaltliche Vorgabe erlassen und

erst danach die rechtliche Grundlage sowie die nötigen Strukturen für den Vollzug in der Praxis geschaffen werden. Die mit dem Antrag geschaffene Vorgabe muss unmittelbar umgesetzt werden können, was nicht der Fall wäre. Und so wäre die Bestimmung voraussichtlich weder umsetzbar noch genehmigungsfähig. Es wurde schon erwähnt, der Stadtrat habe mit der Überweisung der Motion betreffend die Einführung einer Mietzinskontrolle bei Sanierungen von Wohnraum den entsprechenden Auftrag bereits erteilt. Das müssen wir diskutieren und dann müssen wir Lösungen erarbeiten. Aber das müssen wir für die ganze Stadt tun und dann können wir wirklich darüber befinden. Ich bitte euch natürlich, den Planungsgeschäften zuzustimmen und bei den Anträgen dem Gemeinderat zu folgen.

Präsident: Merci. Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Ich bitte euch, die Antragsliste zur Hand zu nehmen. Ihr wisst es, bei Traktandum 4 sind es insgesamt 25 Anträge plus die Tischvorlage. Wir gehen jetzt durch diese Anträge durch und ich danke euch, wenn es im ganzen Abstimmungsverfahren so ruhig bleibt, dass ihr immer wisst, wo wir gerade sind und was wir tun, sodass wir keine Abstimmung wiederholen müssen. Wir starten mit Antrag 1 SVP, Rückweisung.

Rückweisungsantrag 1

SVP

Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage einen grosszügigen Marzilipark zu planen, der dazu dient, das Marzili auch für die kommenden Generationen sicher zu stellen, die Fläche für Überbauung ist entsprechend massiv zu verringern.

Abstimmung Nr. 006

2020.GR.000105: Antrag 1

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 1 abgelehnt.

Rückweisungsantrag 2

SVP

Rückweisung: Das Areal sei so zu planen, dass auf die denkmalgeschützten Objekte (z.B. Ryff-Areal) viel besser Rücksicht genommen wird und das Areal nicht erdrückt wird.

Abstimmung Nr. 007

2020.GR.000105: Antrag 2

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 2 abgelehnt.

Rückweisungsantrag 3

SVP

Rückweisung: Es sei sicherzustellen, dass die Sichtachsen auf die Stadt / insbesondere amerikanische Residenz, Bundeshaus, Altstadt nicht beeinträchtigt werden und keine Bauten höher als bis auf die Unterkante Monbijoubrücke erstellt werden dürfen.

Abstimmung Nr. 008

2020.GR.000105: Antrag 3

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 3 abgelehnt.

Rückweisungsantrag 4

SVP

Rückweisung: Auf die Realisierung der maximal realisierbaren GFZo ist zu verzichten, da solche Baudenkmäler sowie die Qualität von Grün-, Natur- und Freiräumen beeinträchtigt. Konkret betrifft dies insbesondere die maximal realisierbare Gebäudehöhe in Sektor 1.1 und die Position der geplanten drei Wohnbauvolumen in Sektor 1.5. Es müssen die notwendigen Anpassungen erfolgen, die eine genügende Rücksichtnahme auf seine Anliegen zum Schutz des Ortsbilds und der Baudenkmäler sicherstellen.

Abstimmung Nr. 009

2020.GR.000105: Antrag 4

Ablehnung

Ja	5
Nein	65
Enthalten	1

Präsident: Eine neue Mehrheit, aber auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Rückweisungsantrag 5

SVP

Rückweisung: Mindestens ½ für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung zu stellen, wobei dieser Teil so angelegt werden muss, dass dadurch die Weiterführung des Gaskessels nicht tangiert wird und sich möglichst wenige Konflikte ergeben.

Abstimmung Nr. 010

2020.GR.000105: Antrag 5

Ablehnung

Ja	6
Nein	65

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt Antrag 5 abgelehnt.

Rückweisungsantrag 6

SVP

Rückweisung: Mindestens $\frac{1}{4}$ für höherwertes Wohnen vorzusehen; wobei dieser Teil so angelegt werden muss, dass dadurch die Weiterführung des Gaskessels nicht tangiert wird und sich möglich wenige Konflikte ergeben.

Abstimmung Nr. 011

2020.GR.000105: Antrag 6

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 6 abgelehnt.

Rückweisungsantrag 7

SVP

Rückweisung: Es seien für das neue Quartier genügend Einkaufsmöglichkeiten und eine angemessene Anbindung an ÖV vorzusehen.

Abstimmung Nr. 012

2020.GR.000105: Antrag 7

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 7 abgelehnt.

Rückweisungsantrag 8

SVP

Rückweisung: Es seien für das (Klein-) Gewerbe angemessene und geeignete Areale vorzusehen.

Abstimmung Nr. 013

2020.GR.000105: Antrag 8

Ablehnung

Ja	5
Nein	66
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt Antrag 8 abgelehnt.

Antrag 9

SVP

Ergänzungsantrag: Einen grosszügigen Marzilipark zu planen, der dazu dient, das Marzili auch für die kommenden Generationen sicher zu stellen; das Areal für die Überbauung sei um mindestens ½ zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 014

2020.GR.000105: Antrag 9 Ergänzung

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 9 abgelehnt.

Antrag 10

SVP

Ergänzungsantrag: Das Areal so zu planen, dass auf die denkmalgeschützten Objekte (z.B. Ryff-Areal) viel besser Rücksicht genommen wird und das Areal nicht erdrückt wird.

Abstimmung Nr. 015

2020.GR.000105: Antrag 10

Ablehnung

Ja	5
Nein	64
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt Antrag 10 abgelehnt.

Antrag 11

SVP

Ergänzungsantrag: Es sei sicherzustellen, dass die Sichtachsen auf die Stadt / insbesondere amerikanische Residenz, Bundeshaus, Altstadt nicht beeinträchtigt werden und keine Bauten höher als bis auf die Unterkante Monbijoubücke erstellt werden dürfen.

Abstimmung Nr. 016

2020.GR.000105: Antrag 11

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 11 abgelehnt.

Antrag 12

SVP

Ergänzungsantrag: Auf die Realisierung der maximal realisierbaren GFZo ist zu verzichten, da solche Baudenkmäler sowie die Qualität von Grün-, Natur- und Freiräumen beeinträchtigt. Konkret betrifft dies insbesondere die maximal realisierbare Gebäudehöhe in Sektor 1.1 und die Position der geplanten drei Wohnbauvolumen in Sektor 1.5. Es müssen die notwendigen Anpassungen erfolgen, die eine genügende Rücksichtnahme auf seine Anliegen zum Schutz des Ortsbilds und der Baudenkmäler sicherstellen.

Abstimmung Nr. 017

2020.GR.000105: Antrag 12

Ablehnung

Ja	9
Nein	62
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 12 abgelehnt.

Antrag 13

SVP

Ergänzungsantrag: Mindestens ½ für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung zu stellen, wobei dieser Teil so angelegt werden muss, dass dadurch die Weiterführung des Gaskessels nicht tangiert wird und sich möglich wenige Konflikte ergeben.

Abstimmung Nr. 018

2020.GR.000105: Antrag 13

Ablehnung

Ja	12
Nein	59
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt Antrag 13 abgelehnt.

Antrag 14

SVP

Ergänzungsantrag: Mindestens ¼ für höherwertes Wohnen vorzusehen; wobei dieser Teil so angelegt werden muss, dass dadurch die Weiterführung des Gaskessels nicht tangiert wird und sich möglich wenige Konflikte ergeben

Abstimmung Nr. 019

2020.GR.000105: Antrag 14

Ablehnung

Ja	12
Nein	59

Enthalten	1
-----------	---

Präsident: Ihr habt Antrag 14 abgelehnt.

Antrag 15

SVP

Ergänzungsantrag: Es seien für das neue Quartier genügend Einkaufsmöglichkeiten und eine angemessene Anbindung an ÖV vorzusehen.

Abstimmung Nr. 020

2020.GR.000105: Antrag 15

Ablehnung

Ja	18
Nein	53
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt Antrag 15 abgelehnt.

Antrag 16

SVP

Ergänzungsantrag: Es seien für das (Klein-) Gewerbe angemessene und geeignete Areale vorzusehen.

Abstimmung Nr. 021

2020.GR.000105: Antrag 16

Ablehnung

Ja	18
Nein	54
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 16 abgelehnt.

Antrag 17

SVP

Ergänzungsantrag: Die Qualitätssicherung der weiteren Planung (vorgesehene Prozesse bzw. Instrumente, wie voraussichtlich Projekt- oder Gesamtleistungswettbewerb nach der SIA-Ordnung 142) sind in die Vorschriften zur ZPP 1 aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 022

2020.GR.000105: Antrag 17

Ablehnung

Ja	6
Nein	64
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 17 abgelehnt.

Antrag 18

PVS

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, als Grundlage der nachfolgenden Verfahren zu den Ablösungen der ZPP, ein sozialräumliches Konzept zu erstellen.

Abstimmung Nr. 023

2020.GR.000105: Antrag 18

Annahme

Ja	56
Nein	14
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt Antrag 18 angenommen.

Antrag 19

PVS

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, in den folgenden qualitätssichernden Verfahren und in den planungsrechtlich erforderlichen Instrumenten zur Ablösung der ZPP die räumliche Disposition der mittleren Gasse, den minimalen Flächenbedarf zwischen Gaskessel und dem Sektor 1.3 sowie die Zu- und Wegfahrt Richtung Süden, mit dem Sicherheits- und Betriebskonzept des Gaskessels abzustimmen.

Abstimmung Nr. 024

2020.GR.000105: Antrag 19

Annahme

Ja	68
Nein	3
Enthalten	0

Präsident: Der Antrag wurde angenommen.

Antrag 20

PVS

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, in den folgenden qualitätssichernden Verfahren und in den planungsrechtlich erforderlichen Instrumenten zur Ablösung der ZPP sicherzustellen, dass alle gut und sehr gut geeigneten Dach- und Fassadenflächen in Abstimmung mit den erforderlichen Aufenthaltsflächen möglichst vollständig mit Solaranlagen auszustatten sind.

Abstimmung Nr. 025

2020.GR.000105: Antrag 20

Annahme

Ja	55
Nein	14
Enthalten	1

Präsident: Der Antrag wurde angenommen.

Antrag 21

PVS

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, im Mobilitätskonzept festzuhalten, dass vom Fuss- und Veloverkehr gemeinsam genutzte Flächen, insbesondere die Gasbahnpromenade, entsprechend den geltenden Normen so dimensioniert und ausgestaltet sind, dass ein konfliktfreies Nebeneinander jederzeit sichergestellt ist.

Abstimmung Nr. 026

2020.GR.000105: Antrag 21

Annahme

Ja	62
Nein	10
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt Antrag 21 angenommen.

Antrag 22

PVS

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat zu prüfen, ob ein dichter Takt zu einem früheren Zeitpunkt wirtschaftlich tragbar und aus Kosten-Nutzen-Sicht verantwortbar ist und sich für eine frühestmögliche Taktverdichtung ab Inbetriebnahme einzusetzen.

Abstimmung Nr. 027

2020.GR.000105: Antrag 22

Annahme

Ja	60
Nein	9
Enthalten	2

Präsident: Der Antrag wurde angenommen. Jetzt aufpassen: Wir kommen zu einer Gegenüberstellung. Ihr habt auf der Antragsliste Antrag 23 AL/PdA/TIF. Der Antrag 23 AL/PdA/TIF wird gegenübergestellt der Tischvorlage 1 AL/PdA/TIF. Wenn ich es richtig überblicke, ist der Antrag auf der Antragsliste die Forderung, es zu tun. Der Antrag auf der Tischvorlage ist der Prüfauftrag, ob es getan werden könnte. Der Antrag auf der Tischvorlage ist rot, der Antrag auf der Antragsliste, Antrag 23, ist grün.

Antrag 23

AL/PdA/TIF

Die Zone mit Planungspflicht 1 - Sandrainstrasse 3 - 39 (Gaswerkareal): Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) wird wie folgt angepasst:

Im Anhang III – Zonen der Planungspflicht, beträgt das Mass der Nutzung im Sektor 1.5 mindestens 10'000 m², maximal 20'000m² GFO.

Antrag Tischvorlage 1

AL/PdA/TIF

Der Gemeinderat soll prüfen, ob bei der Zone mit Planungspflicht 1 - Sandrainstrasse 3 - 39 (Gaswerkareal) das Mindestnutzmass im Sektor 1.5 von 15'000m² auf 10'000m² gesenkt werden kann.

Abstimmung Nr. 028

2020.GR.000105: Antrag 23 vs. Tischvorlage 1

Antrag Tischvorlage obsiegt

Ja	24
Nein	46
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt dem Antrag auf der Tischvorlage den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag ab. Wenn ihr den Antrag gemäss Tischvorlage annehmen wollt, stimmt ihr grün.

Abstimmung Nr. 029

2020.GR.000105: Antrag Tischvorlage 1

Ablehnung

Ja	22
Nein	48
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt Antrag abgelehnt.

Antrag 24

GB/JA

Die Zone mit Planungspflicht 1 - Sandrainstrasse 3 - 39 (Gaswerkareal): Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) wird wie folgt angepasst: Mindestens die Hälfte der GFo für Wohnen ist von gemeinnützigen Trägerschaften zu erstellen, zu erhalten und dauerhaft in Kostenmiete zu vermieten. Der weitere Anteil der GFo für Wohnen ist vollständig als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen, zu erhalten und dauerhaft in Kostenmiete zu vermieten. Dies wird im Grundbuch angemerkt.

Abstimmung Nr. 030

2020.GR.000105: Antrag 24

Ablehnung

Ja	21
Nein	51
Enthalten	0

Präsident: Der ist Antrag abgelehnt. Wir kommen zum letzten Antrag.

Antrag 25

GB/JA

Im Wirkungssperimeter ZPP1 (Gaswerkareal) werden bei marktorientierten Bauträgern Mietzinskontrollen durchgeführt. Die notwendigen gesetzlichen Grundlagen sind auszuarbeiten.

Abstimmung Nr. 031

2020.GR.000105: Antrag 25

Ablehnung

Ja	25
Nein	46
Enthalten	1

Präsident: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über die so bereinigte Abstimmungsvorlage. Wir sind immer noch bei Traktandum 4. Wir stimmen jetzt zuerst über diese Vorlage ab und kommen dann zu Traktandum 5. Wir stimmen ab über die so bereinigte Abstimmungsvorlage. Wenn ihr diese genehmigen wollt, stimmt ihr grün.

Abstimmung Nr. 032

2020.GR.000105: Bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	63
Nein	6
Enthalten	2

Präsident: Jetzt ganz kurz ein Hinweis zur Abstimmungsbotschaft. An der letzten Sitzung gab es hierzu Fragen. Wir haben ja jetzt Dinge an der Vorlage verändert. Natürlich werden diese Änderungen in der Abstimmungsvorlage berücksichtigt werden. Wir haben letztes Jahr den Prozess hierfür geändert. Wir können heute Abend als Parlament die Abstimmungsvorlage verabschieden, die Stadtkanzlei überarbeitet die Abstimmungsvorlage, damit sie mit den heutigen Beschlüssen übereinstimmt. Und das Ratsbüro prüft dann diese Umsetzung an der kommenden Sitzung und stellt sicher, dass alles korrekt gemacht wurde. Wer also die Abstimmungsbotschaft unter Berücksichtigung der allfälligen Änderungen nach der heutigen Sitzung genehmigen will, stimmt grün, wer sie ablehnt, rot.

Abstimmung Nr. 033

2020.GR.000105: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	66
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt ihr zugestimmt. Wir kommen jetzt zu Traktandum Nummer 5.

2020.GR.000105

5 Zone mit Planungspflicht (ZPP) 2 – Sandrainstrasse 12 (Brückenkopf West): Änderung des Zonenplans und Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) sowie Aufhebung und Anpassung bestehender Baulinienpläne (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 und 5: siehe Traktandum 4.

Präsident: Wir gehen zurück auf die Antragsliste. Wir stimmen zuerst ab über die Anträge, die vorliegen. Wir stimmen ab über Antrag 1.

Rückweisungsantrag 1

SVP

Rückweisung: Mindestens ½ für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung Nr. 034

2020.GR.000105: Antrag 1

Ablehnung

Ja	6
Nein	65
Enthalten	0

Präsident: Abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 2 SVP, Rückweisung.

Rückweisungsantrag 2

SVP

Rückweisung: Mindestens ¼ für höherwertes Wohnen vorzusehen; wobei dieser Teil so angelegt werden muss.

Abstimmung Nr. 035

2020.GR.000105: Antrag 2

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ebenfalls abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag 3 SVP, Ergänzungsantrag.

Antrag 3

SVP

Ergänzungsantrag: Mindestens ½ für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung Nr. 036

2020.GR.000105: Antrag 3

Ablehnung

Ja	12
Nein	59
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Jetzt wird abgestimmt über den Antrag 4 SVP, Ergänzungsantrag.

Antrag 4

SVP

Ergänzungsantrag: Mindestens ¼ für höherwertes Wohnen vorzusehen.

Abstimmung Nr. 037

2020.GR.000105: Antrag 4

Ablehnung

Ja	12
Nein	60
Enthalten	0

Präsident: Abgelehnt. Wir kommen somit bereits zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft. Wer die Abstimmungsvorlage wie vorliegend verabschieden will, stimmt grün und sonst rot.

Abstimmung Nr. 038

2020.GR.000105: Bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	62
Nein	6
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt der Vorlage zugestimmt. Wir kommen abschliessend noch zur Genehmigung der Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 039

2020.GR.000105: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	67
Nein	5
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft genehmigt Wir kommen somit zum Traktandum Nummer 6.

2017.FPI.000025

6 Gaswerkareal: Abgabe im Baurecht und Kreditaufstockung (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Das ist ein Sachgeschäft mit obligatorischem Referendum. Kurze Frage an die Kommissionssprecherin: Reichen dir 7 Minuten für das Kommissionsvotum? Sie nickt. Vielen Dank. Dann gebe ich für die RWSU das Wort an Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Kommission: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir noch zum Traktandum 6. Ich vermeide es, alles noch einmal runterzulesen. Jetzt geht es vor allem noch um 2 Punkte. Erstens: Die Kompetenzübertragung an den Gemeinderat für die Vergabe der Baurechtsverträge und zweitens den Verpflichtungskredit über 25,2 Mio. Franken. Dazu kommt die Abstimmungsbotschaft, die wir aber schon verabschiedet haben. Zunächst zum Kredit: Die beantragten 25,2 Mio. Franken setzen sich aus Investitionen in die Infrastruktur, der gesetzlich geschuldeten Planungsmehrwertabgabe sowie Entwicklungsarbeiten zusammen. Dass solche Vorinvestitionen notwendig sind, liegt in der Natur eines Projektes dieser Gröszenordnung. Entscheidend ist aber, dass die Mittel über den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik getragen werden und über die Baurechtszinsen refinanziert werden müssen, mit jährlichen Einnahmen von mindestens 1,43 Mio. Franken. Das ist eine klare Zielgrösse. Dann zur Kompetenzübertragung: Normalerweise müsste bei Baurechtsvergaben ab 5 Mio. Franken der Stadtrat entscheiden, ab 10 Mio. Franken das Volk. Mit der vorliegenden Vorlage erhält der Gemeinderat die Möglichkeit, die Baufelder direkt zu vergeben. Diese Kompetenzverlagerung ist kein Freipass, sondern eine zweckmässige Lösung, um unnötige Verzögerungen, strategische Tiefofferten oder politische Blockaden zu vermeiden. Die Erfahrung aus dem Holliger Areal zeigt, dass dieses Vorgehen funktioniert. Wenn wir das Gaswerkareal tatsächlich in absehbarer Zeit entwickeln wollen, braucht es Verfahren, die effizient und verlässlich sind. Wir wissen als Kommission, dieses Projekt ist nicht in jedem Punkt perfekt. Darum lautet unser Fazit: Die Verpflichtungskredite sind nachvollziehbar und notwendig und die Kompetenzübertragung an den Gemeinderat sinnvoll. Die Kommission empfiehlt deshalb, die Vorlage anzunehmen. Und jetzt komme ich noch zur Begründung der Anträge. Zum ersten Antrag betreffend die Anstadt. Die Anstadt ist seit Jahren ein fester Bestandteil des Gaswerkareals. Sie leistet nicht nur kulturelle Arbeit, sondern erfüllt auch eine wichtige soziale Funktion. Mit einem niederschweligen Angebot ist sie Treffpunkt, Veranstaltungsort und Anlaufstelle zugleich. Ein sofortiger Abbruch der Zwischennutzung würde eine empfindliche Lücke reissen und das Areal in eine unproduktive Leere stürzen. Darum beantragt die Kommission mehrheitlich, den Gebrauchsleihvertrag bis zum tatsächlichen Baubeginn aufrechtzuerhalten. Das schafft Verlässlichkeit für das Kollektiv und sichert zugleich die Lebendigkeit des Quartiers in der Übergangsphase. Zum zweiten Antrag betreffend GüWR-Neubauten. Es ist gemäss der Mehrheit der Kommission im Sinne einer ausgewogenen Stadtentwicklung, dass auch die städtischen Eigenanteile an Wohnungen mit Kriterien des günstigen Wohnraums vermietet werden. Damit kann die Stadt einen Beitrag leisten, gerade für Haushalte, die auf tiefere Mieten angewiesen sind. Die Kommission erachtet diesen Antrag als zweckmässig, um die soziale Durchmischung auch in diesem neuen Quartier zu gewährleisten. Zum dritten Antrag, dem Minderheitsantrag der RWSU, wird Esther noch etwas sagen. Und zum vierten Antrag betreffend Flächeneffizienz bei marktorientierten Bauträgern. Effizienter Grundriss bedeutet, dass bei gleicher Fläche mehr Menschen Platz finden. Dies sei auch 1

zu 1 auf marktorientierte Bauträger zu übertragen. Fazit: Die Kommission beantragt dem Stadtrat, die Anträge zur Zwischennutzung durch die Anstadt, zur Vermietung nach GüWR-Kriterien und zur Flächeneffizienz für marktorientierte Bauträger anzunehmen. Den Antrag zum Katzenverbot empfiehlt die Kommission mehrheitlich abzulehnen. Vielen Dank.

Präsident: Für die RWSU-Minderheit, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Kommissionsminderheit: Ich halte mich kurz. Geschätzte Anwesende, bei einem der 4 Anträge aus der RWSU handelt es sich, wie Simone bereits gesagt hat, um einen Minderheitsantrag, den ich vorstellen werde. Die RWSU-Minderheit beantragt, dass bei der Ausschreibung der Baufelder als Anforderung ein Verbot für Freigängerkatzen ergänzt wird. Das Graswerkareal ist ein Lebensraum für verschiedene schützenswerte und teilweise auch bedrohte Tierarten, Kleintierarten, die von Katzen, die draussen unterwegs sind, durch ihr Jagdverhalten gejagt werden und dadurch zusätzlich gefährdet werden. Weil es für die Mieter*innen aber oft schwierig ist, eine Wohnung zu finden, in der Haustiere erlaubt sind, möchten wir keine unnötigen Einschränkungen schaffen. Darum soll eben das Verbot nur für Freigängerkatzen gelten. Vielen Dank für die Unterstützung.

Präsident: Wir machen hiermit Schluss mit der ersten Sitzung. Ich wünsche euch eine gute Pause und bitte euch, wie immer pünktlich um 20.30 Uhr hier zu sein, damit wir pünktlich weiterfahren können. Merci vielmals.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

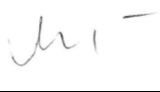
17.10.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

17.10.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:35 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Salome Mathys
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Esther Meier
Timur Akçasayar	Helin Genis	Szabolcs Mihályi
Debora Alder-Gasser	Thomas Glauser	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Emanuel Amrein	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Mirjam Arn	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Oliver Berger	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Natalie Bertsch	Thomas Hofstetter	Chantal Perriard
Lea Bill	Stephan Ischi	Ronja Rennenkampff
Laura Binz	Monique Iseli	Simone Richner
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
David Böhner	Ueli Jaisli	Sarah Rubin
Laura Brechbühler	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Jacqueline Brügger	Anna Jegher	Judith Schenk
Michael Burkard	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Carola Christen	Nora Joos	Tobias Sennhauser
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Béatrice Wertli
Sofia Fisch	Nicolas Lutz	Janosch Weyermann
Dominik Fitze		

Stadtrat entschuldigt

Nadine Aebischer	Nora Krummen	Matteo Micieli
Fuat Köçer	Denise Mäder	Irina Straubhaar

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Alec von Graffenried SUE	Melanie Mettler FPI
-------------------	--------------------------	---------------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2017.FPI.000025

6 Gaswerkareal: Abgabe im Baurecht und Kreditaufstockung (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Liebe Anwesende, es ist Zeit für die zweite Sitzung. Ich bitte euch auch jetzt wieder, an eure Plätze zu gehen und den Geräuschpegel runterzufahren. Ich habe noch eine kurze Mitteilung, bitte aufpassen. Alle Spieler*innen des FC Stadtrat, die ihr Shirt noch dabei haben, da vorne ist die Tasche. Bitte bringt das jetzt so schnell wie möglich nach vorne, die Tasche geht dann zurück an ihren angestammten Ort und dann müsstet ihr es selber ins Ratssekretariat bringen. Wir sind bei Traktandum 6. Wir haben die Voten gehört von Kommission und Kommissionsminderheit, ihr könnt euch jetzt bei Traktandum 6 für die Fraktionsvoten anmelden. Als Erstes für die Fraktion GB/JA!, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Wie meine Fraktionskollegin Nora Joos in ihrem Votum im vorigen Traktandum schon erklärt hat, begrüsst die GB/JA!-Fraktion, dass die Stadt Bern mit der Überbauung des Gaswerksareals zusätzlichen Wohnraum schafft. Und ja, natürlich ist es gut, wenn es schnell geht und möglichst bald die ersten Mieterinnen und Mieter einziehen können. Dabei dürfen wir aber die wichtigste Frage nicht vergessen, nämlich welche Art von Wohnraum wir schaffen und für wen. Es braucht günstigen, bezahlbaren Wohnraum und sicher keine zusätzlichen Luxuswohnungen, die als Renditeobjekte für Immobilienfirmen dienen. Davon gibt es in der Stadt Bern schon mehr als genug, da muss die Stadt nicht auch noch knappes Bauland dafür verschern. Der Gemeinderat hat in den Legislaturzielen zum Ziel gesetzt, dass, ich zitiere: "Das Wohnen in Bern für alle Einkommen möglich sein soll, denn eine räumliche Durchmischung ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt." Wenn Bern eine Stadt für alle statt für wenige sein soll, muss der Gemeinderat auch gegenüber den Einwohner*innen, die im völlig überhitzten Mietmarkt auf Unterstützung angewiesen sind, seine Verantwortung wahrnehmen. Der Gemeinderat muss seine eigenen Ziele beim Wort nehmen und prioritär das Angebot schaffen, das aktuell fehlt, nämlich preisgünstigen Wohnraum und auch GüWR-Wohnungen, also subventionierte Wohnungen mit Vermietungskriterien für Menschen mit tiefen Einkommen. Der Gemeinderat hat sich in der Wohnstrategie 24 zum Ziel gesetzt, das Angebot von preisgünstigen Wohnungen zu erhöhen, um bis 2030 mindestens 1'000 GüWR-Verträge zu erreichen. Selbst dieser Zielwert ist angesichts von fast 10'000 Haushalten in der Stadt Bern, die arm oder armutsgefährdet sind, zu tief angesetzt. Ein Blick in den Bericht zur finanziellen Lage der Haushalte der Stadt Bern zeigt, dass das Angebot an GüWR-Wohnungen grundsätzlich kaum mehr bietet als den sprichwörtlichen Tropfen auf den heissen Stein, denn für die insgesamt fast 10'000 armen oder armutsgefährdeten Haushalte in der Stadt Bern stehen die rund 1'400 GüWR-fähigen Wohnungen gegenüber, von denen per Ende 2024 nur die Hälfte tatsächlich auch als GüWR vermietet wurde. Ich wiederhole, 10'000 arme oder armutsgefährdete Haushalte, denen rund 700 GüWR-Verträge gegenüberstehen. Es ist aus unserer Sicht deshalb völlig unverständlich, weshalb die Stadt Bern beim Gaswerkareal dort, wo sie selber baut, die Chance nicht nutzt, um Wohnungen im Segment GüWR-Neubau zu realisieren. Eine Kategorie, die letztes Jahr extra eingeführt wurde, damit, ich zitiere, subventionierte Wohnungen in Neubauten vermietet werden können und das in Zeiten, wo die Mieten in der Stadt Bern explodieren und die Verdrängung bereits im vollen Gange ist. In Zeiten von akuter Wohnungsnot und Landflucht muss der Gemeinderat hier dringend nachbessern.

Darum fordern wir, dass bei den Eigenrealisierungen ein Mindestanteil von 25 bis 50 der vorgesehenen Flächen für Wohnungen im Segment GüWR-Neubau umgesetzt werden, und zwar als verbindliche Vorgabe und nicht nur als Prüfauftrag, wie ihn die Kommission fordert. Eine Stadt für alle soll aber auch Platz bieten für neue Wohnformen. Darum begrüssen und unterstützen wir selbstverständlich die Anträge erstens, dass das Kollektiv Anstadt auf dem Gelände bleiben kann, bis die Bagger auffahren und werden diesen Antrag einstimmig unterstützen. Und dass, zweitens geprüft wird, ob die Anstadt in die Überbauung integriert werden und so weiter bestehen kann. Für den Antrag der AL-PdA-TIF, dass die Abgabe im Baurecht in der Kompetenz des Stadtrats bleibt, haben wir grundsätzlich sehr grosse Sympathien. Allerdings gibt es dem Stadtrat nur das Vetorecht, das sehen wir aktuell ja gerade auch beim Viererfeld. Damit der Stadtrat aktiv mitsteuern könnte, an wen die Baurechte vergeben werden, müsste eine Zwischenstufe eingeführt werden, die es aktuell aber gar nicht gibt. Deshalb erachten wir den Weg die Baurechtsvergabe mit klaren und verbindlichen Vorgaben zu steuern, aktuell als zielführender, um dem Gemeinderat die Richtung vorzugeben. Deshalb wird ein Teil der GB/JA!-Fraktion den Antrag ablehnen und ein Teil wird sich enthalten. Die Rückweisungsanträge der SVP lehnt die GB/JA!-Fraktion dagegen ab. Die Ergänzungsanträge ebenfalls, da sie entweder im Widerspruch stehen zu bereits überwiesenen Planungserklärungen, Stichwort Stockwerkeigentum, beziehungsweise die Zonenplanänderung betreffen. Die restlichen Anträge der vorberatenden Kommission inklusive dem Minderheitsantrag werden wir annehmen, ebenso wie wir dem Geschäft insgesamt zustimmen werden. Aber auch wenn wir das Geschäft annehmen, möchte ich zum Schluss nochmals klar appellieren, wenn die Stadt Bern auf dem Gaswerkareal schon knappes Bauland an renditeorientierte Bauträger abgibt, was wir klar ablehnen, muss die Stadt Bern umso mehr nicht nur mit schönen Worten, sondern Taten zeigen, dass sie Wohnen als Grundrecht versteht und mitten in der Mietkrise Wohnraum für alle Einkommen schafft. Vielen Dank für eure Unterstützung unserer Anträge. damit Bern eine Stadt für alle bleibt.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Das Gaswerkareal ist zweifellos eine einmalige Chance, dringend benötigten Wohnraum und neue Nutzung zu schaffen. Es ist deshalb unsere Aufgabe, die Vorlage kritisch, aber auch mit dem nötigen Pragmatismus zu beurteilen. Zum Kredit: Die beantragten 25,2 Mio. Franken sind hoch, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bereits 3,3 Mio. Franken gesprochen wurden. Mit insgesamt 28,5 Mio. Franken an Entwicklungskosten geht die Stadt in eine erhebliche Vorleistung. Entscheidend ist daher, dass die künftigen Baurechtszinseinnahmen von mindestens 1,43 Mio. Franken pro Jahr auch tatsächlich erzielt werden. Nur so ist die Finanzierung nämlich nachhaltig gesichert. Jede weitere Abweichung, jede zusätzliche Auflage, die Erträge schmälert, gefährdet dieses Gleichgewicht. Zur Kompetenzübertragung: Es ist kein leichter Schritt, Vergaben in diesem Umfang an den Gemeinderat zu delegieren, aber wir wissen, Wohnbau braucht Tempo, nicht endlose Verfahren. Beim Holliger hat sich gezeigt, dass eine direkte Vergabe Blockaden verhindern kann. Wer will, dass auf dem Gaswerkareal tatsächlich Wohnungen entstehen, muss diesen Schritt mittragen und deshalb macht das die FDP-Fraktion auch. Was uns nach wie vor kritisch stimmt – ich werde es nicht mehr ganz ausführen, aber trotzdem noch einmal erwähnen –, ist die Überdominanz an gemeinnützigen Bauträgern, diese Ungleichheit bei Baurechtszinsen, dass kein Wohneigentum vorgesehen hätte, eine Durchmischung der Gesell-

schaft mit sich ziehen würde, der Wohngemeinschaft, Kosten und Risiken und die planerische Starrheit, die ich schon erwähnt habe. Zu den Anträgen aus der Kommission: Betreffend die Anträge der SVP verweise ich auf mein vorheriges Votum. Die FDP unterstützt den Antrag zur Verlängerung der Zwischennutzung durch die Anstadt, damit das Quartier bis zum Spatenstich noch lebendig bleiben kann. Die übrigen Anträge lehnen wir ab. Ein Zwang zu GüWR in städtischen Eigenprojekten, ein Katzenrauslassverbot oder detaillierte Vorgaben zur Flächeneffizienz treiben die Regulierung weiter. Und die Anträge von GB/JA!, AL/PdA/TIF und auch Antrag 16, genau solche Auflagen sind es eben, die Projekte kompliziert und teuer machen und damit letztlich auch die Mieten erhöhen. Seid euch das bewusst, wenn ihr das nächste Mal tiefere Mieten fordert. Deshalb sagen wir Ja zu dieser Vorlage. Danke.

Präsident: Für die Fraktion AL/PdA/TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich halte mich kurz. Unsere Fraktion wird die Vorlage annehmen. Einfach noch ein paar Kommentare zu den Anträgen. Die Rückweisungsanträge der SVP lehnen wir ab. Den RWSU-Antrag nehmen wir an. Beim Antrag der RWSU-Minderheit betreffend den Freigängerkatzen: Es ist ein schwieriges Thema, das mich persönlich ein bisschen in ein Dilemma stürzt. Tobias Sennhauser von Tieren im Fokus wird dann im Anschluss noch ein Einzelvotum dazu halten. Wir nehmen den Antrag an. Genau. Die Anträge GB/JA! finden wir gut, selbstverständlich nehmen wir diese an. Genau, Antrag 15 ist unser Antrag, mit dem wir die Kompetenzen an den Gemeinderat abgeben. Da sind wir als Stadträte naturgegeben skeptisch. Wir sind der Meinung, dass es demokratiepolitisch fragwürdig ist, wenn wir die alleinige Kompetenz dem Gemeinderat übergeben, um über die Vergabe der Baufelder zu entscheiden. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach einem raschen Vorgehen sollten folgeschwere Entscheidungen nicht einfach abschliessend von einem Siebner-Gremium entschieden werden, ohne Checks und Balances des Parlaments. Der Stadtrat sollte seine Kompetenzen nicht einfach so der Regierung abgeben, auch wenn die Konsequenz ist, dass die Prozesse halt mehr Zeit brauchen. So ist das halt in der Demokratie. Genau den Antrag 16, den wir und andere Fraktionen zusammen mit der SP-JUSO eingegeben haben, finden wir sehr wichtig, dass eben die Anstadt nicht einfach übergangen wird und wenn ihr diesem Antrag zustimmt, dann kann das gewährleistet werden. Das ist alles von uns. Später dann noch zu den Katzen.

Präsident: Jetzt sind aber 2 Personen der SVP auf der Liste. Teilt ihr euch das Votum oder hat sich Bernhard Hess verdrückt? Bernhard Hess? Dann für die SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben ähnliche Anträge gestellt, auch hier beim Brückenkopf. Man hat früher einmal in der Stadt Bern die Meinung vertreten, 1/3 Eigentum, 1/3 irgendeine Gemeinnutzung und 1/3 Sozialwohnungen und ihr seht jetzt, was wir in dieser Planung haben. Man macht alles nur für eure Klientel. Leute, die Stockwerkeigentum haben, die sind in der Stadt Bern nicht erwünscht. Ich habe immer gesagt, auch das ist ein Politikum, man kann so die gewünschten politischen Mehrheiten erreichen. Das habt ihr auch. Ich verweise alle auf die Überbauungen wie Warmbächli etc. und ich habe überhaupt keine Illusionen. Die anderen, die Mitte und die FDP haben dem Projekt zugestimmt. Ich gehe davon aus, es wird nächstens eine Motion kommen, die den Sozialwohnungsanteil weiter erhöhen wird. Wir haben gewarnt, wir

sind ja der Meinung, das ist der falsche Weg. Wir stellen auch hier wieder die Rückweisungsanträge, weil wir einfach uns einsetzen wollen, dass man endlich Familien mit Kindern und auch Stockwerk-Eigentum haben kann. Wir haben hier Rückweisungsanträge, wo wir sagen, für die Planung muss man eine Rückweisung machen. Wir haben sie auch noch einmal gestellt als Ergänzungsanträge, für alle die, die das Gefühl haben, man darf die Planung nicht aufhalten. Denn ihr habt gesehen, die Stadt Bern kann nicht planen, man sieht es im Viererfeld. Sie fahren sich da selber über die eigenen Beine und können nicht planen. Deshalb die Ergänzungsanträge.

Letztes Mal habe ich den Rückweisungsantrag begründet. Ich sage jetzt ganz kurz noch etwas zu den Ergänzungsanträgen, wo wir der Meinung sind, dass wir die haben müssen. Wir haben uns auch überlegt, ob wir da noch die Schutzklauseln des Gaswerkareals reinnehmen wollen, aber wir haben gesagt, dass das jetzt hier im Brückenkopf etwas anderes ist, das haben wir differenziert. Wir haben auch noch überlegt, das kann ich euch sagen, ob man noch irgendwie einen Antrag machen will, dass man hier eine gute Rendite erzielen sollte. Aber in der Stadt Bern weiss ich, dass ich hier völlig chancenlos bin, deshalb haben wir jetzt diesen nicht gestellt. Aber ihr seht einfach, um was es uns geht. Wir setzen uns auch für unsere Wähler ein, denn wir wollen, dass man hier eben auch höherwertiges Wohnen haben kann. Es ist hier nicht vorgesehen. Wir haben aber auch Anträge, dass man für das Gewerbe angemessene und geeignete Areale vorsehen soll. Das sind für uns ganz klar die Punkte. Ich gehe jetzt ganz kurz auf die anderen Anträge von euch ein. Anträge 9 und 10, das sind die RWSU-Anträge, da sind wir dagegen. Ich habe euch gesagt, warum wir bei Anstadt skeptisch sind. Ich habe Nachbarn, die haben wirklich gelitten unter dieser Situation. Wenn man das eben weitermacht, wenn man dann abends das Trommeln hat und das ist nicht nur einmal gewesen – bei grossen Festen drücke ich sogar beide Augen zu –, aber wenn man dann praktisch jedes Wochenende, und ich bin viel an der Aare, wenn ihr dann immer das Trommeln hört oder so, dann kommt auch bei mir eine gewisse Grundaggressivität raus. Ich stelle dann meine Musik auch entsprechend laut ein, die dann anderen vielleicht auch weniger gefällt. Und das kann ja nicht sein, dass eine Gruppierung in einem Gebiet nachher die anderen kujoniert und ihren Willen durchsetzt.

Nachher auch Antrag 10 lehnen wir ganz klar ab oder nach Möglichkeit, das ist mir klar und ich habe überhaupt keine Illusion. Ich wende mich jetzt an die FDP und an die Mitte: Denkt einfach daran, denn ich bin gespannt, wie lange es geht, bis die entsprechenden Motionen eingereicht werden. Im Viererfeld ist es, glaube ich, etwa 6 Monate gegangen, bis wir diese Sache schon drin hatten. Die anderen Anträge: Jetzt haben wir glaube ich das von den Freigängerkatzen, wenn ich es richtig habe, nein, doch, das kommt gerade. Das ist Antrag 11. Da sind wir also der Meinung, das ist jetzt alles so Klein Klein, denn man kann mit den Leuten reden. Aber was wollt ihr mit jemandem machen, wenn jemand seit vielen Jahren ein Kätzchen hat. Die Katze ist ab und zu draussen. Jetzt soll die Person dort nicht einziehen. Ihr seid also teilweise auch herzlos, also wir werden den Antrag ablehnen. Das mit euren Verboten: Ich habe immer gesagt, dass die Rot-Grünen alles verbieten, was Spass macht. Man soll ja nicht mehr Fleisch essen und was auch immer an gewissen Wochentagen. Ich komme später darauf zurück mit diesen Kitas, was wir jetzt dort für Reste an Gemüse haben, das nicht gegessen wird. Der Feuz hat sich bereits dort erkundigt. Ich bleibe also dort dran. Also hier die rot-grüne Verbotspolitik, die sich jetzt auch auf die Haustierhaltung erstreckt. Man weiss es ja, früher konnte man 1 Hamster oder 1 Meerschweinchen haben, heute müsst ihr 2 haben. Heute müsst ihr dann wahrscheinlich als nächstes einen Hamsterpsychologen haben oder einen Meerschweinchenpsychologen, der das Tier nachher begutachtet. Nachher ebenfalls die Anträge 13 und 14, die lehnen wir klar ab. Beim Antrag

15, das ist noch ein bisschen laufende Planung. Da werden wir schauen, was hier noch für Voten sind, ob man dem zustimmt. Und das ist für uns auch klar, Antrag 16 werden wir auch nicht unterstützen. Uns geht es darum, dass die Stadt, wenn man sie schon überbaut, auch für die bürgerlichen Leute angemessene und schöne Wohnungen macht. Ich habe einfach den Eindruck, hier geht es einmal mehr um die Zementierung der Macht, deshalb lehnen wir das klar ab. Ich hoffe noch, und hier richte ich meine Augen auf die Vertreter der Mitte und der CVP und ich bin einfach gespannt – ich werde häufig Cassandra genannt, denn das, was ich sage, tritt nachher ein –, ob ich mit dieser Prognose von 6 Monaten recht haben oder ob es dann 8 Monate sein werden.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Ich glaube, wir haben die Diskussion über die Verteilung der Wohnungen schon im letzten Traktandum diskutiert, die 3/4 kostengünstigen bzw. gemeinnützigen plus die 25% privat, wo man dann durchaus auch sagen kann, da wird nicht nur für die sogenannte Klientel von RGM gebaut, wenn das dann so wäre, sondern das ist durchaus auch für Marktteilnehmer möglich zu bauen. Also so ganz, wie du das jetzt wieder formuliert hast, stimmt das natürlich nicht, da ist durchaus für alle etwas drin. Nichtsdestotrotz, ich glaube, und die SP-JUSO-Fraktion glaubt das halt auch, die Stadt hat vor allem marktergänzend zu bauen. Wohnungen für Gutverdienende, Eigentumswohnungen, die werden sowieso gebaut. Ich denke etwa daran, was jetzt in der Wifag passiert oder auch weiter draussen in Wankdorf City 3, aber auch in anderen Dingen. Es ist nicht so, dass in der Stadt keine Wohnversorgung für Mittelklasse und Oberschichten gebaut wird. Das Problem ist, die Wohnungen fehlen denen, die wenig Einkommen haben und für diese Leute sollten wir in erster Linie bauen. Auf der anderen Seite gilt es halt dann auch noch zu berechnen und berücksichtigen, und das ist ein Argument, das wir halt vielleicht im Unterschied zum grünen Bündnis einbringen, dass es auch darum geht, den Wohnbaufonds finanziell stabil zu halten. Nach Jahren, in denen er gute Überschüsse erzielt hat, bewegt er sich jetzt eher im defizitären Bereich. Und niemand, wirklich niemand hat in dieser Stadt ein Interesse, dass der Wohnbaufonds handlungsunfähig wird und dass es zum Äussersten kommt wie 2003, als er, um die Bilanz zu sanieren, 70 Wohnhäuser verkauft hat, 70 Wohnhäuser. Da wollen wir nicht zurück und deswegen finden wir es auch richtig, dass die Stadt und der Gemeinderat dafür sorgen, dass der Wohnbaufonds auch Einnahmen hat, um damit auch seine Aufgaben zu finanzieren, zudem auch der Stadt genügend Mittel abzugeben, damit sie weitere Aufgaben finanzieren kann. Also ich finde, aus diesem Grund sind wir auch sehr skeptisch gegen 50 oder 25% – was hatten wir da – GüWR-Wohnraum. Wir schlagen dort vor, dem Fonds die Gelegenheit zu geben, einen Anteil zu machen. Wir bitten ihn auch darum, diese Versorgung zu ergänzen, aber wir wollen keine Zahlen festlegen, weil das aus unserer Sicht nicht zielführend ist, weil für jede GüWR-Wohnung muss der Fonds auch wieder in die eigenen Taschen greifen und da gilt es, ein gewisses Mass zu halten. Und ich glaube, mit einer Formulierung, die den Gemeinderat auffordert, dies zu tun, ohne ihn jetzt auf einer Quote festzulegen, sind wir auf der richtigen Seite. Unbestritten in der Fraktion war die Diskussion über die Kredite für Infrastruktur und Planung von insgesamt 28,5 Mio. Franken. Und auch die Überlegung bezüglich Planungsmehrwert, die Investition der Stadt und Rückfluss der Investition haben wir zur Kenntnis genommen. Den Investitionen von insgesamt rund 50 Mio. Franken sollen dann durch Erträge rund 1,5 Mio. Franken zufließen. Ich warne aber, quasi dies als absolute Mindestgrenze zu sehen, unter die man nicht gehen darf, wie das auch in Warmbächli oder wie es heute heisst, Holliger geschehen ist. Was zu

elend, mühsamen Diskussionen zum Baurecht etc. geführt hat. Wie gesagt, den GüWR-Anteil wollen wir offenlassen, wie es auch der Antrag der RWSU vorsieht.

Noch ein Wort zu den Kompetenzen, denn das hat auch bei uns in der Fraktion zur Diskussion Anlass gegeben. Wir wissen, dass man als Parlament auch immer ein gewisses Misstrauen haben kann gegen das Vorgehen der Regierung, aber wir glauben hier, wir können dieser Kompetenzdelegation zustimmen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens haben wir es ja bereits verschiedentlich gemacht, wie zum Beispiel im Holliger, und wir können nicht sagen, dass das Ergebnis schlecht ist. Zweitens hat der Stadtrat zahlreiche Planungserklärungen überwiesen, die den Gemeinderat in seinem Handeln auch binden und drittens ist es ja nicht nur der Gemeinderat, der entscheidet. Er entscheidet zwar, aber das Geschäft geht durch den Fonds und im Fonds sitzen auch verschiedene Betriebskommissionsmitglieder, auf die auch wir von Seiten der Parteien Einfluss nehmen können, sodass das Geschäft nicht nur ein reines Gemeinderat-Geschäft wird. Viertens, die Art der Bauträger ist weitgehend festgelegt und fünftens sollten wir in diesem konkreten Geschäft auch Vertrauen in den Gemeinderat haben, deswegen lehnen wir den Antrag der AL ab. Die Anträge der RWSU zur Anstadt nehmen wir an, die Stadt soll das Zwischennutzungsprojekt bis Baubeginn bestehen lassen und prüfen, unter welchen Umständen eine Koexistenz zwischen den dort vorgesehenen gemeinnützigen Wohnbauträgern und den alternativen Siedlungen möglich sein könnte. Es könnte durchaus etwas sein, wie Dominik Fitze angedeutet hat, dass sich eine Genossenschaft dann vielleicht zu einer Kooperation bereit erklärt, was interessant sein könnte. Aber wir möchten auch darauf hinweisen, dass für uns als SP-JUSO-Fraktion die Schaffung von Wohnraum, von günstigem Wohnraum, von kostengünstigem Wohnraum, von gemeinnützigem Wohnraum auf dem Gaswerk-Areal eine hohe Priorität hat. Schliesslich hatten wir auch noch eine Diskussion über die eingeschränkte Katzenhaltung. Wir glauben, dass entsprechende Vorgaben weder in der ZPP noch in den Baurechtsverträgen gemacht werden sollen, auch weil wir uns vermutlich rechtlich da in einer Grauzone befinden. Aber wir legen den zukünftigen Liegenschaftsverwaltungen durchaus nahe, diesen Aspekt vertieft zu überprüfen und allenfalls Vorgaben zu machen, auch zum Schutz der Biodiversität entlang der Aare. Und dann noch ein Wort zu den SVP-Anträgen. Sie sind wohl vor allem für die Galerie gedacht, und wir lehnen sie alle ab. Das Geschäft nehmen wir an und die Abstimmungsbotschaft auch.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Das Geschäft hängt ja mit diesen Forderungen ganz eng zusammen. Wer A sagt, muss auch B sagen. Also werden wir zustimmen im Wissen, dass das Projekt nicht perfekt ist. Und dadurch, dass der Gemeinderat jetzt dort viel auch Vertrauen bekommt, ist er aber am Zug dort wirklich zu bauen. Ich habe es schon einmal gesagt, Bern braucht den Baumeister. Nein, wir müssen dort einmal vorwärts machen, deshalb lehnen wir eigentlich alle Anträge ab, die dort zusätzlich reinkommen, ausser den Antrag 9, wo es Sinn macht, dass die Anstadt dort weiter bestehen kann und das weiter nutzen können. Und auch noch zum Katzenverbot: Ich finde einfach so ein Verbot nicht gut. Dann fängt man mit dem an, am Schluss darf man gar nichts mehr. Es gibt heute auch schon immer mehr Hotels, wo Kinder nicht mehr hineinkommen. Am Schluss macht man auch irgendetwas, verbietet Sachen nicht. Man kann ja teilweise mit diesen Leuten reden, man kann Lösungen finden, aber so absolute Verbote von irgendetwas finde ich nicht zielführend. Und dann müsst ihr euch vorstellen, die Leute haben eine Katze und können jetzt dort nachher nicht einziehen und

plötzlich wird es in der ganzen Stadt verboten. Mein Vorredner hat es auch schon gesagt, ich bin nicht überzeugt, ob das überhaupt rechtlich geht. Und ihr müsst euch vorstellen, wenn jemand sagt, ich brauche das Kätzchen und zu einem Psychiater geht, bekommt er ein Attest und dann ist das wahrscheinlich nichtig und deshalb finde ich, solche Sachen gehören sicherlich nicht da rein. Wenn das eine Gemeinschaft entscheidet, kann man ja noch sagen, dass das zumindest demokratisch ist, aber das lehnen wir ab und alle anderen Anträge lehnen wir auch ab. Merci.

Präsident: Gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Das ist nicht der Fall, dann könnt ihr euch jetzt anmelden für Einzelvoten. Als erstes Valentina Achermann.

Valentina Achermann (SP), Einzelvotum: Wir sprechen heute über das Gaswerkareal, eines der letzten verbleibenden Freiräume in dieser Stadt. Das ist leider eine Realität. Und wer das Vergnügen hatte, schon dort gewesen zu sein, der kann mir zustimmen, wenn ich sage, dass dort in den letzten Jahren sehr wichtige kulturelle und soziale Projekte entstanden sind, die einen riesigen Mehrwert haben, nicht nur für diejenigen Personen, die dort wohnen, sondern für die gesamte Stadt. Es soll auf dem Gaswerkareal ein Quartier entstehen, das für sich beansprucht, durchmischt zu sein und wenn ich dieser Debatte heute zuhöre, dann haben sehr viele von uns ein sehr unterschiedliches Verständnis davon, was es heisst, durchmischt zu sein. Wir haben beim letzten Traktandum gehört, wir wollen marktorientierte Wohnungen, andere wollen alternative Wohnformen, das ist bereits entschieden, diese Diskussion werde ich nicht erneut eröffnen. Ich persönlich bedauere es sehr, dass wir diese Gelegenheit nicht genutzt haben, um 100% preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Das ist etwas, was 95% der Personen hier drin bei jedem Wahlkampf immer versprechen, sogar die FDP, bezahlbaren Wohnraum, das wollen wir und diese Chance, die haben wir heute verpasst. Ich spreche vor allem wegen der Anstadt heute und etwas ist mir aber ganz wichtig. Selbstverständlich befürworte ich es, dass 300 bis 500 Wohnungen entstehen sollen, das ist ganz klar. Und bei diesem Vortrag und bei dieser Diskussion über dieses neue Quartier wird immer wieder betont, dass es ein Zusammenspiel geben soll von bestehenden Projekten und von neuen Ideen und Wohnungen und so weiter. Ein Ort, wo das wirklich gelungen ist, das ist beim Gaskessel, da haben wir eine grosse Einigkeit hier drin, was mich sehr freut. Aber bei all den anderen Projekten, die wirklich von der Basis entstanden sind, besteht diese Einigkeit noch zu wenig. Ich habe jetzt gehört, dass ganz viele den Antrag unterstützen wollen, dass die Anstadt wirklich bis zum effektiven Baubeginn dort bestehen bleiben soll. Und zusätzlich ist es aber so, dass das Fortbestehen der Anstadt generell bedroht ist. Also sie ist ganz sicher bedroht, so wie sie jetzt ist, aber dass sogar bedroht ist, dass Teile davon dort bleiben können. Und genau aus diesem Grund haben wir Anfang Jahr mit einer breiten Allianz ein Postulat eingereicht, das eben prüfen soll, was oder welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit sie weiter bestehen kann und wir haben mit Nachdruck heute nochmals einen Antrag eingereicht. Bei diesem Geschäft sprechen wir auch darüber, dass wir dem Gemeinderat delegieren wollen, dass sie die Entscheidung, mit wem sie die Baurechtsverträge abschliessen wollen, also dass wir das an sie delegieren. Ich muss sagen – Johannes hat es gesagt –, das war in unserer Fraktion sehr umstritten, und ich gehörte zu denjenigen, die das als sehr kritisch empfinden. Gleichzeitig kann ich die Argumente nachvollziehen im Sinne eines früheren Baubeginns, dass wir es delegieren. Aber ich möchte hier noch einmal wirklich mit Nachdruck zu Protokoll geben, dass wir einstehen für alternative Wohnformen, für experimentelle Wohnformen und für Orte, wo neue solidarische Lebensformen wirklich geprüft werden können. Das ist eine breite Allianz in

diesem Parlament und ich möchte gerne, dass dies bei den Diskussionen um die Baurechtsvergabe wirklich auch mitberücksichtigt wird. Also das Ziel soll schlussendlich sein, Wohnraum für alle zu schaffen, ohne die letzten bestehenden Freiräume zu ruinieren. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Unsere Meinung ist gemacht und Simone hat bereits dargelegt, was wir davon denken und wie wir abstimmen werden, aber in einem Punkt muss ich Alexander recht geben, wir haben keine Garantie, dass plötzlich die Verhältnisse bezüglich Trägerschaften sich nicht ändern und deshalb müssen wir kritisch sein. Wir müssen kritisch sein, weil in der Abstimmungsbotschaft das Wort mindestens mehrfach verwendet wird. Also ich zitiere: "die ZPP (Zone mit Planungspflicht) schreibt vor, dass mindestens die Hälfte der Fläche für Wohnnutzungen von gemeinnützigen Trägerschaften erstellt und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden muss und mindestens ein weiteres Viertel der Fläche für Wohnnutzungen zudem als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen ist." Es wäre nun wirklich unschön, wenn diese Aufteilung bezüglich der Trägerschaft dem Volk vorgelegt wird mit dem Ansinnen zu suggerieren, dass das so fix ist, also in die Abstimmung gegeben wird und im Nachhinein die Aufteilung aber abgeändert wird, mit dem Argument, es stand ja da mindestens drin. Leider steht das nun so in der Botschaft drin und auch ich werde sie trotzdem annehmen. Aber ich warne hier bewusst, damit das protokolliert ist und auch damit die Journalist*innen oben das gehört haben.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Tobias Sennhauser.

Tobias Sennhauser (TIF), Einzelvotum: Ja, liebe Leute, ich möchte mich zum Minderheitsantrag äussern, zu Nummer 11, wonach Katzen im Gaswerkareal nur drinnen gehalten werden dürfen. Zuerst hat es mich gefreut, dass das überhaupt ein Thema ist, denn wir leben hier in Bern ja nicht alleine, wir Menschen, sondern auch mit vielen Haustieren oder eben auch Wildtieren und deshalb ist das nicht nur eine Freude dieser Minderheitsantrag, sondern schon auch eine echte Herausforderung, sei es für uns als Fraktion, aber auch bei uns, bei TIF, mussten wir echt lange darüber reden. Einerseits wissen wir ja, dass Katzen gerne nach draussen gehen, so wie wir das alle auch tun, andererseits wissen wir auch, dass die Katzen eine Gefahr für die Biodiversität darstellen. Sie jagen alles, was sich bewegt, Vögel, Kleinsäuger etc. Und wir stehen damit vor einem klassischen Zielkonflikt, wo auf der einen Seite eben das Wohl der Katzen ist mit ihrem Recht auf Freiheit und auf der anderen Seite das Wohl eines ganzen Ökosystems entlang der Aare mit all seinen unzähligen Wildtieren und ihrem Recht auf Unversehrtheit. Angesichts der Biodiversitätskrise haben wir uns dafür entschieden, das Ökosystem höher zu gewichten. Um diesen Zielkonflikt zu lösen, bräuchte es ein generelles Katzenhalteverbot im Gaswerkareal, das hätten wir besser gefunden. Das wäre die beste Lösung gewesen, weil weder Katzen noch Wildtiere zu Schaden gekommen wären. Leider steht das jetzt nicht zur Debatte, deshalb bleibt nur der Minderheitsantrag, dem wir schweren Herzens zustimmen und ihn unterstützen. Nicht weil wir die Katzen vergessen, sondern weil wir die Verantwortung für das Ganze sehen.

Präsident: Als weiterer Einzelsprecher, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es ist moniert worden, dass wir uns nur für die Gutsituierten einsetzen. Meienegg: Ich halte, dass bereits jetzt fest, dass sich der grosse Teil unserer Fraktion für den Erhalt dieser Meienegg-Siedlung aussprechen wird. Denn die Leute, die eben die finanziellen Möglichkeiten haben, sollen dort sein können und dort sind sie sozial, gesellschaftlich und teilweise seit vielen Jahren familiär verwurzelt. Und ich sage hier, ihr könnt mich dann zitieren, ich sage hier, das Gaswerkareal wäre eben jetzt ein Ort gewesen – Neuüberbauungen sind sowieso immer teurer – wo man höherwertiges Wohnen finanzieren und machen könnte. Meienegg, wo man eine gewachsene Struktur hat, das ist mir auch klar, wenn man das sehr teuer umbaut, gibt es auch teure Wohnungen. Da sagen wir oder ein Grossteil der Fraktion Nein dazu. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und wenn ihr jetzt die Anträge beurteilt, kommt ihr vielleicht zu neuen Erkenntnissen. Danke für das Verständnis, Merci.

Präsident: Gibt es noch weitere Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, Herr Präsident und geschätzte Anwesende auch für diese lebhafte und engagierte Debatte, die Sie hier geführt haben zu diesen, sagen wir jetzt, 3 Traktanden. Sie haben es gehört, auf dem Areal entstehen zwischen 300 bis 500 Wohnungen, das ist ein ziemlicher Range. Ob das 300 werden oder 500, hängt natürlich zu einem Teil auch davon ab, was man für Grundrisse plant, wie gut die Flächeneffizienz ist auf diesem Areal. Zusätzlich sind diese Wohnungen dann natürlich im gemeinnützigen, respektive 75% davon, mindestens im gemeinnützigen oder preisgünstigen Segment anzusiedeln und werden dann auch in Kostenmiete weiter bestehen und somit sich auch langfristig positiv auf die Preise auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt Bern auswirken. Zusätzlich sind bis zu 25'000 Quadratmeter Gewerbe- und Dienstleistungsflächen, Schulfreiräume vorgesehen, das haben Sie alles mitbekommen, es bleibt recht breit. Der Gaskessel als Jugend- und Kulturzentrum bleibt erhalten und jetzt in dieser Vorlage, die ich vertrete, geht es darum, wie wir mit dieser Baurechtsvergabe vorgehen. Nun, das Areal, ich sage es noch einmal, folgt der Logik der inneren Verdichtung. Wenn wir also ökologisch nachhaltigen Wohnraum schaffen wollen, entwickeln wollen, müssen wir das verdichtet tun, wir müssen das baulich verdichtet tun am ähnlichen Ort, wir müssen das raumplanerisch verdichtet tun, nämlich eben in der Stadt und nicht in der Häuschen-Schweiz. Und wir müssen das auch bei der Nutzung für den Wohnflächenkonsum pro Kopf tun. Das übergeordnete Ziel ist es dabei, natürlich den Konsum von Mobilität, Energieflächenkonsum etc. im Zaum zu halten. Nun wird das Areal, wie Sie gesehen haben, in 5 Sektoren gegliedert und dann gibt es 13 Baufelder, die in der Abstimmungsbotschaft abgebildet sind, 4 davon wird die Stadt selbst entwickeln und die anderen sollen im Baurecht abgegeben werden. Bei der Abgabe in Baurechtsverträgen können verschiedene Verpflichtungen eingebaut werden, eine davon ist die Duldungspflicht für Alltagslärm zum Schutz des Gaskessels.

Merci dem Sprecher der SP-Fraktion für die Einbettung, die strukturell, aber auch historisch herleitet, weshalb der Fonds für die langfristige Refinanzierung auch Baurechtszinseinnahmen generieren sollte, die sind nun mit mindestens 1,43 Mio. Franken beziffert. Sie können auch feststellen, dass die Erkenntnisse aus dem Richtprojekt festgehalten wurden, und zwar in einem Rahmen- und Entwicklungsplan, das ist auch einsehbar auf einer Webseite. Das Gaswerk-Areal hat eine eigene Webseite, Sie können dort diese Instrumente auch begutachten. Diese sind eine Grundlage für die Ausschreibung,

sie sind ein wichtiger Rahmen, der auch verbindlich sein muss und der aber auch verbindlich bleibt und der natürlich darauf basiert, was auch hier im Parlament zum Teil schon vor vielen Jahren als Rahmen festgelegt wurde. Damit termingerecht geplant und gebaut werden kann, ist es vor allem wichtig, dass diese Rahmenbedingungen, wenn sie dann mal in diesen Planungsinstrumenten stehen, auch so bleiben. Wenn sich die Vorgaben dann in einem fortgeschrittenen Stadium verändern oder die Bestellungen noch zusätzlich aufgegeben werden, dann ist das oft sehr folgenreich. Es ist so, mit der Kompetenzabtretung wird das Vertrauen in den Gemeinderat von Stimmberechtigten und Parlament eingefordert, aber viele dieser Leitplanken sind ja auch schon vom Parlament verhandelt worden, zum Beispiel die Planungserklärungen des Stadtrats, da war ich selbst noch Stadträtin, das ist auch schon eine Weile her, die sind da recht klar schon eingetragen und eben, wie gesagt, die ZPP ist verbindlich. Man kauft also hier nichts Unbekanntes im Sack, ich sage jetzt nicht die Katze, und die Kompetenzdelegation erlaubt eben dann, mehr Tempo bei der Baurechtsvergabe zugunsten dringend benötigten Wohnraums. Ich wiederhole mich, der Gaskessel bleibt erhalten, der Dialog mit den Verantwortlichen wird aufrechterhalten, es wird auch nach Lösungen gesucht, damit wir eben wirklich ein praktikables und umsetzbares Betriebskonzept haben, das den verschiedenen Bedürfnissen dann auch wirklich gerecht wird.

Jetzt noch kurz etwas zu den Anträgen: Zu den Rückweisungs- und Ergänzungsanträgen der SVP, die haben wir ja eingehend im vorherigen Traktandum schon debattiert, respektive Sie haben das gemacht und es wurde schon darauf eingegangen. Zum Antrag 9, das ist die Verlängerung des Gebrauchsleihvertrags mit Anstadt bis zum Baubeginn. Auch hier haben wir von der Direktion her das natürlich schon so aufgegleist. Bei einer bestehenden Baubewilligung, die von der Anstadt eingeholt werden muss, setzen wir das so um. Das ist auch im Interesse der Stadt, dass hier nicht Raum leer steht. Jetzt zu den Fragen des Anteils GüWR-Neubau bei den Eigenrealisierungen. Hier ist es so – wir haben das auch schon gehört im Votum von Esther Meier –, dass etwa die Hälfte der aktuell GüWR-fähigen Wohnungen der Stadt Bern sind mit GüWR-Mietverträgen vermietet, also etwa 750 von knapp 1'500. Die Stadt besitzt total etwa 2'500 Wohnungen, also etwa 1'500 davon sind GüWR-fähig und das erste und wichtigste Instrument, um die Anzahl GüWR-fähiger Wohnungen zu erhöhen, ist der Rahmenkredit, den sie dem Fonds zum Kauf von Liegenschaften gewährt haben. Der Neubau, wenn jetzt wirklich auf einem Areal neu geplant und gebaut wird, ist nicht das zentralste Instrument, um GüWR-fähige Wohnungen im Stadtportfolio zu erhöhen, es ist aber natürlich im Interesse der Stadt und gemäss Wohnstrategie auch vorgesehen, dass die Stadt Bern respektive der Fonds auch Eigenrealisierungen im preisgünstigen Segment vorsieht und prüft, das heisst natürlich vor allem auch dann flächenkonsumsparend. Also den Antrag 10, den können wir in der folgenden Planung entgegennehmen, weil er auch mit den Strategien von Stadt und Fonds vereinbar ist. Auf ganz konkrete Anteile, wie das die Anträge 13 und 14 verlangen, bitten wir sie zu verzichten. Beim Antrag 12 bei der Auswahl der künftigen Projekte auch der marktorientierten Bauträgerschaft in die Flächeneffizienz einzubeziehen. Da ist es richtig, dass die Auflage zur Personendichte und Flächeneffizienz eben nicht als Auflage in die Baurechtsverträge gehört, dann ist es zu spät, sondern als Kriterium im Rahmen der Vergabe mitberücksichtigt werden kann. Hier ist das Thema stufengerecht angesiedelt. Jetzt noch zur Frage der Kompetenzübertragungen: Wir haben es gehört, nicht nur beim Projekt Warmbächli-Holliger, sondern auch beim Projekt Wankdorf-City hat man sehr gute Erfahrungen gemacht mit der Kompetenzübertragung. Die Anzahl der Eingaben kann viel höher gehalten werden, als wenn man das nicht macht und man kann auch Verzögerungen vermei-

den und dieses bewährte Vorgehen soll jetzt deshalb hier wieder zur Anwendung kommen. Die Regierung hat das Geschäft am 28. Mai 2025 zusammen mit den 2 ZPPs verabschiedet und ich bitte euch, die Vorlage entsprechend an die Stimmbevölkerung zu überweisen.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit auch bei diesem Geschäft zu den Anträgen. Ich bitte euch, wieder die Antragsliste zur Hand zu nehmen. Wir gehen wieder Antrag für Antrag durch. Als Erstes stimmen wir über Antrag 1, SVP, Rückweisung.

Antrag 1

SVP

Rückweisung:

Mindestens $\frac{1}{2}$ für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung Nr. 040

2017.FPI.000025: Antrag 1

Ablehnung

Ja	6
Nein	65
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 2, SVP, Rückweisung.

Antrag 2

SVP

Rückweisung:

Mindestens $\frac{1}{4}$ für höherwertes Wohnen vorzusehen.

Abstimmung Nr. 041

2017.FPI.000025: Antrag 2

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 3, SVP, Rückweisung.

Antrag 3

SVP

Rückweisung:

Es seien für das neue Quartier genügend Einkaufsmöglichkeiten und eine angemessene Anbindung an ÖV vorzusehen.

Abstimmung Nr. 042

2017.FPI.000025: Antrag 3

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 4, Rückweisung, SVP.

Antrag 4

SVP

Rückweisung:

Es seien für das (Klein-) Gewerbe angemessene und geeignete Areale vorzusehen.

Abstimmung Nr. 043

2017.FPI.000025: Antrag 4

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Wenig überraschend, 6 zu 66. Wir kommen zu Antrag 5 der SVP, Ergänzungsantrag.

Antrag 5

SVP

Ergänzungsantrag:

Mindestens ½ für Familienwohnungen und Stockwerkeigentum zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung Nr. 044

2017.FPI.000025: Antrag 5

Ablehnung

Ja	13
Nein	58
Enthalten	0

Präsident: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 6, SVP, Ergänzungsantrag.

Antrag 6

SVP

Ergänzungsantrag:

Mindestens ¼ für höherwertes Wohnen vorzusehen.

Abstimmung Nr. 045

2017.FPI.000025: Antrag 6

Ablehnung

Ja	13
Nein	59
Enthalten	0

Präsident: Der wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 7, SVP, Ergänzungsantrag.

Antrag 7

SVP

Ergänzungsantrag:

Es seien für das neue Quartier genügend Einkaufsmöglichkeiten und eine angemessene Anbindung an ÖV vorzusehen.

Abstimmung Nr. 046

2017.FPI.000025: Antrag 7

Ablehnung

Ja	5
Nein	66
Enthalten	1

Präsident: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 8, SVP, Ergänzungsantrag.

Antrag 8

SVP

Ergänzungsantrag:

Es seien für das (Klein-) Gewerbe angemessene und geeignete Areale vorzusehen.

Abstimmung Nr. 047

2017.FPI.000025: Antrag 8

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	0

Präsident: Der Antrag wurde abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 9, RWSU.

Antrag 9

RWSU

Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, den Gebrauchsleihvertrag zwischen ISB und dem Kollektiv Anstadt bis Baubeginn auf der vom Kollektiv Anstadt genutzten Fläche im Sektor 1.5 der ZPP 1 Gaswerkareal aufrechtzuerhalten.

Abstimmung Nr. 048

2017.FPI.000025: Antrag 9

Annahme

Ja	59
Nein	9
Enthalten	2

Präsident: Der Antrag wurde angenommen. Wir kommen zu Antrag 10, RWSU.

Antrag 10

RWSU

Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik vermietet bei der Eigenrealisierung nach Möglichkeit Wohnungen in der Kategorie GüWR-Neubau.

Abstimmung Nr. 049

2017.FPI.000025: Antrag 10

Annahme

Ja	45
Nein	24
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 11, RWSU-Minderheit.

Antrag 11

RWSU-Minderheit

Bei der Ausschreibung der Baufelder wird bei allen Bauträgern als Anforderung ein Verbot für Freigängerkatzen ergänzt.

Abstimmung Nr. 050

2017.FPI.000025: Antrag 11

Ablehnung

Ja	22
Nein	42
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 12, RWSU.

Antrag 12

RWSU

Bei der Auswahl der künftigen Projekte der marktorientierten Bauträgerschaften soll die Flächeneffizienz der Grundrisse hoch gewichtet werden.

Abstimmung Nr. 051

2017.FPI.000025: Antrag 12

Annahme

Ja	58
Nein	14

Enthalten	0
-----------	---

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu einer Gegenüberstellung der Anträge 13 und 14. Wer Antrag 13 den Vorzug geben will, stimmt Grün, wer Antrag 14 den Vorzug geben will, stimmt Rot.

Antrag

13 GB/JA

Die Beschlussziffer wird wie folgt ergänzt:

Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik vermietet bei der Eigenrealisierung einen Mindestanteil von 50 % GfO Wohnen in der Kategorie GüWR-Neubau.

vs,

14 GB/JA

Die Beschlussziffer wird wie folgt ergänzt:

Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik vermietet bei der Eigenrealisierung einen Mindestanteil von 25 % GfO Wohnen in der Kategorie GüWR-Neubau.

Abstimmung Nr. 052

2017.FPI.000025: Antrag 13 vs. Antrag 14

Antrag 14 obsiegt

Ja 22

Nein 49

Enthalten 1

Präsident: Ihr habt Antrag Nummer 14 den Vorzug gegeben und wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag ab.

Abstimmung Nr. 053

2017.FPI.000025: Antrag 14

Ablehnung

Ja 26

Nein 45

Enthalten 0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 15, AL/PdA/TIF.

Antrag 15

AL/PdA/TIF

Über die Abgabe im Baurecht, dessen Wert über 5 Millionen Franken liegt, soll auch im Gaswerkareal der Stadtrat entscheiden, wie das im Gesetz vorgesehen ist. Auf eine Kompetenzübertragung an den Gemeinderat ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 054

2017.FPI.000025: Antrag 15

Ablehnung

Ja	16
Nein	47
Enthalten	8

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 16, SP/JUSO, AL/PdA/TIF, JA.

Antrag 16

SP/JUSO, AL/PdA/TIF, JA

In der weiteren Arealentwicklung prüft der Gemeinderat, inwiefern auf dem Gaswerka-
real eine gemeinsame Nutzung ermöglicht werden kann, die sowohl genossenschaftli-
chen Wohnraum als auch Elemente der bestehenden Wohnform des Kollektivs Anstadt
im Sektor 1.5 berücksichtigt.

Abstimmung Nr. 055

2017.FPI.000025: Antrag 16

Annahme

Ja	45
Nein	26
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zur Schlussabstimmung
über die so bereinigte Abstimmungsvorlage.

Abstimmung Nr. 056

2017.FPI.000025: Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	66
Nein	6
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Vorlage genehmigt und zuhanden der Stimmberechtigten ver-
abschiedet. Wir kommen zur Abstimmung über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 057

2017.FPI.000025: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	69
Nein	3
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft verabschiedet. Somit sind wir am Ende
dieses Traktandums.

2023.FPI.0114

7 NewITSM (IT Service Management): Konsolidierung der bestehenden ITSM-Landschaft von Informatik Stadt Bern (IBE) inklusive Volksschulen; Investitions- und Verpflichtungskredit

Präsident: Es wird bei so Traktandenwechseln immer mega unruhig. Ihr schafft es dieses Mal, dass ich euch nicht zur Ruhe aufrufen muss. Wir kommen aber jetzt zu Traktandum Nummer 7. Das ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum: NewITSM (IT Service Management): Konsolidierung der bestehenden ITSM-Landschaft von Informatik Stadt Bern (IBE) inklusive Volksschulen. Für die vorberatende Kommission RWSU erteile ich das Wort an Judith Schenk. Ich habe noch Ueli Jaisli, der angemeldet ist. Ich glaube, das ist wahrscheinlich ein Fehler, dafür ist Judith Schenk nicht mehr angemeldet. Für die RWSU Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Kommission: Du hast es gerade angekündigt, jetzt wird es richtig emotional, wir sind ja jetzt vorbereitet, wir reden nämlich nun über die Konsolidierung von zwei bestehenden ITSM-Landschaften. Aktuell besteht die IT-Service-Management-Landschaft (ITSM) der Stadt Bern als einerseits der Plattform Matrix 42 für die Verwaltung und die Bereitstellung ihrer IT-Services sowie seit 2023 aus der Plattform ServiceNow für den Schulbetrieb, letzteres im Zuge der Reintegration der Schulinformatik zu Informatik Stadt Bern (IBE). Bei der ITSM handelt es sich um eine zentrale, stadtweit einsetzbare Plattform zur Unterstützung, Steuerung und Transparenz aller servicebezogenen Prozesse im digitalen Verwaltungskontext. Im Vortrag des Gemeinderates sind die wichtigsten Merkmale und Funktionen der künftigen ITSM-Plattform ausführlich besprochen. Die beiden eingangs genannten Plattformen werden aktuell noch parallel in getrennten ITSM-Umgebungen betrieben. Da für beide Applikationen Lizenz- und Wartungsverträge bis Dezember 2026 unterzeichnet wurden, ist dies nun der richtige Zeitpunkt, Plattformen zu vereinheitlichen. Dadurch können viele ökonomische und Effizienzfaktoren verbessert werden, wie standardisierte Prozesse, Eliminierung von Medienbrüchen oder optimierten Servicebetrieb. Damit sich dies ändern kann, sprach der Gemeinderat im November 2023 den dafür notwendigen Projektierungskredit, weshalb uns nun ein Investitionskredit von 3'496'950 Franken und ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 1'811'187 Franken vorliegen. Darin enthalten sind Neukonzipierung, Aufbau, Migration, Einführung sowie die Sicherstellung des Betriebs für die Jahre 2026 bis 2031. Die Kapitalfolgekosten des Investitionskredits liegen entsprechend bei jährlich fast 700'000 Franken. Die Betriebskosten bleiben mit dem neuen Rahmenvertrag für die gesamte Vertragsdauer konstant, da die ITSM-Plattform als Software-as-a-Service angekauft wird und somit der Betrieb an die Anbieterin ausgelagert wird.

Die Lizenz- und Betriebskosten sowie die Kapitalfolgekosten werden den Dienststellen wie bisher nach einem Verteilschlüssel verrechnet. Dass lediglich 17'000 Franken eingespart werden können pro Jahr, wie im Vortrag ersichtlich, sorgte in der Kommission für etwas Stirnrunzeln. Dazu nahm die Verwaltung wie folgt Stellung, dass bisher reine IT-Lösungen betrieben wurden und durch die neue Lösung der Zusammenschluss mit ServiceNow passieren kann. Dabei handelt es sich um mehr als nur ein IT-Thema, denn es bietet Möglichkeiten, dass die gesamte Stadtverwaltung bei IT-Themen, HR-Themen, Finanzthemen und so weiter an dieser Plattform andocken und sie nutzen kann. Beispielsweise müsste für HR4you keine Ausschreibung erfolgen, weil es in diese Platt-

form integriert werden könne. Im Vortrag ist die bereits durchgeführte offene Ausschreibung gemäss GATT-WTO-Bestimmungen sorgfältig dokumentiert, wobei der Zuschlag an die Plat4mation GmbH ging. Entscheidende Faktoren waren neben dem Preis für den Zuschlag beispielsweise die branchenspezifische Erfahrung, die Skalierbarkeit der Lösung oder die sehr positiven Referenzauskünfte. Der Vertrag zur Projektumsetzung wird erst nach erfolgter Zustimmung durch den Stadtrat und dem Abwarten der Referendumsfrist abgeschlossen. Es handelt sich bei diesem Geschäft um ein fakultatives Referendum. Er wird die Umsetzung als auch den anschliessenden Betrieb ab 2026 beinhalten. Es gibt zudem die Option auf eine Verlängerung des Vertrages um weitere 5 Jahre, diese Verlängerung ist jedoch im Verpflichtungskredit monetär nicht inkludiert. Die Projektorganisation wird von einem externen Projektleiter und einem internen Co-Projektleiter von IBE wahrgenommen, welche beide das Projekt bereits in der Ausschreibungsphase begleitet haben und über breite Erfahrung in der Leitung von Grossprojekten verfügen. Die ausgeführte Instanz während des Projektlebenszyklus wird die neue Anbieterfirma sein und die Gesamtprojektleitung für die Realisierungsphase ist in den Händen von IBE.

Auch die Datenschutzanforderungen wurden im Rahmen einer Folgenabschätzung gemeinsam mit den ICT-Sicherheitsbeauftragten geprüft und freigegeben. Sobald in der Konzeptionsphase klar sein wird, ob und wie Personendaten elektronisch bearbeitet werden, erfolgt die Umsetzung der Schutzmassnahmen sowie die Vorabkontrolle gemäss kantonalem Datenschutzgesetz. Das Angebot von Plat4mation GmbH sieht vor, dass die Datenhaltung innerhalb der Schweiz in den Datenzentren in Zürich oder Genf erfolgt. Die Kommission betont die Wichtigkeit, dass die Daten in der Schweiz gehalten werden müssen. Mit der angeschriebenen Lösung pflegt IBE ihre Daten in einem einzigen System, was zu qualitativen und quantitativen Mehrwerten führen wird. Diese Konsolidierung entspricht des Weiteren der städtischen Informatik-Governance, indem derselbe Bedarf mit einer einzigen integrierten Anwendung abgedeckt wird. Durch die Integration des neuen Service-Portfolios sowie der überarbeiteten Prozesse wird die Vorgabe der Konferenz Digital Stadt Bern erfüllt. Kundenorientierte Services bereitzustellen und so den Service für die Bürger*innen und internen Nutzer*innen zu verbessern. Mitarbeitende im Bereich Kundensupport und somit natürlich alle, deren Kund*innen profitieren von effizienteren und vereinfachten Prozessabläufen, da alle rund 15'000 Support-Tickets jährlich auf einer einzigen Plattform bearbeitet werden können. Für die Führung und Steuerung stehen verbesserte Auswertungen zur Verfügung, dies fördert die Transparenz und ermöglicht auch fundierte Entscheidungen auf Basis konsolidierter Daten. Sämtliche IT-Assets und Services auf einer einzigen Plattform vereinfacht die interne Weiterverrechnung von Kosten und macht diese transparent. Des Weiteren setzt sich ServiceNow aktiv dafür ein, die Barrierefreiheit ihrer Produkte kontinuierlich zu verbessern, um nur ein paar Faktoren auf der Nutzenseite dieses Geschäfts zu nennen. Der Gemeinderat sagt im Vortrag, dass dieses Geschäft keinen nennenswerten Einfluss auf das Klima habe. Das ist selbstverständlich falsch, auch wenn das Geschäft mit den Zielen des städtischen Klimareglements vereinbar ist. Nach dieser Kritik möchte ich das Votum mit Lob abschliessen, denn die Kommission hat insbesondere die sehr vorausschauende Projektplanung geschätzt, so wie dass zwar die Ausschreibung erfolgte, jedoch noch kein Vertrag unterschrieben wurde, bevor das Geschäft vom Stadtrat bestätigt wurde. Die Kommission beantragt dem Stadtrat mit einer Enthaltung, einstimmig diesem Geschäft zuzustimmen. Besten Dank.

Präsident: Merci, besteht bei diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Es besteht Diskussionsbedarf, ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt die Konsolidierung der IT-Service-Management-Systeme. Zwei parallele Plattformen sind ineffizient und verursachen Doppelspurigkeiten. Eine einheitliche Lösung ist deshalb richtig. Wir möchten dennoch auf 3 Punkte besonders hinweisen. Erstens das Kosten-Nutzen-Verhältnis: Die Investition von fast 3,5 Mio. Franken ist hoch. Die jährlichen Einsparungen von nur rund 17'000 Franken sind gering. Ein Mehrwert liegt klar in organisatorischer Effizienz und besseren Abläufen, nicht in den Finanzen. Zweitens die Abhängigkeit vom Anbieter: Mit ServiceNow bindet sich die Stadt stark an eine internationale Cloud-Lösung. Wir erwarten, dass die Verwaltung aktiv gegen einseitige Abhängigkeiten steuert und Wettbewerbe bei künftigen Verlängerungen sicherstellt. Drittens die Projektrisiken: Migration, Schnittstellen und Schulungen sind komplex, deshalb braucht es ein straffes Controlling mit klaren Meilensteinen und regelmässiger Berichterstattung an den Stadtrat. Zusammengefasst: Die FDP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu, verbunden mit der klaren Erwartung an Effizienz, Transparenz und sorgfältiges Risikomanagement.

Präsident: Merci, als nächstes Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Das Thema ist durchaus emotional, jedenfalls für mich. Immerhin, unsere Vorrednerin hat es eben gesagt, geht es hier um viel Geld. Mit 3,5 Mio. Franken hätte man schon fast 2 Jahre defizitäre städtische Kitas durchgebracht, also kein Pappenstiel. Und doch scheint das hier jetzt doch durchaus angezeigt, diese Lösung einzukaufen. Unsere Fraktion hat es sich nicht leicht gemacht mit der ganzen Geschichte. Uns ist auch aufgefallen, reichlich spät leider, aber trotzdem aufgefallen, dass 17'000 Franken pro Jahr Einsparungen bei 3,5 Mio. Investitionen nicht so der Brenner sind, puncto Investitionen. Und das gibt der Vortrag jetzt auch nicht so her bei der schnellen Lektüre, warum das eigentlich so viel sein muss. Ich bin sehr dankbar für die Verwaltung – die jetzt auch hier sitzt und sich sehr viel Mühe gemacht hat –, das noch einmal zu erörtern, was hinten dran alles vor sich geht. Wir haben damit geliebäugelt einen Rückweisungsantrag zu stellen, um es noch deutlicher zu machen. Ich sehe jetzt von dem ab, weil ich oder wir von der Fraktion doch das Gefühl haben, dass damit sehr viel Organisatorisches aufgeräumt wird, Altlasten beiseitegeschafft werden. Und dass es schnell viel kostet, ist klar. Da sind dann 3,5 Millionen, je nachdem gar nicht mehr so viel in der IT-Welt. Von dem her ist das Projekt durchaus solide geplant nach unserer Ansicht. Aber etwas anderes stört uns trotzdem und das ist nicht an diesem Projekt alleine festzumachen. Wir haben das hier auch schon öfter diskutiert, aber es ist wieder einmal ziemlich deutlich, welche Schwierigkeiten drohen. Jetzt stellen wir uns vor, das geht in die Cloud – da kann man dafür oder dagegen sein, ich möchte jetzt heute nicht über die Pro und Contra von Cloud-Lösungen sprechen. Aber der Punkt ist, dass es nach 5 bis maximal 10 Jahren wieder neu ausgeschrieben werden muss. Und die Frage ist, wird das Ding eigentlich für uns entwickelt oder nimmt man das quasi Out-of-the-Box, wendet es an, lockt sich ein und benutzt es einfach mit vielleicht noch ein bisschen Parametrisierung oder Konfiguration. In jedem Fall ist dann die Frage, warum kostet es so viel? Warum sind es 3,5 Mio. Franken, wenn wir es ja eigentlich als ein Service einkaufen können? Ja, eben, es wurde schon gesagt, die Verwaltung macht intern eigentlich viel in dem Moment und das kostet auch, ihre Dinge aufzuräumen. Aber dann stellt sich auf der anderen Seite die Frage, was machen wir

denn spätestens in 10 Jahren, wenn die neue Lösung kommt. Sind die 3,5 Millionen dann wieder futsch, weil wir haben das auch schon gesehen, es kommt ein neuer Anbieter, das alte Zeug ist wertlos geworden, die Standards waren vielleicht nicht offen und wir haben auch mit den Daten, die hier mühsam 10 Jahre in dieses System gepflegt wurden, vielleicht keinen Zugriff mehr oder man müsste wieder von vorne anfangen, das kostet wieder. Es wurde auch von der Verwaltung her gesagt, dass hier durchaus die Möglichkeit besteht, diese Daten und diese ganze Repräsentation der Verwaltungslogik, die aufwendig herzustellen ist, auch wieder aus dem Projekt, aus dem Service heraus geborgen werden können und hoffentlich, wenn die offenen Standards da sind, in eine neue mögliche Lösung überführt werden können. Vielleicht bleibt es die alte, vielleicht ist es die neue. Vielleicht gibt es eine neue Exit-Strategie, vielleicht wollen wir in 10 oder 5 Jahren keine Cloud-Lösung mehr. Wichtig ist, dass der Aufwand, den wir jetzt hier bezahlen, dass der nicht vergebens sein wird. Wir hätten uns eigentlich auch gewünscht, dass wir hier vielleicht noch mehr Varianten hätten prüfen können, also eine günstigere Lösung. Es ist halt wirklich das Problem dieser Doppelspurigkeit, die doch jetzt sehr prominent ist in diesem Vortrag, dass hier zwei Systeme parallel laufen, was in jedem Fall schlecht ist, dass man hier mit einer einfachen Datenmigration einfach ein System hätte nehmen können. Da wäre jetzt nach unserem Kenntnisstand viel auf der Strecke geblieben. Gut, die Organisation wäre vielleicht hintendran immer noch nicht gut gewesen, aber es wäre vielleicht um ein Vielfaches günstiger gewesen. Wesentlich erscheint uns auch, dass zumindest eine dieser laufenden Lösungen jetzt schon mehr als 12 Jahre läuft und dass es somit nicht so weit her sein kann mit diesen WTO-GATT-Ausschreibungen, dass man da in keinem Fall und alternativlos jedes Mal neu einkaufen muss. Da müssen wir dranbleiben und dort wollen wir auch über das Beschaffungsrecht oder die Fachstelle Beschaffung gucken, was eigentlich der Spielraum ist. Jedenfalls möchte ich Informatik Stadt Bern auch danken für ihre Unterstützung und würde gerne auch weiter mit ihnen im Gespräch bleiben, was eigentlich der Spielraum ist bei solchen Projekten. Unsere Fraktion hat die Stimmfreigabe beschlossen, aber nichtsdestotrotz danken wir für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung und ja, was ihr macht, müsst ihr wissen.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte anerkennt die Notwendigkeit der neuen IT-Service-Management-Plattform mit der Reintegration der Schulinformatik und dem bevorstehenden Vertragsende. Es macht Sinn, künftig nur noch eine Software zu betreiben, die in die bestehende ICT-Landschaft integriert werden kann. Aus unserer Sicht ist es zentral, dass das Potenzial dieser Plattform maximal ausgeschöpft wird, und zwar im Sinn einer Effizienzsteigerung. Mit diesen ausgewiesenen genau 17'000 Franken Einsparungen pro Jahr würde sich das nämlich erst in 10 Jahren rechnen oder erst noch später. Umso wichtiger ist es, dass man die Nutzung dieser Synergien so gut wie möglich hinbringt. Ebenso fordern wir Transparenz und eine offene, frühzeitige Kommunikation im Sinn eines Controllings, dass wir über den Verlauf des IT-Projekts informiert sind. Wir stimmen dem Kredit zu.

Präsident: Für die Fraktion GLP-EVP, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Grundsätzlich begrüsst die GLP-EVP-Fraktion dieses Geschäft mit einem Investitionskredit von rund 3,5 Mio. Franken sowie dem Verpflichtungskredit in der Höhe von rund 1,8 Mio. Franken. Und wir werden das

Geschäft annehmen. Wir erachten es als sinnvoll, dass die zurzeit parallel laufenden Plattformen nicht einfach konsolidiert, sondern in einer neu konzipierten Plattform zusammengeführt werden. Eine Plattform, die eben nicht nur IT-Bereiche abdeckt, sondern vielmehr eine Lösung für alle servicebezogenen Prozesse im digitalen Verwaltungskontext bietet. Wir begrünnen, dass die Stadt nicht einfach eine Datenmigration macht, sondern mit der Neukonzeption sicherstellt, dass Altlasten eliminiert und Abläufe kundenorientierter und barrierefreier gestaltet werden. Auch wenn sich das direkte jährliche Sparpotenzial, wir haben es gehört, mit rund 17'000 kurzfristig in Grenzen hält, ist uns bewusst, dass die Nutzung von Synergien, der Wegfall von Koordinationsaufwand und eben dann auch Effizienzsteigerungen längerfristig zu weitem indirekten Sparpotenzial führen wird. Wir begrünnen und erachten es als zentral, dass eine Spezialistin in der Digitalstrategie das Projekt begleitet, um sicherzustellen, dass dieses vorliegende Projekt der strategischen Ausrichtung der Stadt entspricht. Wir würden es aber grundsätzlich begrünnen, wenn eine Einordnung in die Digitalstrategie bereits im Vortrag gemacht würde. Und wenn wir schon beim Vortrag sind, es fällt uns einmal mehr auf, dass jährlich der Projektleitfaden abgeändert wurde, anstatt detaillierter Auskunft über das Projektmanagement und die geplante Steuerung zu geben. Dann möchte ich noch einige Punkte am Geschäft selber kritisch beleuchten. Zum einen, das haben wir auch schon gehört, die Anbieterabhängigkeit. Auch wenn durch Software-as-a-Service Vorteile bietet und zum Beispiel Wartungen und interne Serverkapazitäten gespart werden können, bedeutet das gleichzeitig, dass nicht nur die Software ausserhalb der Verwaltungsinformatik betrieben wird, sondern faktisch alle Daten aus der Hand gegeben werden. Auch wenn Plat4mation ihre Service in der Schweiz, notabene in Zürich oder Genf hält, sind unsere Daten dennoch im Besitz einer einzelnen Firma. Wir fordern, dass die Stadt ein entsprechend solides Third-Party-Risk-Management betreibt. Zweitens kritisieren wir die fehlende Exit-Strategie. In eine Software-as-a-Service-Lösung einzusteigen ist nicht schwer, wieder herauszukommen, jedoch sehr. Wir fordern, dass schnellstmöglich eine Exit-Strategie aufgegleist und vor der Inbetriebnahme der neuen Plattform geklärt wird, wie das Produkt ohne massgebliche Komplikationen auch wieder ersetzt werden kann. Die Stadt muss von vornherein klären, wie und mit welchen Kosten sie von diesem Anbieter auch wieder wegkommen und wieder in den vollständigen Besitz der Daten kommen kann. Für zukünftige IT-Projekte fordern wir, dass solche Gedanken zur Exitstrategie bereits bei der Ausschreibungsphase mitgedacht und beim Vergabeentscheid berücksichtigt werden. Der Gemeinderat muss die Exitstrategie in den Kriterienkatalog für die Wahl eines Anbieters aufnehmen, denn diese Frage ist zu wichtig, also dass sie nicht von Beginn weg, diskutiert werden sollte. Zu guter Letzt, Fehler gehören zum Leben. Wesentlich für eine weitere Entwicklung ist aber, dass man aus Fehlern lernt. So ist es eminent wichtig, dass die Lehren des Citysoftnet-Debakels nicht einfach als Liste von Fällen in einer Schublade verschwinden. Wir hoffen, dass diese Erfahrungen direkt in die Umsetzung dieses vorliegenden Projekts einfließen und schliesslich lernen wir nicht nur von eigenen, sondern auch von den Fehlern anderer. Das jüngste kantonale Negativbeispiel Nevo/Rialto bietet demnach ebenfalls hervorragende Lernmöglichkeiten. Vielen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SVP, Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Es ist sicher zu begrünnen, dieses Vorhaben, dass man die Oberflächen für die Stadtverwaltung, die IT-Oberflächen, harmonisiert und ausgleicht, damit sie nachher für jedermann zugänglich sind. Dadurch werden gewisse Vereinfachungen im gesamten administrativen Ablauf gewährleistet. Wie auch gesagt

wurde, ist es natürlich so, dass man jetzt ein bisschen auf Zahlenakrobatik macht. Der Nutzen soll bei 17'000 Franken liegen. Also ja, ich sehe hier einen etwas grösseren Nutzen dahinter. Das ist so ein bisschen eine Zahlenspielerei, die niemand so recht weiss. Das sind Sachen, die man gar nicht genau ausrechnen kann, aber jetzt einfach erwähnt werden, obschon keine absolute Sicherheit ist, dass das wirklich so ist. Wir sehen den Nutzen in der Vereinfachung, dass gewisse Sachen rasch abgewickelt werden können in der Stadtverwaltung und allgemein einfach ein gutes Verarbeitungssystem damit geschaffen werden kann. Wo man sicher ein Augenmerk darauf haben muss, und das ist schon mehrheitlich genannt worden, ist sicher, die Beschaffung beim Anbieter, dass man eine gewisse Abhängigkeit hat. Dass man sich irgendwie daraus lösen kann, das ist noch nicht so gewährleistet, wenn wir den Kredit sprechen. Aber es ist anzustreben, dass man da eine Lösung finden wird, und wie auch schon gesagt, bei der Datenübertragung, wenn man zum Beispiel ein neues System einführt, dass diese auch gewährleistet ist. Wir sind guten Mutes und wir werden grossmehrheitlich dem Kredit von 3,5 Mio. Franken zustimmen.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecher, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Ich möchte hier noch einen weiteren Kritikpunkt zu Händel Verwaltung und Gemeinderat äussern. Ein Umstand, der mich zunehmend nervt, ich habe das schon bei der WESP-Vorlage (Weiterentwicklung der Schulinformatikplattform) vor einem Jahr kritisch in Frage gestellt, es betrifft die Reserven. Im vorliegenden Projekt sind 8% Reserven vorgesehen, konkret sind das 260'000 Franken, eine Unmenge Geld, wenn man überlegt, dass es hier um eine Software-as-a-Service handelt. Bei der WESP, da ging es um die Erneuerung der Schulinformatik, ihr erinnert euch, da war ich ein Kommissionssprecher und ich habe bei der Vorbereitung für die Kommission in der Verwaltung gefragt, warum diese 10% Reserven. Damals waren es 10% bei WESP. Und man hat mir gesagt, es sei vor allem wegen den Einkaufspreisen bei der Hardware, man wusste damals nicht, wie sich die Chip-Preise entwickeln. Es war diese Zeit, als dies ein bisschen unsicher war, und dann hat man gesagt: "Hey, man muss da genug Reserven haben, falls plötzlich diese iPads und so weiter mehr kosten würden." Das war wirklich die Begründung der Verwaltung damals für 10% Reserven. Jetzt kaufen wir eine Software-as-a-Service ein, klar, da gibt es auch gewisse Sachen, die dazugehören, wie den ganzen Migrationsprozess und so weiter, der gewisse Risiken beinhaltet. Aber ich stelle hier wirklich in Frage die 8%, 260'000 Franken, die wir einfach mal so als Blankoscheck geben, die man übertreten kann, das finde ich eindeutig zu viel. Es ist eben eine Software-as-a-Service. Vielleicht, ich glaube eher nicht, sprechen wir später noch über den Verkehrsrechner, dort sind 15% Reserven drin. Wir haben bei den Informatikprojekten wirklich so ein Thema mit den Reserven, wo ich wirklich ein Finger draufhalten möchte, und deshalb war mir wichtig, das hier noch einmal zu sagen. Vielleicht könnte man das bei anderen Projekten ein bisschen realistischer rechnen.

Präsident: Merci, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Wir haben es gehört. Für die Erneuerung der ITSM-Plattform beantragt der Gemeinderat Ihnen einen Investitionskredit, der ist 3,5 Mio. Franken hoch und da gehört die Projektierung mit dazu und dann einen Verpflichtungskredit von rund 1,8 Mio. Franken für den Betrieb während der Jahre 2026 bis 2031. Herzlichen Dank übrigens der Sprecherin für die sehr gute Darstellungen. Wir haben

es gehört, der Betrieb von zwei ITSM-Plattformen, wie er sich jetzt durch die Reintegration der Schulinformatik ergeben hat, ist einfach sehr ineffizient. Mit der Reduktion auf eine einzige Applikation sinkt eben nicht nur der Lizenzierungsbedarf, vor allem auch die Anzahl der technischen Schnittstellen und natürlich auch der Daten, die dahinter immer zu bewirtschaften sind, der Wartungsaufwand im IT-Betrieb und die Komplexität der Architektur. Die neue Plattform Software-as-a-Service aus der Cloud wird bezogen und soll so den Aufwand für den Betrieb in dem eigenen Rechenzentrum reduzieren, respektive Wartung und Sachkosten entfallen. Vor allem aber die Effizienz auch dieser ICT-Supportleistungen, also zum Beispiel, wie schnell ein Ticket bearbeitet wird, das wird eben jetzt erheblich schneller durch diese Konsolidierung, zusätzlich sinkt auch der Schulungsaufwand. Diese Effizienzgewinne sind jetzt natürlich nicht beziffert, die können wir dann rückblickend vergleichen und ich gehe jetzt mal davon aus, sie werden positiv sein. Die Stadt will eine ITS-CM-Plattform beschaffen, die skalierbar ist und auch der künftigen Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur gerecht werden kann. Das ist anspruchsvoll, das wissen wir. Auch die Konzeption einer Exit-Strategie, also was machen wir in 10 Jahren. wird Teil eben dieser Projektarbeit sein, damit wir aber wissen, woraus wir aussteigen können müssen, braucht es eben zuerst diese Projektentwicklung. Nun, wir haben hier eine modulare Plattform zur Verfügung, die sowohl die Anforderungen an ITSM und jene des Programms HR4YOU abdeckt. Ich bedanke mich auch meinerseits auch für die kritische Begleitung, die Anregungen und die konstruktive Gesprächskultur. Das ist im Kern ja eigentlich das, was wir machen in der demokratischen Auseinandersetzung und soll dazu dienen, die Qualität unserer Entscheidungen zu stärken und ich persönlich schätze diese Zusammenarbeit sehr. Ich bitte euch, eurer Kommission zu folgen und dem Geschäft zuzustimmen.

Präsident: Merci, wir kommen zur Abstimmung, wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen will, stimmt Grün, sonst Rot.

Abstimmung Nr. 058

2023.FPI.0114	
Annahme	
Ja	61
Nein	0
Enthalten	2

Präsident: Nach ausführlicher Debatte stimmen wir dem Geschäft zu.

2024.SUE.0069

8 Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz; Nachkredit zum Globalkredit 2025

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8. Es ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um den Nachkredit zum Globalkredit beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz. Für die vorberatende Kommission RWSU hat das Wort Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Kommission: Bevor ich mit dem Votum starte, möchte ich noch ganz kurz darauf hinweisen, dass ich zwar ganz genau gleich heisse wie die ehemalige Leiterin des Amts für Erwachsenen- und Kinderschutz, wir aber weder verwandt sind noch verschwägert und auch sonst in keiner Verbindung zueinanderstehen, die zu einer Befangenheit irgendwelcher Art führen würde. Nun aber zum Inhalt des Geschäfts. Es geht um einen Nachkredit für das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz von knapp 1,5 Mio. Franken. Durch den Nachkredit wird das Globalbudget 2025 auf rund 9,8 Mio. Franken erhöht. Die Ursache für diesen vorliegenden Nachkredit liegt neben den Folgen des Fachkräftemangels, der zu Vakanzen und der Notwendigkeit externe Dienstleistungen einzukaufen, führte zu einem grossen Teil in den Schwierigkeiten, die bei der Einführung von Citysoftnet aufgetreten sind, beziehungsweise eine Folge der externen Überprüfung, die der Gemeinderat 2023 daraufhin in Auftrag gegeben hat und der Massnahmen, die der Gemeinderat letztes Jahr auf Basis der Überprüfung verabschiedet hat, um die Arbeit mit Citysoftnet in den betroffenen Ämtern zu stabilisieren. Da nicht alle Massnahmen mit den budgetierten Ressourcen umgesetzt werden konnten, hat der Stadtrat bereits 2024 einen ersten Nachkredit für das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz für das Rechnungsjahr 2024 angenommen. Die Kommission und der Stadtrat wurden in diesem Zeitraum zudem vorinformiert, dass auch für das Rechnungsjahr 2025 ein Nachkredit erforderlich sein wird, weil sich die Arbeiten der Taskforce verzögerten. Was auf der einen Seite zusammen mit den tieferen Personalkosten wegen Vakanzen auch dazu führte, dass der Nachkredit für das Budget 2024 unterschritten wurde. Die Einführung von Citysoftnet und die damit verbundenen Schwierigkeiten wurden in diesem Saal bereits mehrfach ausgiebig diskutiert. Die Diskussion in der Kommission kann ich dagegen sehr kurz zusammenfassen. Es war unbestritten, dass es diese zusätzlichen Ressourcen braucht, um die Inbetriebnahme von Citysoftnet abzuschliessen und die Arbeit der EKS zurück in den Normalbetrieb zu führen. Das ist gelungen, die Taskforce konnte ihre Arbeit im Juni abschliessen und die ausserordentliche Lage konnte so beendet werden. Deswegen und weil die Kommission bereits frühzeitig und transparent informiert worden ist, war der Nachkredit unbestritten und die RWSU empfiehlt ihn einstimmig zur Annahme.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das ist der Fall. Dann hat für die Fraktion SVP das Wort Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Wir haben hier wieder einmal EDV-mässig von der Stadt ein grosses Ei gelegt bekommen. Man hat jetzt, wie ihr schon gehört habt, mehrmals einen Nachkredit sprechen müssen und das Ganze läuft im Moment auch noch nicht so rund. Jetzt ist es so, dass wir bei dem Kredit den Fall haben, dass eigentlich das Geld bereits gebraucht ist. Also im Klartext können wir jetzt ja oder nein sagen oder wir können uns enthalten, es ändert nichts, das Geld ist bereits gebraucht. Man fordert das nachträglich über diesen Weg ein. Ich hoffe schwer, dass mit dem ganzen Geld – der Kanton wird zu einem späteren Zeitpunkt auch noch kommen und wir müssen das einfach übernehmen –, das jetzt hier ausgegeben wurde, eben trotzdem noch einen guten Nutzen gefunden hat und dem ganzen Projekt eine gewisse Stütze gegeben hat. Aber sonst ist das mehr oder weniger ein trauriges Kapitel, das nicht viel gebracht hat und einfach viel Geld verschwendet hat. Und eben, wie gesagt, das Geld, über das wir heute abstimmen, ist bereits ausgegeben worden. Danke.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird dem Nachkredit mit bitterem Nachgeschmack zustimmen. Geldvernichtungsmaschine, Finanzskandal und viele andere Begriffe sind im Zusammenhang mit der neu eingeführten Citysoftnet gefallen. Jetzt noch einmal 1,5 Mio. Franken. Aber ich denke, Kritik hat es meiner Meinung nach genug gegeben. Jetzt heisst es, die Fehlerkultur, die diese Woche in den Medien angesprochen wurde, auch umzusetzen und daraus zu lernen. Grundsätzlich muss der Gemeinderat und nicht nur die SUE das Vorgehen bei Informatikprojekten wie beim Projektmanagement überdenken. Der Leitung und der laufenden Evaluation des Projektes wurde, wie bei IT-Projekten in der Vergangenheit, viel zu wenig Aufmerksamkeit bzw. Ressourcen gegeben. Die Einschätzung des Aufwandes, den ein solches Projekt benötigt, wurde vollkommen unterschätzt, vor allem die Belastung für das Personal, wobei der Fehler aber sicher nicht beim Personal selbst liegt, sondern bei den Verantwortlichen. Löblich ist einzig die schnelle und proaktive Reaktion des Gemeinderates spätestens als der Schritt an die Öffentlichkeit unumgänglich wurde. Sofern dies der letzte Nachkredit in dieser Geschichte ist, dürfen wir aber nicht vergessen, die grossen Probleme bei EKS und mit Citysoftnet sind noch nicht ganz behoben. Entsprechend erwarten wir als SP-JUSO-Fraktion, dass diese Dossiers weiterhin mit der notwendigen Dringlichkeit vom Gemeinderat begleitet werden und ebenso, dass der Gemeinderat weiterhin regelmässig den Stadtrat über die Situation informiert. Und um es in den Worten von Alec von Graffenried zu sagen, die Notfallphase ist überwunden, zum Glück, lernen wir doch daraus.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich weiss, die ganze Sache, die wiederholt sich einmal mehr. Esther hat es schon gesagt, die ganze Geschichte wurde rückwärts und vorwärts diskutiert, aber wir müssen immer wieder darüber reden, weil es einfach eine der grössten Fehlleistungen der Stadt der letzten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte war. Weil es ein Fass ohne Boden ist und Lukas, es kann nicht genug Kritik geben in dieser Sache. Ueli hat es richtig gesagt, das Geld ist bereits gebraucht und einmal mehr werden die meisten Fraktionen sagen, dass man den Nachkredit zähneknirschend annehmen muss. Das nicht wegen dem Projekt, sondern wegen den Menschen in der Verwaltung, die die ganze Sache ausbaden müssen, dass man deshalb Ja sagen muss. Uns wurde aber ein Vortrag vorgelegt, über den wir trotzdem kurz reden müssen. Der Gemeinderat erklärt in diesem, wie es mit der Aufarbeitung vorwärtsgeht, dieses wohl eben grössten Skandals der Stadt Bern der letzten Jahre. Deshalb muss man darüber reden und es bleiben so viele Fragen offen. Im Vortrag wird erwähnt, dass die Gesprächskultur im EKS gut sei, motivierend, konstruktiv und zielorientiert. Lässt sich das aber irgendwie beziffern oder ist das einfach eine subjektive Aussage? Im Bereich Prozessengineering sind Quick-Wins bereits umgesetzt und Priorisierung für die weiteren Umsetzungsschritte im Gange. Aber welche? Im Teilprojekt Buchhaltung gilt es noch immer, den hohen Pendenzenberg abzubauen. Wie hoch ist der noch genau? Und so weiter. Also es geht hier um einen Millionenbetrag, aber es werden uns nur Brotsamen zugeworfen. Ich weiss, eine detaillierte Auskunft wird in die Kommission gegeben, aber aufgrund der Tragweite der ganzen Sache wäre eine etwas detailliertere Berichterstattung auch hier im Stadtrat wünschenswert. Und besonders verärgert hat mich der Exkurs zur neuen Fallführungssoftware des Kantons Berns, des NFFS. Hier wird gerade so ein bisschen die Geschichte neu geschrieben. Hier wird nun dem Kanton die Schuld für das Schlamassel in die Schuhe geschoben, obwohl schon klar der Entscheid der Stadt war, mit Citysoftnet voranzugehen und obwohl es ein Entscheid des Herstellers

von Citysoftnet war, sich nicht für das Projekt NFSS zu bewerben. Einmal mehr wird betont, dass man vor 10 Jahren keine Chance gehabt hätte, als Citysoftnet zu starten, da KiSS (Klienten-Informationssystem) am Ende der Lebensdauer war. Aber ich habe vor einem Jahr einmal bei KiSS angerufen, ich habe einfach einmal dort angerufen und nachgefragt, gibt es das eigentlich noch, ist es noch in Betrieb? Die haben gesagt, ja, es gibt noch verschiedenste Gemeinden, die nach wie vor mit KiSS arbeiten, es wird nicht mehr weiterentwickelt, aber es ist tatsächlich noch in Betrieb. Also eine Eile in dieser Art, verstehe ich nicht. Weiter warnt der Gemeinderat, dass müsste die Stadt Bern bereits 2029 wieder auf ein neues Fallführungssystem umstellen, wäre dies gegenüber den Steuerzahler*innen schwierig zu rechtfertigen, da die getätigten Investitionen nicht gemäss der ursprünglich geplanten Investitionsdauer eingesetzt werden könnten. Damit wird impliziert, dass der Kanton den Steuerzahlern schadet. Aber das ist eben nun anders, also die Geschichte wird umgeschrieben: Nein, es ist die Stadt, die dem Steuerzahler mit Citysoftnet schadet, nicht der Kanton. Es war der Entscheid der Stadt, es war die Projektleitung der Stadt, es war die Umsetzung der Stadt. Wie anfangs erwähnt, die Mehrheit der Fraktion wird dem Kredit zustimmen, der Menschen wegen und schlussendlich, damit man hier wirklich irgendwann auch zu einem Ende kommt. Aber wir haben wirklich zum ersten Mal jetzt die Stimmfreigabe beschlossen, weil es inzwischen auch bei uns Stimmen gibt, die irgendwann mal finden, nun ist es auch gut. Ich persönlich finde diesen Vortrag wirklich problematisch und habe deshalb Mühe, hier einfach den grünen Knopf zu drücken. Die Menschen, die den Schlamassel ausbaden, tun mir leid, aber wenn die Geschichte umgeschrieben wird, dann liegt ein Vortrag vor, dem man nicht unbedingt einfach so zustimmen kann. Danke.

Präsident: Für die Fraktion GLP-EVP, Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP-EVP-Fraktion lehnt den vorliegenden Nachkredit ab. Wir haben bereits mehrfach betont, dass diese Kosten längst im Globalbudget hätten eingestellt werden müssen. Es war genügend Zeit vorhanden, sie seriös zu antizipieren. Stattdessen stehen wir heute erneut vor einem Nachkredit und erneut soll das Parlament nachträglich legitimieren, was längst beschlossen und ausgegeben ist. Negative Folgen für die Mitarbeitenden sind dabei gar nicht zu erwarten, es geht einzig darum, dass der Gemeinderat seine Versäumnisse im Nachhinein absegnen lassen will. Ein solches Vorgehen können und wollen wir nicht weiter unterstützen. Besonders zu denken gibt uns auch der Abschnitt des Stadtratsvortrags zum neuen kantonalen Fallführungssystem NFFS. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass diese Ablösung unausweichlich sein wird. Die Zeichen waren längst sichtbar und doch hat die Stadt Bern jahrelang so getan, als ob uns das nicht treffen würde. Man hat den Kopf in den Sand gesteckt, die Realität verdrängt und sich an den bequemen Illusionen festgehalten, eine Schnittstellenlösung werde genügen. Diese Haltung war nicht nur naiv, sie war schlicht fahrlässig. Wer den Vortrag aufmerksam liest, erkennt nun schwarz auf weiss, der Gemeinderat vollzieht eine Kehrtwende. Sie ist zwar dringend nötig, zeigt aber, dass das Risikomanagement völlig versagt hat. Die Folgen sind gravierend. Mit der gewählten Doppelstrategie muss die Stadt Bern nicht nur Citysoftnet weiterfinanzieren, sondern sich gleichzeitig über den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich auch am NFFS beteiligen, wie das die Vernehmlassung des Kantons aufgezeigt hat. Wir zahlen also doppelt. An diesem Punkt braucht es eigentlich Ehrlichkeit. Lohnt sich die Weiterbetreuung von Citysoftnet überhaupt noch oder stehen wir sehenden Auges in ein finanzielles Risiko, das längst ausser Kontrolle geraten ist? Besonders irritierend

ist in diesem Zusammenhang die Argumentation des Gemeinderats, eine kürzere Nutzungsdauer von Citysoftnet sei gegenüber den Steuerzahlenden schwer zu rechtfertigen. Gerade diese Argumentation wirkt ausgesprochen scheinheilig, denn die Stadt hat selbst durch mangelhafte Planung und falsches Projektmanagement dafür gesorgt, dass die Investitionsdauer gar nie erreicht werden kann. Fakt ist, Informatikprojekte werden nach HRM2 ohnehin über 5 Jahre hinweg abgeschrieben, auch wenn eine längere Investitionsdauer geplant war. Vor diesem Hintergrund wirkt es als mehrfach befremdlich, wenn man nun den Kanton zum Schuldigen erklärt, statt eigene Fehler beim Projektmanagement einzugestehen. Die Probleme waren seit langem absehbar. Umso dringlicher ist es, dass die GPK hier eine vertiefte Untersuchung einleitet. Die GLP-EVP-Fraktion lehnt den Nachkredit daher ab. Wir erwarten endlich eine seriöse Budgetierung, ein ehrliches Kostenmanagement und volle Transparenz statt Schönreden und nachträgliche Korrekturen.

Präsident: Merci. Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecher Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Die SVP hat immer die Nachkredite abgelehnt. Einfach gesagt, Bern kann Informatik nicht. Für mich war es schon vor Anfang an klar mit der Ausgangslage, dass man mit Bern, mit Basel und Zürich etwas machen will und meint wieder ein Leuchtturmprojekt machen zu müssen. Alle Leuchtturmprojekte wie base4kids sind jämmerlich verreckt. Es geht jetzt wahrscheinlich darum, ein Ende mit Schrecken zu wählen, statt einen Schrecken ohne Ende zu erleben. Ich glaube nicht mehr, dass es gut kommt. Und es wird auch niemand wirtschaftliches Interesse haben, ein Projekt, das man jetzt dermassen im Sand vergraben hat, das nichts als Mehrkosten produziert und nur zu Problemen führt, zu kaufen. Vor allem wenn der Kanton nachher sowieso eine neue Lösung hat. Darum, wir lehnen es ganz klar ab.

Präsident: Dann hat jetzt für den Gemeinderat das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese Diskussion, die mich etwas auf dem linken Fuss erwischt. Wir waren in der Kommission, in der Kommission wurde nicht diskutiert. Es wurde das Wort nicht gewünscht und jetzt werden hier sehr viele Themen neu angerissen, über die ich mich sehr gerne mit Ihnen unterhalte, aber es ist vielleicht nicht genau der richtige Rahmen. Neben Ihnen allen möchte ich hier unter uns auch Christian Ryser begrüßen. Er ist seit dem 1. Mai der neue Leiter des Erwachsenen- und Kinderschutzes. Und ich werde ihm jetzt dann erklären müssen, warum wir in der Kommission nicht diskutiert haben, aber im Stadtrat eine sehr tief-schürfende Diskussion und eine sehr weitgreifende Diskussion ausgelöst wird. Ich bin nicht Spezialist für Informatikbeschaffungen, ich war mit dieser Informatikbeschaffung auch nie an verantwortlicher Stelle befasst, aber ich habe einen grossen Respekt vor der Informatik. Und ich denke, etwas mehr Demut in dieser Frage würde uns allen gut-tun. Was ich Ueli Jaisli sagen kann, ist, das Geld ist noch nicht ausgegeben. Wir kommen mit dem Nachkredit, bevor das Geld ausgegeben ist. Aber wir müssen den Nachkredit beantragen, weil wir sehen, dass es zu einer Kostenüberschreitung kommt. Was wir gesehen haben, und das ist eine etwas ernüchternde Erkenntnis, ist, dass wir jetzt zwar eine bessere Software haben, es ist eine Software, die auch gut funktioniert, die sich auch bewährt im Alltag, die sehr leistungsfähig ist, aber wir haben die Effizienzgewinne, die wir uns versprochen haben mit dieser Software, wir haben diese Effizienzgewinne nicht erreicht. Unter anderem, deswegen konnten wir die Spareffekte, die man

vielleicht uns auch versprochen hat, an die wir auch geglaubt haben in einer gewissen Zeit, wir haben diese Effizienzeffekte, diese Spareffekte nicht erreicht und müssen jetzt eben im Budget nachkorrigieren.

Ich kann Ihnen leider auch nicht in Aussicht stellen, dass das irgendwann einmal vorbei sein wird. Wir haben gesehen, dass auch dieses System mit einem relativ hohen Aufwand betrieben werden muss. Was nicht stimmt, ist, dass das System nicht läuft. Es läuft heute gut. Wenn jetzt die Frage aufgeworfen wird, warum Pendenzen abgebaut werden müssen. Es ist eine etwas komplexe Geschichte. Die Pendenzen, die wir hier ansprechen, das sind nicht Citysoftnet-Pendenzen, sondern es sind Pendenzen von der Umstellung von den Sammelkonten auf Einzelkonten. Wir müssen 2000 Bankkonten umstellen. Ich bin auch nicht Spezialist bei der Eröffnung von neuen Bankkonten, aber ich habe das letztes für einen Verein gemacht und habe feststellen dürfen, dass das nicht mehr so ging wie in meiner Jugend, als man auf die Bank ging und nach 5 Minuten mit einem neuen Konto rausgeht. Es geht eben etwas länger und wenn man das 2000-mal machen muss, dann ist das auch, wenn man es mit der Bank gut abspricht, eine recht aufwendige Geschichte. Das ist unter anderem ein Teil der Pendenzen, die wir noch abarbeiten müssen. Aber kommen Sie auf mich zu, wenn Sie die Fragen diskutieren wollen. Ich bin sehr offen und gebe sehr gerne Auskunft, aber hier ist vielleicht nicht unbedingt der richtige Rahmen.

Zu der Frage des NFFS, das heisst, die neue Fallführungssoftware, die der Kanton einführt. Wir werden diese Software selbstverständlich einführen, denn wir arbeiten mit dem Kanton gut zusammen. Am 11. August ist diese Software zum ersten Mal in einer Gemeinde, in einer kleinen Gemeinde, im Sozialdienst der Gemeinde Pieterlen eingeführt worden und sie wird jetzt nach und nach in weiteren Gemeinden ausgerollt und es werden die nötigen Erfahrungen gesammelt und es werden auch die nötigen Verbesserungen vorgenommen werden. Diese Software ist noch nicht in einem Zustand, dass wir bereits beurteilen können, wie leistungsfähig sie ist, was sie alles für uns bringen wird. Und ob wir allenfalls, weil wir ein grosses Mengengerüst haben, ob wir für die Stadt Bern zusätzliche Software dieser neuen Fallführungssoftware noch zur Seite stellen müssen, damit wir eben auch mit unseren Fallzahlen zu Rande kommen. Wir haben das in verschiedenen anderen Projekten auch schon festgestellt. Beispielsweise gibt es eine Software eBau, dort wird einfach der Bauprozess des Baubewilligungsverfahrens abgebildet, aber die ganze Geschäftsverwaltung, die ganze Geschäftsdatenbank hintendran, die es auch braucht, die wurde nicht abgebildet und die mussten wir dann separat bauen. Wir wissen bei NFFS nicht, mit was wir genau rechnen können, mit was wir rechnen müssen und was wir allenfalls für die Stadt Bern für unsere Grösse noch dazu bauen müssen, weil wir eben nicht in jeder Hinsicht 1 zu 1 vergleichbar sind. Aber das werden wir angehen und wir haben hier einen sehr guten Austausch und einen sehr offenen Austausch mit den kantonalen Stellen. Also wenn anderes hier behauptet wird, dann wäre das in die Gerüchteküche zu verweisen. Ich danke Ihnen trotz aller Bedenken, wenn Sie dem Nachkredit jetzt zustimmen. Und ich hoffe, dass wir die Diskussion, die wir heute Abend nicht in der gewünschten Tiefe führen können, bald nachholen können. Ich wiederhole mein Angebot, kommen Sie auf mich zu und wir werden Ihnen sehr gerne die nötigen Informationen geben, aber auch von Ihnen die nötigen Hinweise entgegennehmen, was wir besser machen können. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci, wir stimmen somit auch hier über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 059

2024.SUE.0069

Annahme

Ja	48
Nein	17
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt dem Nachkredit zugestimmt. Ich bin jetzt in einer etwas delikaten Situation. Ich habe Alec von Graffenried vor den Sommerferien hoch und heilig versprochen, dass heute Abend diese SUE-Vorstösse, die wir schon 3-mal verschoben haben, endlich drankommen. Ich nehme sie früh auf die Traktandenliste. Es ist Viertel nach 10 Uhr, wir sind bei Traktandum 9. Wenn ich jetzt bei Traktandum 9 die Debatte eröffnen – das wir nie im Leben in einer Viertelstunde behandeln können –, besteht die Gefahr, dass wir die Diskussion im Oktober weiterführen müssen. Ich frage euch, ob ihr einverstanden seid, wenn wir Traktandum 9 überspringen und versuchen wenigstens Traktandum 10, das ist ein Begründungsbericht, den wir nur zur Kenntnis nehmen, heute noch zu behandeln. Seid ihr damit einverstanden? Merci vielmals.

Traktandum 9 wird verschoben.

2020.SR.000328

10 Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Lea Bill (GB): Klare Leitlinien für Polizeieinsätze an Kundgebungen; Begründungsbericht

Präsident: Dann gehen wir jetzt zu Traktandum Nummer 10. Es ist ein Begründungsbericht, der zur Traktandierung beantragt wurde und ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Es ist natürlich für mich völlig in Ordnung, wenn wir jetzt dieses Traktandum vorziehen. Ich muss leider gestehen, dass ich nicht davon ausgehe, dass wir das in einer Viertelstunde abhandeln können, auch wenn es sich natürlich nur um einen Begründungsbericht handelt, aber wir werden ja sehen. Die Motion fordert klare, verbindliche und öffentlich transparente Richtlinien für Polizeieinsätze rund um Demos in der Stadt Bern. Der Gemeinderat hat schon bereits in seiner ersten Antwort klargestellt, dass er diese Richtlinien nicht für nötig hält. Die zweite Antwort beziehungsweise der Begründungsbericht schlägt nun in die gleiche Kerbe, deshalb haben wir auch diesen Begründungsbericht traktandieren lassen. Denn die Forderung nach klaren, verbindlichen und öffentlich transparenten Richtlinien steht nicht einfach in einem luftleeren Raum, wie wir das auch bereits in dem Motionstext aufgezeigt haben. Es gibt zahlreiche Beispiele, wie Demos unterschiedlich behandelt werden. Aus unserer Sicht ist nicht ersichtlich, woher diese Unterschiede kommen bzw. wie sie sich erklären lassen. Zudem muss man wirklich sagen, dass diese Ungleichbehandlung von Demos durch die Polizei, also konkret vor Ort auf der Strasse, diese Ungleichbehandlung, sie reiht sich nahtlos ein in eine grundsätzliche Praxis der Stadt Bern im Umgang mit Demos, nämlich bereits bei der Bewilligung Veranstalterinnen und Veranstalter sehr ungleich zu behandeln. Es gibt also hier eine doppelte Ungleichbehandlung. Diese Ungleichbehandlung ist demokratiepolitisch höchst problematisch. Zudem werfen Polizei-

einsätze immer wieder Fragen auf, gerade aufgrund ihrer Härte, wie sie gegen Demonstranten vorgehen und wie Mittel wie Tränengas, Wasserwerfer, Gummischrot und neu auch Schlagstöcke eingesetzt werden. Das jüngste Beispiel ist der 24. Mai 2025, die Palästina-Demo. Wir haben hier kleine Anfragen eingereicht am 12. Juni. Die Antworten liegen vor, ich habe sie aber leider noch nicht gelesen, aber es gibt ganz viele unterschiedliche Beispiele, das ist das jüngste Beispiel. Aber Fragen stellen alleine reicht in solchen Situationen leider nicht aus, auch wenn der Gemeinderat das offenbar als genügend empfindet, zumindest schreibt er das so im Begründungsbericht. Man muss aber ganz klar sagen, das Fragen stellen ist immer auch im Nachgang, ist eine passive Geschichte. Richtlinien aufstellen hingegen, das wäre dann wirklich eine Leitlinie für gegenwärtiges oder zukünftiges Handeln und das ist ein proaktives Handeln. Das ist genau das, was wir vom Gemeinderat erwarten. Man muss aber auch sagen, dass die Polizei das Gewaltmonopol innehat, das heisst, es ist hier viel Macht im Spiel und dementsprechend auch mit Verantwortung verbunden. Und Demos sind Teil der Demokratie, es geht hier um die Ausübung der Grundrechte und die dürfen nicht verhandelbar sein. Grundsätze für Polizeieinsätze festzulegen, scheint uns nur logisch. Und der Gemeinderat ist in der Pflicht, denn ihm obliegt die strategische Verantwortung, was die Polizei auf Stadtberner Gebiet macht, auch wenn er sich darum, das wissen wir alle seit Jahren, sehr gerne drückt. Wir wissen, wir müssen diesen vorliegenden Begründungsbericht so nehmen, wie er ist, aber wir werden weiterhin am Thema dranbleiben, denn wir können die Nonchalance des Gemeinderates nicht so stehen lassen, gerade auch, weil es um die Ausübung von politischen Rechten geht, die gerade in einer rot-grünen Stadt nicht infrage gestellt werden sollte. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci. Ihr könnt euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion SP-JUSO, Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Der vorliegende Bericht fasst die bisherige Praxis des Gemeinderats durchaus gut zusammen und beschreibt, wann der Gemeinderat der Kantonspolizei strategische Vorgaben macht. Doch leider geht der Begründungsbericht nicht auf die konkreten Forderungen der Motionär*innen ein. Er prüft auch nicht ernsthaft, ob und wie diese Forderungen umgesetzt werden können. Stattdessen gibt der Gemeinderat eine vereinfachte Begründung ab. Allgemeingültige Richtlinien könnten dem Einzelfall und den unterschiedlichen Kundgebungssituationen nicht gerecht werden. Der SP-JUSO-Fraktion ist bewusst, dass die Polizei bei ihren Einsätzen ein gewisses Ermessen haben muss. Die geforderten Richtlinien schränken dieses Ermessen aber nicht ein. Vielmehr geben sie dem Gemeinderat respektive dem Sicherheitsdirektor Orientierung, wann es bei Polizeieinsätzen bei unbewilligten Kundgebungen strategische Vorgaben braucht, denn schliesslich muss der Gemeinderat auch heute schon irgendwie festlegen, wann er eine Kundgebung beispielsweise als heikel einschätzt. Hier könnten solche Richtlinien Sicherheiten schaffen. Solche Richtlinien können auch der Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes dienen. Werden Anhaltspunkte festgelegt, wann beispielsweise eine Kundgebung als eine mit Konfliktpotenzial eingestuft wird, können Willkür und Diskriminierung bei einer solchen Einstufung minimiert werden. Ohne solche Richtlinien ist es wahrscheinlicher, dass eine Demonstration beispielsweise aufgrund rassistischer Zuschreibungen als Kundgebung mit Konfliktpotenzial eingestuft wird. Zuletzt würden solche Richtlinien auch Transparenz schaffen. Sie machen es der Öffentlichkeit leichter, das Handeln des Gemeinderats respektive des Sicherheitsdirektors nachzuvollziehen und sie machen es auch möglich, dass man dieses Handeln besser kritisieren kann. Es ist also nicht so, dass es dem Gemeinderat

nicht möglich wäre, die geforderten Richtlinien zu erlassen, es fehlt dem Gemeinderat schlicht am politischen Willen, dies zu tun. Als SP-JUSO-Fraktion nehmen wir das mit diesem Bericht erst einmal zur Kenntnis.

Präsident: Merci, als nächstes für die Fraktion AL-PdA-TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Dass die SUE nicht zuoberst auf der Beliebtheitsliste der neuen und alten Gemeinderatsmitglieder steht bei der Direktionsverteilung, das hat sich nach den letzten Wahlen manifestiert. Nach der Bekanntgabe der Direktionsverteilung hat sich die Fraktion AL-PdA-TIF darüber gefreut, dass RGM endlich Verantwortung übernimmt und die SUE nicht einfach einem bürgerlichen Gemeinderatsmitglied überlässt, wie das Jahrzehntlang der Fall war. Damit haben wir uns eine grössere Einflussnahme seitens Gemeinderates auf die Polizeiarbeit bei Kundgebungen und Demonstrationen erhofft, dass die vielbeschworene Deeskalationsstrategie nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern auch tatsächlich umgesetzt wird. Dass sich solche Situationen wie am 21. September 2020, auf die sich die Motion von GB/JA! bezieht, nicht mehr wiederholen oder wenigstens, dass der Gemeinderat in solchen Situationen sich einmischt und sich auch öffentlich dazu äussert. Es gibt ein Recht auf freie Meinungsäusserung und das besteht auch, wenn keine Demonstrationsbewilligung vorliegt. Wir verstehen es als die Aufgabe einer rot-grünen Stadtregierung, das zu wahren und zu fördern. Über ein halbes Jahr nach Legislaturstart zeigt sich jedoch, dass sich nichts verändert hat, was das Verhalten der Polizei bei Demonstrationen betrifft und das Agieren des Gemeinderats, im Gegenteil. Ich habe mit vielen Menschen Kontakt, die Kundgebungen organisieren und auch Bewilligungsanfragen machen. Ich wage es zu bezweifeln, dass der im Bericht zitierte Grundsatz im Zweifel für die Kundgebungsfreiheit und das Ermöglichen einer Kundgebung wirklich gilt. Wenn es wirklich so niederschwellig und problemlos wäre, eine Kundgebungsbewilligung zu erhalten, würde es wohl weniger unbewilligte Kundgebungen geben. Ich erinnere an die Situation während der Adventszeit 2023, als der Gemeinderat im Voraus mitteilte, dass in dieser Zeit keine Kundgebungen in der Innenstadt bewilligt würden. Bis heute hat der Gemeinderat diese Ankündigung in zahlreichen Debatten verteidigt. Oft werden kommerzielle Anlässe in der Stadt vorgeschoben, warum es nicht möglich ist, eine Demonstration bewilligt durchzuführen. Wenn wir uns verschiedene grössere Demonstrationen in diesem Jahr anschauen, begonnen mit der Anti-WEF-Demo am 18. Januar, der 8. März-Demo zum Queer-Feministischen Kampftag oder die schon erwähnte Palästina-Demo vom 24. Mai, zeigt sich, dass die Polizei oft sehr unbeholfen und gefährlich agiert. Die KAPO wird mit immer moderneren und gefährlicheren Waffen und Equipment ausgestattet und hat wenig Hemmungen, diese einzusetzen und nimmt damit schwere Verletzungen in Kauf. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er da genauer hinschaut, und sehen es als seine Verantwortung, dass er die Bevölkerung und den Stadtrat darüber informiert und nicht einfach alles schönredet. Der Bericht vom Gemeinderat und das Vorgehen der Kapo in diesem Jahr lässt leider keine Hoffnung aufkommen, dass sich in dieser Hinsicht etwas ändert. Wir sind überzeugt, dass eine kritische Haltung des Gemeinderats helfen könnte, das Vertrauen in die Behörden zu stärken. Solange klar ist, dass der Gemeinderat sowieso auf der Seite der Polizei steht, auch wenn sie unverhältnismässig und gemeingefährlich handelt, wird sich nichts ändern. Ein halbes Jahr nach Legislaturbeginn sehen wir uns bestätigt, dass es ein strukturelles Problem gibt. Um wirklich Einfluss auf die Polizei zu nehmen, brauchen wir die Stadtpolizei zurück. Der Bericht

des Gemeinderates lässt wenig Bereitschaft für ein aktives Einwirken auf die Kantonspolizei erkennen. Aus diesen Gründen ist die Fraktion AL-PdA-TIF mit dem Bericht unzufrieden.

Präsident: Merci, für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Es ist schon spät, ich versuche mich kurz zu halten. Vielleicht etwas zur Diskussion Stadtpolizei-Kantonspolizei – Trennung der Ortspolizeibehörde –, darüber haben wir schon x Diskussionen gehabt. Ich will das nicht ein gross noch einmal diskutieren. Man hat die Entscheidung gefasst, wir haben ein kantonales Polizeigesetz, das haben wir jetzt, dieser Entscheid ist vergangen. Und ich glaube, das müssen wir akzeptieren, wir können auch 6- oder 7-mal über das diskutieren. Für mich gibt es ein paar ganz wichtige Punkte. Die Polizei hat heikle Aufgaben, es ist häufig schwierig, es sind häufig Ermessensentscheide und wir sind nicht mit allen Polizeieinsätzen glücklich. Beispielsweise war das eine heikle Situation mit der militanten Hamas-Demonstration, die nahe an der Synagoge war. Wir sind der Meinung, dass es nicht sein kann, dass Demonstranten während Stunden den Zugang zum Bahnhof und zum ÖV blockieren. Dass es bei einer Demonstration zu einem Unterbruch kommt, akzeptieren wir. Es kann jedoch nicht sein, dass der Zugang zum Bahnhof für Stunden gesperrt ist, dass man keine Möglichkeit mehr hat, von Bern herauszukommen oder hineinzukommen. Das sind gewaltige Erschwernisse. Vorhin wurde gesagt, die Polizei habe immer die gefährlicheren Waffen und Einsätze. Wie geht es heute teilweise vor sich? Ich denke an die alten Globuskrawalle im Jahr 68, 70, 69, da hat man vielleicht Dinge herumgeworfen, aber jetzt geht man teilweise mit Laserpointer auf die Leute los. Man wirft hier grosse, faustgrosse Steine und dann muss man sagen, das ist eine Eskalation, die nicht geht. Und ich kündige in dem Zusammenhang auch schon an – ein paar haben das schon mitbekommen –, dass die SVP im Rahmen der Budgetdebatte sogar Anträge stellen wird, dass man mehr Polizei hat, einerseits für die Kontrolle des Verkehrs oder teilweise der Velofahrer, die auf dem Trottoir fahren, die sehr gefährlich sind. Ihr habt das jetzt gerade gesehen, die, die auf der Monbijou-Brücke die Trennung anschauen gegangen sind – wir haben ja heute einen Vorstoss eingereicht zu dem – wo eben die Velofahrer mit einem gelben Kontrollschild nach wie vor dort fahren, wo sie nicht fahren sollten. Und der zweite Punkt ist eben die Sicherheit, die Verbesserung der Sicherheit. Ich denke jetzt gerade an die gefährdeten Objekte, Personengruppen, die eben hier durch die eskalierenden Demos gefährdet sind und da verlangen wir mehr Polizeipräsenz auch im Sinn der Verbesserung für den Bürger, aber auch wieder für den Zugang, dass man die städtischen Sachen nutzen kann. Das sind für mich ganz wichtige Bemerkungen, deshalb unterstützt die SVP hier ganz klar die Polizei und dann müsst ihr auch wissen, wenn die Polizei Fehler macht, und das gibt es. Ihr habt gerade ein Verfahren gesehen, schlussendlich sind alle beteiligten Polizisten freigesprochen worden. Wir haben den Rechtsweg, wo man eine Strafanzeige einreichen kann, wenn jemand eine strafbare Handlung macht wie Amtsmissbrauch, Körperverletzung, Nötigung. Dann haben wir alle die gesetzlichen Voraussetzungen hier. Wir können Beschwerden führen wegen dem, wir müssen hier nicht noch weitere Gefässe etc. machen und ich bin der Meinung, der andere Entscheid, der ist jetzt gefallen und das müssen wir akzeptieren und ich danke abschliessend der Polizei für die Aufgaben. Merci.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Ich halte mich extrem kurz. Ich bin froh, dass wir keine Stadtpolizei mehr haben, sonst würden wir jeden Abend eigentlich, wenn wir uns Treffen über angebliche Verfehlungen der Polizei reden. Zum Glück haben wir das nicht mehr. Ich bin froh, dass der Bericht des Gemeinderates einigermaßen haltungsfrei ausgefallen ist, das ist schon einmal positiv. Ich habe aber ein bisschen gestaunt über die Voten, die hier gefallen sind. Wenn man das Gewaltmonopol des Staates auch nur ein bisschen anzweifelt, dann ist man eigentlich etwa auf dem Level wie Trump, Putin und Xi Jinping, die eigentlich die Welt in eine Welt verwandelt haben, wo eben das Recht des Stärkeren gilt. Genau deshalb haben wir das Gewaltmonopol. Es wurde auch gesagt, man möchte gerne Richtlinien im Vorfeld. Es ist natürlich schwierig für die Polizei, sich an irgendwelche strategischen Vorgaben zu halten, wenn die Demonstrationen nicht angekündigt sind. Gerade dieser 24. Mai hat das deutlich gezeigt. Wenn die Polizei mit zu wenig Kräften unterwegs ist, dann sind auch die Zwangseinsätze stärker. Das ist ein taktisches Gesetz. Die Polizei wäre froh, wenn sie sich an gewisse Vorgaben halten könnte. Ich staune immer wieder über die Diskussion, wenn es um die Polizei geht, auch wenn das Wort fällt, in einer rot-grünen Stadt sollten doch andere Regeln gelten. Nein, in einem Rechtsstaat gelten für alle die gleichen Regeln. Es gilt das Gesetz, es ist das Wesen eines Rechtsstaates in einer liberalen Demokratie. Ich bin sehr froh darum und bin auch froh, dass der Gemeinderat diesen Bericht einigermaßen haltungsfrei gehalten hat und nicht auf diese Dinge eingegangen ist. Merci.

Präsident: Vielen Dank. Ich erlaube mir, obwohl es 22.30 Uhr ist, noch abschliessend dem Gemeinderat das Wort zu erteilen. Für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese Diskussion, die jetzt doch etwas länger gegangen ist. Da war der Stadtratspräsident einmal mehr etwas optimistisch. Es ist ein schwieriges Geschäft, das wir hier betreiben, wir versuchen dieses Geschäft mit Augenmass zu treiben, wir verzichten auf pauschalierende Richtlinien, sondern wir versuchen Einzelfallgerechtigkeit anzuwenden, weil eben die Situation oft sehr individuell beurteilt werden muss, handeln wir lieber im Einzelfall, als dass wir über Richtlinien alles über den gleichen Leisten brechen möchten. Hingegen sind wir sehr offen für das Gespräch, wir sind jederzeit bereit, auch dieses Gespräch zu führen. Es ist interessant, David, wenn du mit allen Menschen gesprochen hast, aber noch nie mit mir. Also du weisst, wo ich wohne, und du kannst mich jederzeit erreichen. Aber du hast das Gespräch nicht gesucht im Gegensatz zur Fraktion des Grünen Bündnisses, die eben genau dieses Gespräch gesucht hat, was ich sehr schätze. Ich stehe für alle bereit, das zu machen. Vielleicht, um einfach ein Missverständnis aus dem Weg räumen zu können. Es war der gesamte Gemeinderat – im Stadtrat weiss ich nicht genau, wie es war – dagegen die Stadtpolizei aufzuheben. Es war eine kantonale Entscheidung, es ist auch heute eine kantonale Entscheidung, dass dieser Entscheid nicht rückgängig gemacht wird. In der Stadt Bern war die Stadtpolizei sehr geschätzt, aber wir haben sie nicht mehr. Mit gewissen Vorgaben muss man ab und zu auch dann leben und sich danach richten und vielleicht auch aufstehen, die Frisur wieder richten und dann voranschreiten, anstatt immer zurückzusehen. Die Stadtpolizei gibt es leider seit 2006 nicht mehr, aber wir versuchen aus der neuen Situation, das Beste zu machen und wir haben immer noch die gleichen Leute, mit denen wir damals gesprochen haben, als sie noch in der Stadtpolizei waren und sind sehr froh, dass wir in der gleichen vernünftigen Art und Weise auch mit diesen Leuten sprechen können. Wenn Sie das interessiert, dann sind sie jederzeit eingeladen, auch mit diesen Menschen zu sprechen. Wir haben den Leiter der Regionalpolizei auch in die Kommission RWSU gebracht. Er kommt auch

regelmässig in den Gemeinderat, wir pflegen einen offenen und konstruktiven Austausch und ich wäre interessiert, diesen offenen und konstruktiven Austausch auch mit euch aufzunehmen. Ich stehe auch in diesem Thema jederzeit zur Verfügung und wünsche Ihnen im Übrigen einen angenehmen und hoffentlich weniger aufgeregten Abend.

Präsident: Vielen Dank. Wir haben den Begründungsbericht somit zur Kenntnis genommen. Jetzt noch ganz kurz aufpassen: Traktandum 17, Interpellation "gewaltfreie Alternativen zur Jagd in Bern" da wurde uns gemeldet, dass die Diskussion nicht gewünscht wird. Das ist korrekt? Und ihr verzichtet auch auf ein Votum. Das ist auch korrekt? Dann kommt bitte nachher noch schnell nach vorne und gebt einen Zufriedenheitsgrad bekannt. Dann können wir das ins Protokoll aufnehmen. Ebenfalls, ich glaube, das haben alle mitbekommen, das Postulat Traktandum 23 wurde zurückgezogen von den Einreichenden. Und meine letzte Meldung für euch, bevor wir uns in einer Woche schon wieder sehen. Wir werden die beiden PVS-Sachgeschäfte Nummer 18 und 19 auf nächste Woche verschieben und auch die dringliche Interpellation kommt nächste Woche im Verbund mit den anderen ClaBi-Vorstössen dran. Die restlichen Themen von heute kommen dann irgendwann nach den Herbstferien vielleicht auf eine Traktandenliste und werden dann vielleicht endlich behandelt, so beim 5. Anlauf. Ich beende hiermit die Sitzung und wünsche euch einen schönen Abend.

2025.SR.0069

17 Interpellation: Gewaltfreie Alternativen zur Jagd in Bern; Antwort

Die Einreichenden sind mit der Antwort teilweise zufrieden.

2024.SR.0341

23 Postulat Michael Ruefer (GFL): Transparente Mitwirkung zu 2. Traktandum: Stellungnahme BBL öffentlich machen; Annahme/Prüfungsbericht

Das Geschäft wurde am 12. August 2025 zurückgezogen. Es gilt damit als erledigt und vom Geschäftsverzeichnis des Stadtrats abgeschrieben.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 11 | 2024.SR.0300

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP/Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt; Annahme als Richtlinie

Traktandum: 12 | 2024.SR.0015

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung

Traktandum: 13 | 2024.SR.0209

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken; Ablehnung/Annahme Postulat

Traktandum: 14 | 2021.SR.000129

Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht

Traktandum: 15 | 2024.SR.0347

Motion Fraktion AL/PdA (Raffael Joggi, AL/David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Muriel Graf, AL): Regelung zur Gesichtserkennung und Massenüberwachung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 16 | 2025.SR.0041

Motion: Energie Wasser Bern (EWB) demokratisieren (JA!/Juso/AL/PdA/TiF); Ablehnung

Traktandum: 18 | 2024.TVS.0112

Sanierung Felsenaubücke; Projektierungs- und Ausführungskredit

Traktandum: 19 | 2025.TVS.0081

Tiefbau Stadt Bern: Erneuerung Verkehrsrechner; Projektierungs- und Ausführungskredit

Traktandum: 20 | 2024.SR.0343

Postulat Matthias Humbel (GFL), Michael Ruefer (GFL): Die Schwarztorstrasse als Allee gestalten? Annahme/Prüfungsbericht

Traktandum: 21 | 2024.SR.0342

Postulat Matthias Humbel (GFL), Tanja Miljanovic (GFL): Vernünftige Verkehrsprüfung für den Langsamverkehr am Eigerplatz; Annahme

Traktandum: 22 | 2024.SR.0344

Postulat Matthias Humbel/Michael Ruefer (GFL)/Bettina Jans-Troxler (EVP): Velostrasse Schösslistrasse unterbruchsfrei gestalten; Annahme

Traktandum: 24 | 2025.SR.0137

Dringliche Interpellation: Sparen auf Kosten der Zweisprachigkeit: Weshalb will der Gemeinderat den Schulversuch ClaBi nicht weiterführen?

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisoren/5570034040.php>

2025.SR.0241 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Bilingualer Unterricht (Französisch/Deutsch) in der Volksschule fördern

2025.SR.0237 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: SP/JUSO: Leistungsvertrag mit dem Verein Museumsquartier

2025.SR.0245 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Altlasten Viererfeld?

2025.SR.0243 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Corina Liebi (JGLP): Abschreibungen bei Beteiligungen der EWB

2025.SR.0238 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Revision des Bauklassenplans - Zeitplan und Beschleunigungsmöglichkeiten

2025.SR.0244 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Schulweg Provisorium VS Kirchenfeld: Was gilt jetzt betr. Liftbenutzung? Verkehrssicherheit

2025.SR.0242 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fraktion GLP/EVP: Erst Bewilligung, dann Planung – Risiken bei der Meienegg-Überbauungsordnung vermeiden

2025.SR.0239 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: GLP/EVP-Fraktion: Potenzial von älteren Mitarbeitenden in der Verwaltung

2025.SR.0240 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Zukunft der Dampfzentrale - Fragen zur strategischen Ausrichtung und zur Ausschreibung des neuen Leistungsvertrags

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

17.10.2025

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

17.10.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi